

Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



Forum Stadt



48. Jahrgang
2|2021



Aus dem Inhalt:

Max Welch Guerra u.a.
Städtebau unter Franco

Fabian Beran/Henning Nuissl
Formen und Folgen der
Verdrängung von Mietern

Uwe Altröck
Innenstädte im Zeichen der
Pandemie

Máté Tamáska
Industrialisierung von
Flussräumen

Magdalena Saiger
Die alte Messe in Belgrad

Hans Schultheiß
„Integration“ und Tod
1940-1945

Forum Stadt
Verlag



Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.« in
Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen,
Elisabeth Merk, Jürgen Reulecke und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur)

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, Trier,
Historisches Institut

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Dr. habil. Olaf Schnur, Berlin, vhw Bundesverband
für Wohnen und Stadtentwicklung

Prof. Dr.-Ing. Barbara Schönig, Bauhaus-Universität
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp, Hochschule
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt
Postfach 100355
73728 Esslingen
Email: hans.schultheiss@email.de
Website: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 96,- Einzelheft EUR 25,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49 (0) 8581-9605-754
E-mail: info@suedost-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
t die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmigung
in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2021 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziolo-
gie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Inhalt 2/2021

Abhandlungen

Fabian Beran / Henning Nuissl

Die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern aus ihren Wohnungen.
Erscheinungsformen, Folgen und räumliche Muster 131

Max Welch Guerra / Harald Bodenschatz / Piero Sassi

Städtebau unter Franco.
Die Fortsetzung des spanischen Bürgerkrieges mit anderen Mitteln 147

Máté Tamáska

Industrialisierung des Flussraums. Vergleichende Betrachtungen zu Görlitz
(Zgorzelec), Teschen (Český Těšín/Cieszyn) und Komárom (Komárno) 165

Magdalena Saiger

Raumkollisionen: Die Alte Messe (Staro Sajmište) in Belgrad
als disparater urbaner Raum 179

Hans Schultheiß

„Integration“ und Tod 1940-1945: Die französischen Kriegsgefangenen
René Billet, Marcel Couasnard und Albert Lafoy 195

Autorinnen / Autoren 210

Forum

Uwe Altrock

50 Jahre Städtebauförderung und die Zukunft der Innenstädte im
Zeichen der Pandemie 210

Robert Kaltenbrunner

„Disruption oder Business as usual?
Über die Wechselwirkungen von Stadt und Corona 220

Forum Stadt e. V.

In Memoriam: Theresia Gürtler Berger (1960 - 2020) 231

Christa Böhme

Wie Städte gesundheitsförderliche Lebensverhältnisse schaffen können 232

Umschlag:

Neudorf Esquivel in Andalusien; Planung: Alejandro de la Sota, 1952.

Foto: Piero Sassi, 2015.

Die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern aus ihren Wohnungen

Erscheinungsformen, Folgen und räumliche Muster

0. Einleitung

In den meisten deutschen Großstädten ist der Wohnungsmarkt seit vielen Jahren angespannt: Die Nachfrage nach Wohnraum übersteigt deutlich das Angebot. Vor diesem Hintergrund genießt auch das Phänomen der Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt eine große öffentliche Aufmerksamkeit. Nicht nur die regionalen Tageszeitungen der meisten Großstädte berichten mehr oder minder regelmäßig von besonders haarsträubenden Verdrängungsfällen; auch wohnungspolitische Instrumente werden verstärkt in den Blick genommen, um Verdrängungsprozessen entgegenzuwirken, was exemplarisch an der bundesweiten Rezeption und Diskussion des „Berliner Mietendeckels“ deutlich wird.

Ein großes Problem besteht in diesem Zusammenhang jedoch darin, dass über das Wesen und den quantitativen Umfang von Verdrängungsprozessen nur wenig bekannt ist. Die Zahl quantitativer empirischer Studien zur Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt ist auch im internationalen Maßstab überschaubar¹ und die Ergebnisse dieser Studien sind überdies kaum miteinander vergleichbar – zu unterschiedlich sind ihr Untersuchungskontext und ihr methodisches Design. Für Deutschland sind mit einigen Ausnahmen aus den 1990er Jahren² keine quantitativen Untersuchungen bekannt.³ Dieser Mangel an empirischer Evidenz dürfte in erster Linie

1 Eine Übersicht über zentrale quantitative empirische Studien liefern z.B. M. Zuk/A. Bierbaum/K. Chapple/K. Gorska/A. Loukaitou-Sideris, Gentrification, Displacement, and the Role of Public Investment, in: *Journal of Planning Literature* 33 (1/2018), S. 31-44.

2 J. Blasius, Gentrification und Lebensstile. Eine empirische Untersuchung, Wiesbaden 1993; W. Kiliß/R. Gütter/M. Ruf, Bestimmungsfaktoren, Wirkungszusammenhänge und Folgen der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, in: J. Blasius/J. Dangschat (Hrsg.), Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel. Frankfurt a. M./New York 1990, S. 325-353; R. Wießner, Soziale und strukturelle Folgen von Modernisierungen in innenstadtnahen Gebieten, in ebda., S. 301-324.

3 In einer aktuelleren Studie schätzt Guido Schulz mittels Regressionsmodellen Verdrängungsraten, ohne aber weiterführende Aussagen über Erscheinungsformen, Muster und Folgen von Verdrängungsprozessen treffen zu können; G. Schulz, Aufwertung und Verdrängung in Berlin. Räumliche Analysen zur Messung von Gentrifizierung, in: *WISTA – Wirtschaft und Statistik* 4/2017, S. 61-71.

daran liegen, dass sich der Untersuchungsgegenstand der Verdrängung einem sozialwissenschaftlichen Zugriff weithin entzieht, weil nach erfolgter Verdrängung die Betroffenen am ‚Ort des Geschehens‘ nicht mehr auffindbar sind.

Um einen näheren Einblick in das Phänomen der Verdrängung zu gewinnen, gilt es, Personen oder Haushalte, die verdrängt wurden, zu identifizieren und zu befragen. Mit diesem Ziel haben die Autoren dieses Beitrags im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit der Wüstenrot Stiftung in den Jahren 2015 bis 2018 in Berlin eine quantitative Untersuchung (Berliner Verdrängungsstudie) durchgeführt.⁴ Im Folgenden möchten wir aufzeigen, wie sich das Phänomen der Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt unseres Erachtens fassen und untersuchen lässt (Abschnitte 1 und 2), welche Formen der Verdrängung wir empirisch in welchem Umfang feststellen konnten (Abschnitte 3 und 4), inwiefern sich Verdrängung auf kleinräumige Kontextfaktoren zurückführen lässt (Abschnitt 5) und welche Folgen sie für diejenigen hat, die von ihr betroffen sind (Abschnitt 6).

1. Forschungsdesign der Berliner Verdrängungsstudie

Die Berliner Verdrängungsstudie setzte sich zunächst das Ziel, das viel diskutierte, aber hinsichtlich seiner faktischen Bedeutung schwer einzuschätzende Phänomen der Verdrängung – am Beispiel der Bundeshauptstadt – exemplarisch zu quantifizieren. Darüber hinaus sollten die wesentlichen Muster, Wirkkräfte und Konsequenzen von Verdrängungsprozessen ermittelt werden: Die Studie interessierte sich daher für die Hintergründe, den Ablauf und die Akteure von Verdrängungsprozessen, für die Wohnstandortsuche nach erfolgter Verdrängung sowie für die Auswirkungen, die das ‚Verdrängtwerden‘ für die Betroffenen hat.

So einleuchtend das skizzierte inhaltliche Anliegen vor dem Hintergrund der aktuellen Besorgnis über die aus dem Ruder laufenden großstädtischen Wohnungsmärkte klingen mag – so diffus bzw. klärungsbedürftig ist bei näherem Hinsehen der zentrale Untersuchungsgegenstand: die Verdrängung. Um sie wissenschaftlich untersuchen zu können, muss Verdrängung zunächst definiert bzw. begrifflich konstruiert werden. Dabei kann auf eine Reihe von Vorschlägen zurückgegriffen werden, die in der stadtsoziologischen und stadtgeographischen Literatur entwickelt wurden. Allerdings sind diese Verdrängungsbegriffe häufig nicht ganz präzise und fast nie vollständig miteinander kompatibel. Im Kontext von städtebaulicher Aufwertung und Gentrifizierung wird Verdrängung beispielsweise als Fortzug aus einer

4 Die vollständige ‚Berliner Verdrängungsstudie‘ kann auf der Homepage bei der Wüstenrot Stiftung kostenfrei bestellt werden: F. Beran/H. Nuissl, Verdrängung auf angespannten Wohnungsmärkten. Das Beispiel Berlin, Ludwigsburg 2019.

Wohnung, als Fortzug aus einem Gebiet oder sogar als Ereignis, das keinen Umzug beinhaltet (beispielsweise als ausschließende Verdrängung, bei der Personen, die gerne umziehen würden, nicht mehr umziehen können, weil sie andernorts keinen für sie erschwinglichen Wohnraum finden, oder als „loss of space“⁵), definiert. Zentral für viele Definitionen ist zudem die Unterscheidung verschiedener (direkter oder indirekter) Auslöser von Verdrängung (beispielsweise Mieterhöhungen oder Wandel des Wohnumfelds). Teilweise werden unterschiedliche Ansätze miteinander kombiniert, wodurch die Komplexität und Vielschichtigkeit des Phänomens deutlich wird – allerdings auf Kosten einer präzisen Definition.⁶ Quantitative Verdrängungsstudien lassen sich meist danach unterscheiden, welchen methodischen Zugang sie wählen: einen makrotheoretischen Ansatz zur Erklärung von aggregierten Umzugsbewegungen⁷ oder einen individualtheoretischen Ansatz, der Verdrängung als einen in einer bestimmten Weise motivierten Wohnungswechsel definiert.⁸

In unserer Studie haben wir Verdrängung konsequent individualtheoretisch konzeptualisiert: Unter Verdrängung verstehen wir (in Anlehnung an Grier & Grier⁹) den Fortzug aus einer Mietwohnung, sofern er auf bestimmte Faktoren zurückzuführen ist, die

- ▷ wesentlich zur individuellen Umzugsentscheidung beigetragen haben und
- ▷ von der umziehenden Person bzw. dem umziehenden Haushalt nicht kontrolliert oder vermieden werden können (so dass beispielsweise Kündigungen aufgrund von Mietrückständen nicht als Verdrängung gewertet werden).

Je nachdem, worin die umzugsauslösenden Faktoren bestehen, kann hierbei zwischen einer direkten und einer kulturellen Verdrängung unterschieden werden; im ersten Fall betreffen diese Faktoren das jeweilige Mietverhältnis, im zweiten Fall gehen sie auf einen Wandel des Wohnumfelds zurück. Verdrängung wird also als Umzug betrachtet, dem eine bewusste Umzugsentscheidung des verdrängten Haushalts vorangegangen ist.

Herzstück unserer Studie ist eine repräsentative postalische Befragung von Umzüglern zu ihren Umzugsgründen, zu ihrer Wohnstandortwahl und zu den Folgen,

5 M. Davidson, Displacement, Space and Dwelling, in: *Ethics, Place & Environment* 12 (2/2009), S. 219-234.

6 Eine besonders einflussreiche und viel rezipierte Heuristik, in der sich die unterschiedlichen Verständnisse des Verdrängungsbegriffs widerspiegeln, hat Peter Marcuse bereits in den 1980er Jahren vorgelegt: P. Marcuse, Gentrification, Abandonment, and Displacement, in: *Washington University Journal of Urban and Contemporary Law* 28 (1/1985), S. 195-240.

7 Vgl. z.B. L. Freeman/A. Cassola/T. Cai, Displacement and gentrification in England and Wales: A quasi experimental approach, in: *Urban Studies* 53 (13/2016); G. Schulz (s. A 3).

8 Vgl. z.B. G. Grier/E. Grier, Urban Displacement. A Reconnaissance, in: S.B. Laska/D. Spain (Hrsg.), *Back to the City. Issues in Neighborhood Renovation*, New York 1980, S. 252-268; J. Blasius (s. A 1).

9 G. Grier/E. Grier (s. A 8), S. 256.

die der jeweilige Umzug für sie hatte. Als Untersuchungsraum dienten die beiden innerstädtisch gelegenen Berliner Stadtbezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte, die einerseits in besonderem Maße von einer Anspannung des Wohnungsmarkts betroffen sind, andererseits aber sowohl in sozialdemographischer als auch städtebaulicher Hinsicht eine große interne Varianz aufweisen. Anders als eine Vielzahl anderer Studien zur Verdrängung ‚sucht‘ unsere Studie damit nicht nur in solchen Stadtgebieten nach Verdrängungsprozessen, für die eine Gentrifizierung vermutet wird, sondern bedient sich eines großräumig zugeschnittenen Untersuchungsraums, der sowohl typische Gentrifizierungsgebiete einschließt als auch Gebiete, die der ‚klassischen‘ Gentrifizierung weitgehend unverdächtig sind wie beispielsweise Großwohnsiedlungen. Dieser Untersuchungsraum stellt das Fortzugsgebiet der postalisch befragten Personen dar.

Als Grundgesamt der Studie wurden alle über 18-jährigen Personen definiert, die zwischen September 2013 und August 2015 aus einer Wohnung im Untersuchungsraum fortgezogen und innerhalb Berlins wieder zugezogen sind; dies schließt Binnenwanderer innerhalb der Bezirke ein. Diese Grundgesamtheit konnte auf der Basis der – bezirklich organisierten – Berliner Einwohnerregister erfasst werden und umfasst insgesamt rund 107.000 Fälle, aus denen eine Zufallsstichprobe von 10.000 Umzüglern gezogen wurde, denen dann ein achtseitiger Fragebogen zugeschickt wurde. Insgesamt haben wir 2.082 auswertbare Fragebögen zurückerhalten, womit sich – abzüglich der weit über 1.000 neutralen Ausfälle, die sich insbesondere daraus ergaben, dass das Einwohnerregister offenbar fehlerhafte Adressen enthielt – eine respektable Ausschöpfungsquote von 23,6% ergibt.

2. Operationalisierung und Quantifizierung von direkter und kultureller Verdrängung

Die Operationalisierung des Phänomens der Verdrängung erfolgte unter Zugrundelegung einer abschließenden Liste von Verdrängungsfaktoren. Unter einem Verdrängungsfaktor verstehen wir einen potentiellen Auslöser für einen Umzug, der extern veranlasst ist. Ein Umzug für den einer (oder auch mehrere) der von uns definierten Verdrängungsfaktoren von den Befragten als maßgeblicher Grund angegeben wurde, wird als Verdrängung klassifiziert, die betreffenden Befragten als Verdrängte. Als direkte Verdrängung wird ein Umzug gewertet, wenn er maßgeblich durch eine Erhöhung des Mietzinses, eine Kündigung der Wohnung durch einen Verkauf, eine bauliche Aufwertung oder auch einen baulichen Verfall der betreffenden Mietimmobilie sowie durch eine vermietetseitig aufgebaute Druck- und Drohkulisse veranlasst wurde – wobei wir nicht allein das Eintreten solcher Umstände, sondern auch (im Fall von Mieterhöhung, Modernisierungsmaßnahmen oder Kün-

digung) bereits deren Ankündigung als Verdrängungsfaktor interpretieren. Als kulturelle Verdrängung wird demgegenüber ein Umzug gewertet, der maßgeblich darauf zurückzuführen ist, dass sich eine Mieterin oder ein Mieter in ihrer Wohnsituation nicht mehr wohlfühlten, weil sich das Wohnumfeld gewandelt hat. Hierfür können beispielsweise die Veränderung des städtebaulichen Erscheinungsbilds, die Eröffnung neuer Gastronomieeinrichtungen oder auch die Präsenz von Nutzergruppen im Quartier (neue Nachbarn, Touristen), die als störend empfunden werden, verantwortlich sein.

Anhand des Fragebogenrücklaufs können gut 14% der befragten Berliner Umzügler als direkt sowie knapp 7% als kulturell verdrängt klassifiziert werden. Da etwa eineinhalb Prozent der Befragten sogar sowohl direkt als auch kulturell verdrängt wurden, ergibt sich damit eine ‚Verdrängungsrate‘ von 22,5%. Diese insgesamt 445 (von 1.979 auf der Grundlage ihrer Antworten sowohl hinsichtlich direkter als auch kultureller Verdrängung klassifizierbaren) Befragten haben jeweils angegeben, dass mindestens einer der Abb. 1 dargestellten Verdrängungsfaktoren zu den drei wichtigsten Umzugsgründen zählte. Im Folgenden wird der Fokus auf die 313 als direkt verdrängt klassifizierten Befragten und damit auf das Phänomen der direkten Verdrängung gerichtet. Auch wo im Folgenden allgemein von Verdrängung die Rede ist, ist allein die direkte Verdrängung bzw. sind die direkt Verdrängten gemeint.

3. Formen direkter Verdrängung

Werden die direkt verdrängten Befragten dahingehend differenziert, welche Verdrängungsfaktoren jeweils ausschlaggebend für ihren Umzug waren, erweisen sich Mieterhöhungen – wenig überraschend – als der quantitativ bedeutsamste Verdrängungsfaktor. Sie sind für fast 40% der erfassten Verdrängungsfälle (mit) verantwortlich. Häufig genannte Gründe für einen (deswegen) als Verdrängung klassifizierten Umzug sind aber auch ein Instandhaltungsstau am Wohngebäude (über 30%) und eine (Eigenbedarfs-)Kündigung (knapp 23%). Der Verkauf der betreffenden Mietimmobilie ist für knapp 15% der erfassten Verdrängungsfälle (mit) ausschlaggebend. Bauliche Aufwertungen (als wesentlicher Aspekt der in den Debatten zur Gentrifizierung thematisierten immobilienwirtschaftlichen Aufwertung von Quartieren), Störungen des Wohnens durch Baulärm und ähnliches sowie psychischer oder sogar physischer Druck, der von Vermieterseite ausgeübt wird, führen demgegenüber etwas seltener unmittelbar zu einem Umzug; auf jeden dieser drei Faktoren sind jeweils ‚nur‘ zwischen 12% und 15% der erfassten Verdrängungsfälle zurückzuführen. Allerdings zeigt die genauere Auswertung unserer Befragungsergebnisse (vgl. Abb. 1), dass beispielsweise bauliche Aufwertungen häufig mit Mieterhöhungen einhergehen (was in Form der Modernisierungsumlage ja im Mietrecht

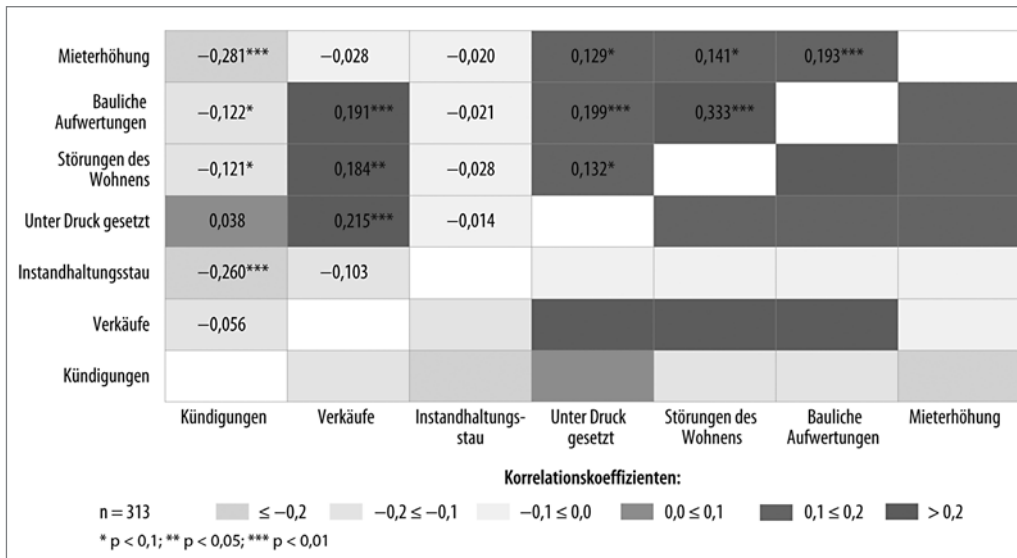


Abb. 1: Korrelationsmatrix für Verdrängungsfaktoren (direkt verdrängte Befragte).¹⁰

angelegt ist). Ähnliches lässt sich auch für den Zusammenhang von Verkäufen und vermierterseitig ausgeübtem Auszugsdruck feststellen.

In der Zusammenschau lassen sich zwei idealtypische Muster der direkten Verdrängung voneinander unterscheiden: erstens die einfache Verdrängung, die in der Regel auf nur einen Faktor zurückzuführen ist, bei dem es sich typischerweise entweder um eine Kündigung oder einen als nicht mehr hinnehmbaren Instandhaltungsstau an der Mietsache handelt, und zweitens die komplexe Verdrängung, die durch mehrere miteinander zusammenhängende Faktoren ausgelöst wird, insbesondere den Verkauf und/oder die bauliche Aufwertung einer Immobilie sowie die damit zusammenhängenden potentiell verdrängungsauslösenden Phänomene wie Mieterhöhungen, Störungen des Wohnens und vermierterseitiger Druck.

4. Freiwillige und unfreiwillige Umzüge

Eine viel diskutierte Frage in der Forschung zur Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt betrifft die Freiwilligkeit von Umzügen. Dabei liegt es nahe, eine direkte Verdrängung als unfreiwillig und den entsprechenden Auszug aus der Wohnung als erzwungen zu interpretieren. In der empirischen Realität wirft dieses Verständ-

¹⁰ Quelle: F. Beran/H. Nuissl (s. A 8), S. 129, Graphik: A. Aumann.

nis allerdings Fragen auf – denn ein Umzug, der ‚von außen betrachtet‘ als Verdrängung erscheint, muss von den Betroffenen keineswegs als unfreiwillig wahrgenommen und/oder bezeichnet werden. Dies haben wir auch in unserer Untersuchung festgestellt: während die ganz überwiegende Zahl der Befragten, die wir als nicht verdrängt klassifiziert haben, ihren Umzug erwartungsgemäß als freiwillig bezeichnet, trifft dies überraschenderweise auch auf etwa die Hälfte der als verdrängt klassifizierten Befragten zu – ein durchaus erklärungsbedürftiger Befund.

Eine Differenzierung der als verdrängt klassifizierten Befragten danach, wie viele und welche Gründe sie als maßgeblich für ihre Umzugsentscheidung angeben, gibt einen Hinweis darauf, unter welchen Umständen eine Verdrängung aus der Wohnung auch subjektiv als erzwungen wahrgenommen wird (vgl. Abb. 2). So werten die 53 Befragten, die als Umzugsgründe ausschließlich einen oder mehrere der Sachverhalte angeben, die wir als potentielle Verdrängungsfaktoren abgefragt haben, ihren Umzug zum ganz überwiegenden Teil als unfreiwillig. Die übrigen 260 Personen, die neben einem Verdrängungsfaktor auch noch andere Umzugsgründe hatten – es gibt beispielsweise Verdrängte, die sich nach einer deutlichen Mieterhöhung entscheiden haben, mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin zusammenzuziehen – bewerten ihren Umzug mehrheitlich als freiwillig. Hinzu kommt dann noch das in der Wohnzufriedenheitsforschung wohl bekannte psychologische Phänomen der Reduktion kognitiver Dissonanz, das ebenfalls zu erklären vermag, warum die eigenen Lebensumstände subjektiv häufig sehr viel positiver eingeschätzt werden als sie es aus sozialwissenschaftlicher Perspektive sind.

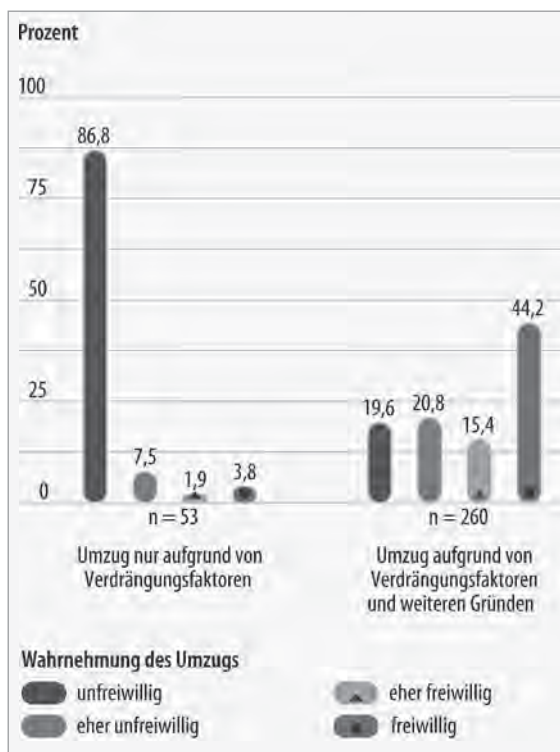


Abb. 2: Wahrnehmung des verdrängungsbedingten Umzugs (freiwillig/unfreiwillig); differenziert nach Art der Umzugsgründe.¹¹

11 Quelle: F. Beran/H. Nuissl (s. A 8), S. 132, Graphik: A. Aumann.

5. Räume direkter Verdrängung

Die Verdrängung auf städtischen Wohnungsmärkten wird häufig in engem Zusammenhang mit Prozessen der Gentrifizierung diskutiert, so dass der Eindruck entstehen kann, Verdrängung spiele in erster Linie im Kontext von Gentrifizierung eine Rolle. Dies ist allerdings ein Trugschluss. Denn selbst wenn ein Gentrifizierungsbegriff zugrunde gelegt wird, der Verdrängung als konstitutiven Bestandteil von Gentrifizierung definiert, kann daraus nicht im Umkehrschluss gefolgert werden, dass es ohne Gentrifizierung keine Verdrängung gebe.

Nichtsdestotrotz ist eine räumlich ‚konkrete‘ bzw. stadtteilbezogene Erforschung von Verdrängungsprozessen sowohl interessant wie auch praktisch relevant. Denn für das Verständnis von Verdrängungsdynamiken ist es wichtig zu wissen, welchen Einfluss die Lage einer Wohnung bzw. welche Bedeutung räumliche Strukturen und Kontextfaktoren im Rahmen von Verdrängungsprozessen haben. Abb. 3 zeigt in zwei Karten unseren Untersuchungsraum, also die Berliner Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg. In Karte 1 ist für die einzelnen Befragten mit einem Punkt der Wohnort vor dem letzten Umzug markiert, so dass sich erkennen lässt, dass in den einzelnen Teilbereichen des Untersuchungsraums sehr unterschiedlich große Teilsample vorliegen. In Karte 2 ist zu erkennen, wie groß der Anteil der Befragten, die wir als verdrängt klassifizieren, an allen Befragten in den einzelnen Teilräumen¹² jeweils ist. Bereits die bloße Inaugenscheinnahme der Karten lässt erkennen, dass es kaum möglich ist, einzelne ‚Hotspots‘ der Verdrängung zu identifizieren. Die Verdrängungsraten in den einzelnen Teilgebieten (Planungsräume) variieren zwischen 0% und über 40%. Teilgebiete mit beträchtlicher Verdrängungsdynamik verteilen sich ebenso beinahe gleichmäßig über den Untersuchungsraum wie Teilgebiete mit moderater oder schwacher Verdrängungsdynamik. (Eine statistische Analyse der räumlichen Autokorrelation der Verdrängungsraten in den einzelnen Planungsräumen erbrachte ebenfalls keine belastbaren Hinweise auf räumliche Schwerpunkte der Verdrängung.) Auch besteht kein Zusammenhang zwischen Umzugs- und Verdrängungsdynamik: die höchsten Verdrängungsraten treten nicht unbedingt dort auf, wo besonders viele Menschen umziehen.

Obwohl sich bei kleinräumiger Betrachtung der Verdrängungsdynamik in unserem Untersuchungsraum zunächst kein interpretierbares Muster erkennen lässt,

12 Die räumlich differenzierte Auswertung der Befragungsdaten erfolgte mit Hilfe der Raumgliederung, die in der Berliner Sozialberichtserstattung zugrunde gelegt wird. Dabei wird das Berliner Stadtgebiet auf drei Maßstabsebenen in „lebensweltlich orientierte Räume“ unterteilt: „Prognoseräume“, „Bezirksregionen“ und „Planungsräume“. Die differenziertesten Aussagen lassen sich also auf der (großmaßstäblichsten) Ebene der berlinweit insg. 447 Planungsräume treffen. Die Planungsräume des Untersuchungsraums sind unten in der Abbildung aufgeführt.

wäre es möglich, dass die unterschiedlichen Kontextbedingungen, die in den Planungsräumen des Untersuchungsraums bestehen, die jeweilige Verdrängungsrate beeinflussen oder sogar bestimmen. Um herauszufinden, ob es räumliche Gegebenheiten gibt, die die kleinräumige Verdrängungsdynamik beeinflussen, haben wir mit Hilfe bivariater Signifikanztests sowie einer logistischen Regression zur Schätzung der Wahrscheinlichkeit, mit der Umzügler verdrängt werden, den statistischen Zusammenhang zwischen der kleinräumigen Verdrängungsrate einerseits und vier weiteren raumspezifischen Merkmalen, die den Planungsräumen zugeordnet werden können, andererseits untersucht. Diese Merkmale sind a) die überwiegende Bebauungsstruktur, b) der soziale Status und c) die soziale Dynamik der Planungsräume, wie sie im Berliner „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“¹³ dargestellt sind, sowie d) die Existenz eines (oder mehrerer) Milieuschutzgebiete im jeweiligen Planungsraum.

Auch die Differenzierung der räumlichen Kontextvariablen der in unserem Datensatz enthaltenen Verdrängungsfälle ergibt keine eindeutigen Hinweise auf räumliche Ursachen der Verdrängung. So zeigt sich zwar, dass die durchschnittliche Verdrängungsrate in Gebieten mit gründerzeitlicher Blockrandbebauung erwartungsgemäß etwas höher ist als in Gebieten mit einer anderen städtebaulichen Struktur; das gleiche gilt für Gebiete mit niedrigem sozialen Status bzw. hoher Veränderungsdynamik im Vergleich mit statushohen bzw. stabilen Gebieten; diese Zusammenhänge sind jedoch allesamt nicht statistisch signifikant. Und auch der Einsatz des städtebaulichen Instruments der sozialen Erhaltungssatzung nach §172 Abs.1 Satz1 Nr.2 BauGB (sog. „Milieuschutzsatzung“) in einigen Teilbereichen des Untersuchungsraums hat keinen erkennbaren Einfluss auf die Verdrängungsdynamik. So weisen die 445 Befragten, die vor ihrem Umzug in einem „Milieuschutzgebiet“ wohnten, eine durchschnittliche direkte Verdrängungsrate von 15,3% auf, was fast exakt dem Durchschnitt aller Befragten (15,4%) entspricht. Aus diesem Befund lässt sich unseres Erachtens allerdings nicht kurzerhand schlussfolgern, dass der „Milieuschutz“ keinerlei dämpfende Wirkung auf die Verdrängungsdynamik hat. Denn eine „Milieuschutzsatzung“ kann nur dort erlassen werden, wo nachweislich eine Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung droht und demnach Anzeichen einer Verdrängungsdynamik bereits vorhanden sind. Insofern wäre es durchaus möglich, dass die Verdrängungsrate in den betreffenden Gebieten ohne eine solche Satzung höher wäre. Allerdings lässt sich nicht seriös abschätzen, wie stichhaltig dieses Argument ist. Es kann jedoch festgehalten werden, dass mit dem Instrument der „Milieuschutzsatzung“ Verdrängung nicht gänzlich unterbunden werden kann – ganz abgesehen

13 *Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt*, Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2015, Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, 2015.

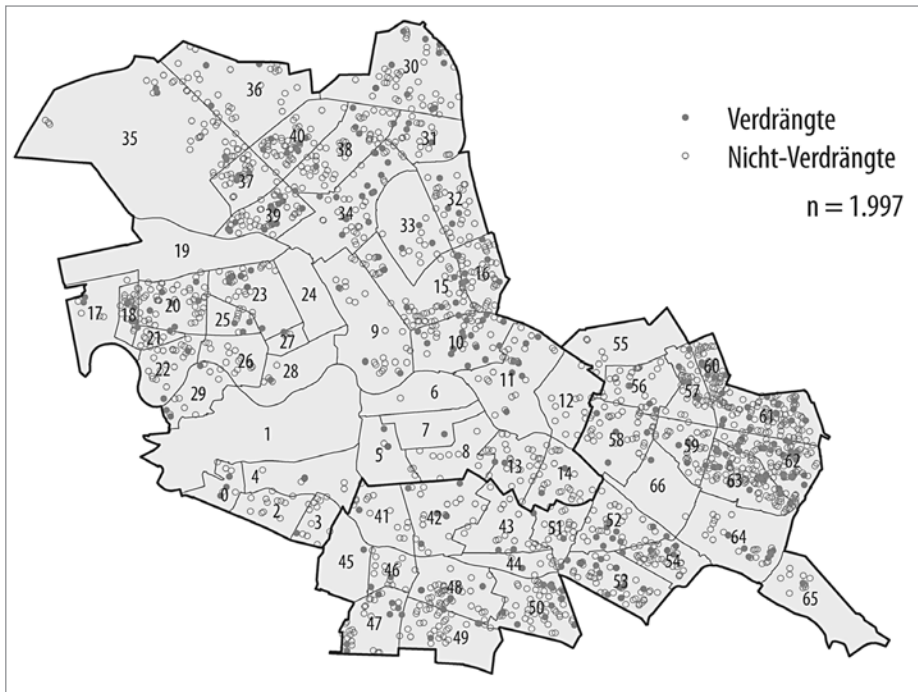


Abb. 3a: Räumliches Muster der Verdrängung.^{1,4}

Planungsräume:

Bezirk Mitte

- | | |
|------------------------------|----------------------------|
| 0 - Stülerstraße | 18 - Beusselkiez |
| 1 - Großer Tiergarten | 19 - Westhafen |
| 2 - Lützowstraße | 20 - Emdener Straße |
| 3 - Körnerstraße | 21 - Zwinglistraße |
| 4 - Nördlicher Landwehrkanal | 22 - Elberfelder Straße |
| 5 - Wilhelmstraße | 23 - Stephankiez |
| 6 - Unter den Linden Nord | 24 - Heidestraße |
| 7 - Unter den Linden Süd | 25 - Lübecker Straße |
| 8 - Leipziger Straße | 26 - Thomasiusstraße |
| 9 - Charitéviertel | 27 - Zillesiedlung |
| 10 - Oranienburger Straße | 28 - Lüneburger Straße |
| 11 - Alexanderplatzviertel | 29 - Hansaviertel |
| 12 - Karl-Marx-Allee | 30 - Soldiner Straße |
| 13 - Heine-Viertel West | 31 - Gesundbrunnen |
| 14 - Heine-Viertel Ost | 32 - Brunnenstraße |
| 15 - Invalidenstraße | 33 - Humboldthain Süd |
| 16 - Arkonaplatz | 34 - Humboldthain Nordwest |
| 17 - Huttenkiez | 35 - Rehberge |

- | |
|-----------------------------|
| 36 - Schillerpark |
| 37 - Westliche Müllerstraße |
| 38 - Reinickendorfer Straße |
| 39 - Sparrplatz |
| 40 - Leopoldplatz |

Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg

- | |
|--|
| 41 - Askanischer Platz |
| 42 - Mehringplatz |
| 43 - Moritzplatz |
| 44 - Wassertorplatz |
| 45 - Gleisdreieck/
Entwicklungsgebiet |
| 46 - Rathaus Yorckstraße |
| 47 - Viktoriapark |
| 48 - Urbanstraße |
| 49 - Chamissokiez |
| 50 - Graefekiez |
| 51 - Oranienplatz |

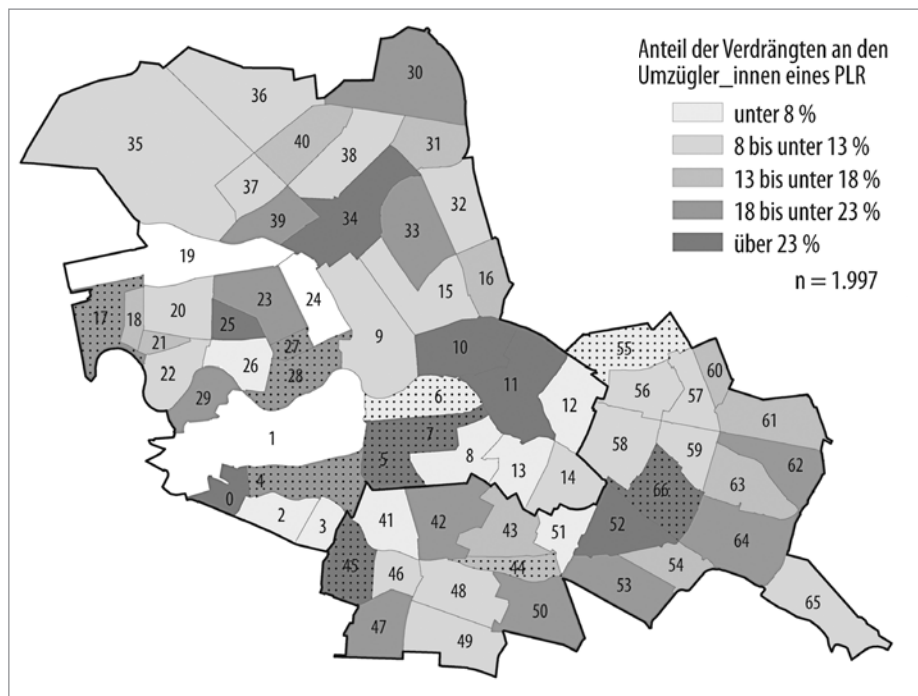


Abb. 3b: Räumliches Muster der Verdrängung.¹⁴

- 52 - Lausitzer Platz
- 53 - Reichenberger Straße
- 54 - Wrangelkiez
- 55 - Barnimkiez
- 56 - Friedenstraße
- 57 - Richard-Sorge-Viertel
- 58 - Andreasviertel
- 59 - Weberwiese
- 60 - Hausburgviertel
- 61 - Samariterviertel
- 62 - Traveplatz
- 63 - Boxhagener Platz
- 64 - Stralauer Kiez
- 65 - Stralauer Halbinsel
- 66 - Wriezener Bahnhof/
Entwicklungsgebiet



14 Quelle: F. Beran/H. Nuissl (s. A 8), S. 129, Graphik: A. Aumann/M. Henki.

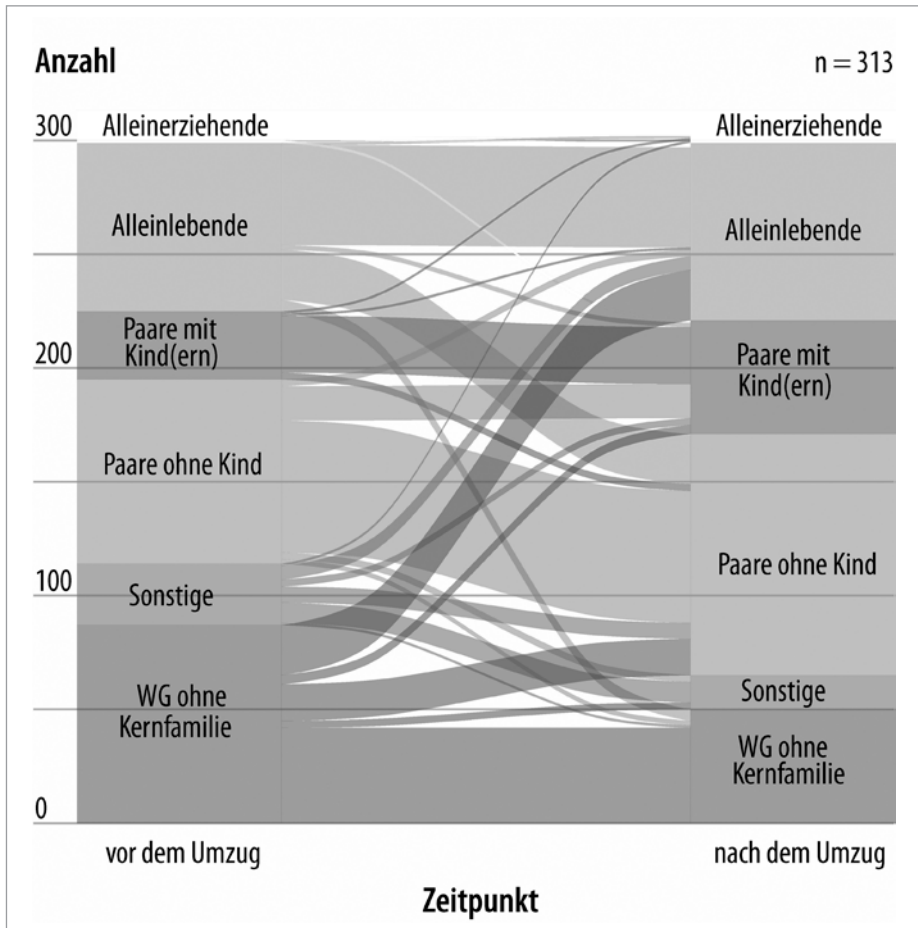


Abb. 4: Haushaltstyp vor und nach dem Umzug – Verdrängte.¹⁵

davon, dass es sich hier ohnehin um ein städtebauliches und kein wohnungspolitisches Instrument handelt, weshalb mitunter kritisiert wird, dass es in einer Reihe deutscher Großstädte auch generell zur gebietsbezogenen Dämpfung der Mietpreisentwicklung eingesetzt wird.¹⁶

¹⁵ Quelle: F. Beran/H. Nuissl (s. A 8), S. 172, Graphik: A. Aumann.

¹⁶ Vgl. z.B. A. Vogelpohl, Modernisierung und Mietpreisbremse im Widerstreit: Potenziale und Grenzen der Sozialen Erhaltungssatzung, in: U. Altröck/R. Kunze (Hrsg.), Stadterneuerung und Armut, Wiesbaden 2017, S. 271-290.

6. Folgen von Verdrängung für die Verdrängten

Es ist naheliegend davon auszugehen, dass sich ein durch Verdrängungsfaktoren veranlasster Umzug negativ auf die Wohnsituation auswirkt. In mehreren Hinsichten können wir für diejenigen Befragten, die wir als verdrängt klassifiziert haben, jedoch nicht feststellen, dass deren Wohnsituation nach dem Umzug signifikant schlechter ist als zuvor. So hat sich – im Durchschnitt aller Verdrängten – weder die Wohnfläche noch die Anzahl der Räume, die pro Kopf zur Verfügung stehen, verändert. Allerdings ist zu beobachten, dass diejenigen Befragten, die nicht verdrängt wurden, im Zuge ihres Umzugs hinsichtlich dieser Merkmale im Mittel eine deutliche Verbesserung ihrer Wohnsituation erreichen konnten. Insofern zeigt sich durchaus, dass es einen Unterschied ‚macht‘, wodurch ein Umzug veranlasst wurde. Hinsichtlich der Wohnungsausstattung – mit den Merkmalen Garten, Balkon/Terrasse oder Aufzug – lässt sich (auch) für die Gruppe der Verdrängten sogar eine leichte Verbesserung der Wohnsituation konstatieren: die Zahl derjenigen, die auf derlei Annehmlichkeiten zurückgreifen können, ist nach dem Umzug höher als vorher. Dies kann allerdings darauf zurückgeführt werden, dass der Ausstattungsstandard von Mietwohnungen generell steigt; nicht zuletzt aufgrund von Balkon- und Aufzugseinbauten in Bestandsgebäuden ist er (nicht nur in Berlin) bei den zur Vermietung angebotenen Wohnungen ungleich höher als im Durchschnitt des gesamten Mietwohnungsbestands.

Die Tatsache, dass sich die Wohnsituation im Zuge eines verdrängungsbedingten Umzugs im Mittel offenbar nicht verschlechtert, zeigt sich auch in unseren Befunden zur subjektiven Wahrnehmung der jeweiligen Wohnsituation vor und nach einem Umzug. Sowohl für die als verdrängt klassifizierten als auch für alle anderen Befragten können wir feststellen, dass die aktuelle Wohnsituation insgesamt positiver bewertet wird als die vorhergehende. Dieses Ergebnis ist nicht überraschend, da bei den Verdrängten die erlebten Verdrängungsfaktoren zu einer vergleichsweise geringen Wohnzufriedenheit vor dem Umzug führten. Ihr Umzug kann somit auch als Folge der durch die Verdrängungsfaktoren ausgelösten Unzufriedenheit mit der Wohnsituation interpretiert werden. Nach dem Umzug steigt die Wohnzufriedenheit der betreffenden Personen, da sie die Umstände der Verdrängung hinter sich lassen konnten.

In diesem Zusammenhang erscheint es erwähnenswert, dass der Umzug in beiden Gruppen überraschend häufig mit einem Wandel des jeweiligen Haushaltstyps einhergeht. Nicht nur diejenigen, die aus eigener Motivation umziehen, sondern auch diejenigen die verdrängt werden, ‚nutzen‘ ihren Umzug vielfach, um ihre Lebenssituation zu verändern (vgl. Abb. 4). Wir deuten dies als Indiz dafür, dass auch für verdrängungsbedingte Umzüge häufig ein Bündel von Motiven ausschlaggebend ist

– neben dem aufgrund auftretender Verdrängungsfaktoren erschwerten oder sogar unmöglichen Verbleib in der vorhergehenden Wohnung häufig auch individuelle Lebenspläne.

Ihre auch nach dem verdrängungsbedingten Umzug im Großen und Ganzen offenbar zufriedenstellende bzw. mit den eigenen Wünschen in Einklang gebrachte Wohnsituation müssen sich die Betroffenen allerdings mit einer im Durchschnitt signifikant höheren Miete ‚erkaufen‘. Das gilt zwar auch für die nicht verdrängten Befragten, es gibt jedoch einen signifikanten Unterschied zwischen beiden Gruppen. Die Mietbelastungsquote zum Zeitpunkt der Befragung (also nach dem Umzug) ist in der Gruppe der Verdrängten deutlich höher als in der Gruppe der nicht Verdrängten. Erstere wenden im Durchschnitt 37,3% ihres Haushaltseinkommens für die Warmmiete ihrer Wohnung auf, ein Viertel von ihnen sogar mehr als 44%, während wir für letztere im Mittel eine Mietbelastungsquote von 34,7% errechnet haben.

Zur finanziellen Mehrbelastung, die derzeit mit fast jedem, insbesondere jedoch mit einem verdrängungsbedingten Umzug einhergeht, kommt noch hinzu, dass im Fall einer Verdrängung die Phase des Umzugs selbst offenbar als sehr viel belastender erlebt wird als im Fall eines aus anderen Motiven erfolgenden Wohnungswechsels. So mussten die als verdrängt klassifizierten Befragten im Durchschnitt deutlich länger nach ihrer neuen Wohnung suchen als die anderen Befragten, und sie mussten auch an mehr Wohnungsbesichtigungen teilnehmen, bevor sie ihr neues Domizil beziehen konnten. Dementsprechend geben rund 84 % der verdrängten Befragten an, die Zeit des Umzugs als sehr oder eher belastend empfunden zu haben, während dies für ‚nur‘ rund 69 % der nicht Verdrängten gilt.

7. Resümee

Die Erfassung der Verdrängungsdynamik auf dem Wohnungsmarkt erweist sich bei genauerem Hinsehen als voraussetzungsvoller und komplizierter als es stadtpolitische Debatten vielfach nahelegen. Denn die Verdrängung aus der Wohnung ist kein gleichsam mechanischer, sondern ein sozialer Prozess, an dem intentional handelnde Akteure beteiligt sind – nicht zuletzt die Verdrängten selbst, die – abgesehen von der extremen Ausnahme der vollzogenen Räumungsklage – an einem bestimmten Punkt ihrer ‚Wohnkarriere‘ entscheiden, ihre aktuelle Wohnung aufzugeben. Eine präzise Abgrenzung zwischen einer Verdrängung und einem ‚normalen‘ Wohnungswechsel ist daher vielfach kaum möglich – ganz abgesehen von den Schwierigkeiten des Feldzugangs, die sich bei der Erforschung von Verdrängung ergeben.

Mit der Berliner Verdrängungsstudie haben wir einen Vorschlag zur Operationalisierung und empirischen Untersuchung von Verdrängung unterbreitet. Die dabei gewonnenen Daten bieten einen empirischen Einblick in das Phänomen der Ver-

drängung, der über die summarische Betrachtung von Wohnungsmarkt- und Wanderungsdaten hinausgeht und auf der Ebene der betroffenen Individuen ansetzt. Auf der Basis dieser Daten können wir konstatieren, dass es sich bei der Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt um ein auch in quantitativer Hinsicht hoch relevantes Phänomen handelt: So lässt sich bei Zugrundelegung unserer (wie immer diskutablen) Definition von Verdrängung für einen großen Teilbereich der inneren Stadt von Berlin im Zeitraum von 2013-2015 eine Verdrängungsrate von über 20% diagnostizieren – das heißt, fast jedem vierten Umzug eines Mieterhaushalts lag in diesem Zeitraum eine Verdrängung zugrunde. Und da sich die Situation auf den meisten großstädtischen Wohnungsmärkten in den vergangenen fünf Jahren eher ver-, denn entschärft hat, wäre es gut möglich, dass dieselbe Untersuchung – trotz Corona-Pandemie – aktuell (bzw. für den Zeitraum unmittelbar vor Inkrafttreten des sog. Berliner Mietendeckels) sogar eine noch höhere Verdrängungsrate erbrächte.

Bemerkenswert ist, dass wir bei der räumlich differenzierten Betrachtung der ‚Orte der Verdrängung‘ keine Verdrängungsschwerpunkte identifizieren können. Verdrängungsprozesse scheinen demnach in erster Linie Ausdruck der generellen Wohnungsmarktdynamik in einer Stadt oder auch einer ganzen Stadtregion zu sein. Die Diskussionen zum Problem der Verdrängung sollten sich daher nicht allein auf das ‚typische‘ innerstädtische Altbauquartier mit Aufwertungspotential fokussieren. Das heißt nicht, dass nicht in bestimmten Quartieren eine massiv verschärfte Verdrängungskonstellation auftreten kann, die eine gezielte stadtpolitische Intervention nahelegt. Sofern der Wunsch besteht, eine bestehende Verdrängungsdynamik abzumildern, scheint es grundsätzlich aber aussichtsreicher zu sein, auf wohnungspolitische Instrumente zurückzugreifen, die in einem weiteren räumlichen Kontext wirksam werden.

Städtebau unter Franco

Die Fortsetzung des spanischen Bürgerkrieges mit anderen Mitteln¹

Das Ende des Krieges mit dem Sieg unserer heiligen Sache stellt uns vor das großartige Problem des Wiederaufbaus Spaniens. Aber wir müssen damit beginnen, den Inhalt der Vokabel Wiederaufbau zu definieren. Es handelt sich nicht darum, Reichtümer zu schaffen, die verschwunden, noch darum, Werte zu stärken, die zerbrochen sind. Dies würde uns zu einem Spanien führen, das dem ähnelte, das vor unserem Kreuzzug bestand, etwas ganz und gar für unsere Zwecke Unnützes. Denn die Chirurgie, die auf Spanien angewandt werden soll, muss sehr viel wirksamer sein, damit Spanien in die Lage versetzt wird, den Rang eines Modells für die ganze Welt einzunehmen, wie wir es uns zu Beginn unserer imperialen Morgendämmerung erträumt haben.

Sektion Architektur der Falange, 1939²

Der spanische Städtebau zwischen 1938 und 1959 war mitnichten eine exzentrische Sonderform, eine fachliche Abirrung vom rechten Weg und schon gar nicht eine vernachlässigbare historische Anekdote. Der spanische Städtebau während dieses *Primer Franquismo*, dieser ersten Phase der Diktatur, war eine eigene, recht eigenständige und dabei überaus aufschlussreiche Variante der Geschichte des europäischen Städtebaus im 20. Jahrhundert. Die nähere Beschäftigung mit dieser Zeit gibt den Blick frei für bemerkenswerte Zusammenhänge, so etwa für die Indienstnahme des Städtebaus zugunsten eines diktatorischen Herrschaftssystems, für das Spannungsverhältnis zwischen der Hebung der Lebensbedingungen der loyalen Bevölkerung und der Stabilisierung einer Diktatur, aber auch für die Entwicklungsbedingungen der Profession.

Der Städtebau unter der franquistischen Diktatur ist aus einem Krieg hervorgegangen, einem blutigen Bürgerkrieg, dessen Ende sich beinahe mit dem Beginn des

1 Dieser Text entspricht dem stark gekürzten Schlusskapitel des von Max Welch Guerra und Harald Bodenschatz herausgegebenen Buches „Städtebau als Kreuzzug Francos. Wiederaufbau und Erneuerung unter der Diktatur in Spanien 1938-1959“, Berlin 2021. Hauptautor des Buches ist Piero Sassi, weitere Autoren sind neben den Herausgebern Uwe Altröck und Jean-François Lejeune. Das Buch ist der vierte Band einer Reihe zum Städtebau der Diktaturen Europas, nach den Bänden zum Städtebau unter Stalin, Mussolini und Salazar.

2 *Servicios técnicos de F.E.T. y de las J.O.N.S., Sección de Arquitectura 1939*, zit. nach G. Ureña, *Arquitectura y urbanística civil y militar en el período de la autarquía (1936-1945)*, Madrid 1979, S. 51.



Abb. 1: Neudorf Entreríos; Planung von Alejandro de la Sota, 1953;
Quelle: DOM publishers 2021.

Zweiten Weltkrieges überschritt. Dies erklärt die gesellschaftspolitischen Determinanten, unter denen sich dieser Städtebau entfaltete, angefangen bei den diktatorischen Herrschaftsverhältnissen unter der Hegemonie der faschistisch orientierten *Falange* und der ad-hoc-Gründung eines neuen politisch-administrativen Staatsapparates, der die Rahmenbedingungen des Städtebaus vorgab, dessen Umsetzung steuerte bzw. selbst übernahm sowie massenhaft Zwangsarbeiter einsetzte. Diese Genese erklärt ebenso die materiellen Determinanten des Städtebaus, wie etwa den Mangel an Baustoffen, an Privatkapital und an öffentlichen Mitteln. Auch der allgegenwärtige offizielle Diskurs, der die einzelnen Programme und Vorhaben in einer Welt ohne Gegenöffentlichkeit begleitete und der den Sieg der Putschisten fortwährend verkündete, wird dadurch erklärlich.

Der Bürgerkrieg prägte diesen Städtebau in mehrfacher Hinsicht: In seiner Materialität und Formensprache, in seiner Symbolhaftigkeit und in seinen gesellschaftspolitischen Funktionen. Die Herrschaftsverhältnisse aus der Zeit vor der Republik sollten wieder etabliert werden – dies war eine der zentralen Motivationen der Putschisten und ihrer Unterstützer. Aber die Funktion des Städtebaus bestand nicht darin, das Alte einfach wiederherzustellen, weder materiell noch gesellschaftspolitisch. Neue Protagonisten kamen zum Herrschaftsblock hinzu, für die *Falange* war der Städtebau ein früh entdecktes und ausgiebig genutztes Vehikel, Machtpositionen zu erobern und zu sichern, nicht nur um der eigenen Stärkung willen, sondern auch,

um eine Gesellschaft aufzubauen, die sich vor allem am italienischen Faschismus orientieren sollte. Auch baulich-räumlich ergab sich eine neue Lage: Nur zum Teil sollte der Wiederaufbau den Zustand der Vorkriegszeit rekonstruieren, und selbst wo ein getreuer Wiederaufbau beabsichtigt wurde, geschah dies nach Maßgabe eines korrigierten, nachträglich als spanisch definierten ästhetischen Programms. Der Städtebau des frühen Franquismus offenbart ein ehrgeiziges Entwicklungsprojekt, das die alten Zustände überwinden und den spanischen Kapitalismus aktualisieren sollte. Es ging um eine Modernisierung unter Ausschluss der Verlierer des Bürgerkrieges, verstanden als ein kräftiger Industrialisierungsschub über weite Teile des Territoriums, eine Optimierung der Landwirtschaft sowie eine Verallgemeinerung der neuesten Standards der Infrastruktur, des Wohnungswesens und der Stadtraumbildung.

Der Städtebau des frühen Franquismus erweist das Regime als eine Entwicklungsdiktatur, als eine offen repressive Entwicklungsdiktatur staatswirtschaftlichen Typs. Die propagandistische Absicht spricht aus Stadtgrundrissen, aus der urbanistischen Hierarchie der Funktionen in Dörfern, Kleinstädten und großstädtischen Stadtteilen, aus der funktionalen wie ästhetischen Komposition von Bildungskomplexen und Sportstätten sowie aus dem breiten Spektrum von Denkmälern, Ruinen und öffentlichen Räumen mit Gedenkfunktion. Verblüffen wird die Entwicklungsfunktion dieses Städtebaus nur diejenigen, die eine Hebung des Lebensstandards im 20. Jahrhundert allein hinter einer modernen Gestaltungssprache vermuten. Die fachliche Unterqualifikation des Auftraggebers *Falange*, die Stärke der eigenen architektonischen wie städtebaulichen Tradition, die Vielfalt und Qualität der beteiligten Architekten sowie das breite Universum der – nicht nur NS-deutschen oder italo-faschistischen – fachlichen Vorbilder schufen ein sehr vielfältiges städtebauliches Spektrum, dessen Ausmaße erst durch einen Überblick erfasst werden können, der sich nicht durch stilistisch motivierte Kulturkämpfe oder durch die isolierte Suche nach monumentalen baulichen Zeugnissen ablenken lässt.

Das städtebauliche Programm des frühen Franquismus wurde nur partiell realisiert. Die prekären materiellen Bedingungen, die Isolierung des Landes während des Weltkriegs, der Verlust durch die Ermordung, Verfolgung und Vertreibung von Fachleuten, der schwache Verwaltungsapparat, aber auch die Konkurrenz unter den verschiedenen *familias políticas* haben dazu beigetragen, dass viele Pläne des franquistischen Städtebaus über Wort und Zeichnung nicht hinaus kamen. Aber was umgesetzt wurde, ist schon quantitativ gesehen beachtlich. Das heutige Spanien ist städtebaulich zu einem beträchtlichen Teil während des frühen Franquismus geschaffen worden, was für Touristen zumeist nicht ersichtlich ist und was die internationale Fachwelt nur geringfügig wahrgenommen hat. Und: In jener Phase finden sich die materiellen und ideologischen Ausgangsbedingungen für Konflikte, die Spanien heute noch beschäftigen.

Frühe Herausbildung des ersten Modells franquistischen Städtebaus

Die Putschisten erkannten schon zu Beginn des Bürgerkriegs im Dezember 1936, dass die Bemühungen um die Wohnungsversorgung Hand in Hand mit dem Aufbau paralleler staatlicher Strukturen einherzugehen hatten. Im Januar 1938 wurde das erste Kabinett gebildet und das Gesetz über die Zentrale Verwaltung verabschiedet, womit der Aufbau eines eigenen politisch-administrativen Apparates als Gegenstaat zur Republik eingeleitet wurde. Bereits bei diesem Gründungsakt wurde der Wiederaufbau als zentrales Handlungsfeld der neuen Herrschaft begründet. Er war in gegenständlicher Hinsicht ein Kernstück der Staatsaufgabe, die materiellen Schäden des Bürgerkriegs zu überwinden, Grundlagen für die Reproduktion der Bevölkerung sowie für die Revitalisierung des ökonomischen Lebens wiederherzustellen bzw. neu zu schaffen. Hinzu kamen weitere Funktionen. Der Städtebau bot umfangreiche Ressourcen für den Ausbau von Machtpositionen innerhalb der sich hinter der nationalistischen Front konstituierenden parallelen Staatsmacht. Er war ein unentbehrliches und wirksames Mittel für die Umsetzung dessen, was als gesellschaftspolitisches Programm der aufzubauenden Diktatur zu definieren war – das freilich für ein „Modell für die ganze Welt“,³ wie es sich die Sektion Architektur der *Falange* wünschte, nicht reichen sollte. Schließlich stützte der Städtebau die Entfaltung einer die neue Herrschaftsform legitimierende Erzählung.

Der Wiederaufbau im engeren, städtebaulichen Sinne wie in der weiteren Bedeutung des Regimes als Wiederherstellung einer gesamtgesellschaftlichen Ordnung wurde aus drei – teilweise nur analytisch voneinander zu trennenden – Gründen in besonders starker Weise vom Staat initiiert, implementiert und gedeutet. Zum einen hatte der Bürgerkrieg das Privatkapital stark geschwächt und abgeschreckt. Die inländische Privatinitiative konnte die Daseinsfunktionen kaum erfüllen, ausländische Investitionen kamen wegen der Weltkriegshandlungen und nach 1945 wegen der bis in die 1950er Jahre hineinwirkenden Isolierung des Landes nicht in Frage. Hier konnte nur der Zentralstaat einspringen, die Gemeinden waren weit davon entfernt, initiativ werden zu können. Sodann bot sich auch in Spanien die sich seit den 1920er Jahren in Europa – etwa im Italien Mussolinis, in Hitlers Deutschland und erst recht in Stalins Sowjetunion – und bald weltweit durchsetzende Option gesamtgesellschaftlicher Entwicklung fordristischer Prägung, die einer neuen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung durch eine wesentlich gesteigerte Staatsaktivität gerecht werden sollte. Schließlich zeichnete die franquistische Diktatur die militärische Provenienz aus, mit einem Verständnis von Effektivität, das grundsätzlich auf

3 Servicios técnicos de F.E.T. y de las J.O.N.S., Sección de Arquitectura 1939, zit. nach: G. Ureña (s. A 2), S. 51.

eine vertikal durchgesetzte Rationalität unter Ausschaltung der kommunalen Autonomie setzte.

Entsprechend den Bedingungen des Bürgerkrieges wurde die Einrichtung des politischen Ressorts für den städtebaulichen Wiederaufbau nicht durch den Einsatz eines Parlamentsausschusses oder einer interministeriellen Kommission diskutiert und beschlossen. Der Wiederaufbau war eine Aufgabe, für die die straff organisierte und ideologisch ausgerüstete *Falange* bereitstand und die sich diese kurzerhand aneignete. Die *Falange* beherrschte das Innenministerium, das den neuen Staatsapparat aufbauen und damit auch die Ressorts handlungsfähig machen sollte – und übernahm die Zuständigkeit für die städtebaulichen Institutionen. Es sollte ein fachlich wie politisch sehr ambitioniertes Programm werden, das in der ersten Phase des Franquismus die Bautätigkeit im ganzen Land prägte und tatsächlich zu einer tragenden Säule der Diktatur wurde.

Dass der Wiederaufbau so früh begann, noch mitten im Bürgerkrieg, ist weniger ein Ausweis fachlicher oder fachpolitischer Hellsicht. Der frühe Zeitpunkt der Eröffnung des Handlungsfeldes Wiederaufbau (*reconstrucción*) sowie die Geschwindigkeit, mit der die entsprechenden institutionellen, finanziellen und fachlichen Voraussetzungen geschaffen wurden, ergab sich aus dem Interesse der Putschisten, möglichst rasch über einen eigenen Staatsapparat zu verfügen. Das Partikularinteresse der *Falange* bestand darin, die eigene Machtposition gegenüber den weiteren Trägern des Aufstandes und ernstzunehmenden Konkurrenten – Kirche, Militär und Monarchisten – zügig auszubauen.

Als der bis dahin starke Mann der *Falange* Ramón Serrano Súñer 1941/1942 seiner zentralen Machtstellung als Innen- und Außenminister verlustig ging, begann die Machtposition der *Falange* innerhalb des Regimes zurückzugehen. Im Bereich des Städtebaus hielt sich ihr Einfluss indessen etwa bis 1957. Im Februar dieses Jahres besiegelte der Austausch der *Falange* als maßgebliche politische Familie gegen das reaktionäre, aber zugleich wirtschaftsliberal und technokratisch ausgerichtete katholische Opus Dei im Kabinett den weitgehenden Bedeutungsverlust der faschistischen Massenorganisation.

Bis Ende der 1950er Jahre sollte mithin die dreifache Funktion des Städtebaus darin bestehen, die materiellen Bedingungen für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion wiederherzustellen und weiter zu entwickeln, das spezifische gesellschaftspolitische Programm der Diktatur durchzusetzen sowie die *Falange* zunächst als maßgebliche Kraft innerhalb des Regimes auf der Halbinsel zu etablieren, später den Städtebau als Einflussbereich der *Falange* zu konservieren. Die kolonialen Gebiete oblagen hingegen von vornherein der Herrschaft des Militärs.

Ausbau des politischen Handlungsfeldes

Die wesentlichen Institutionen, die den Städtebau des Franquismus gesteuert und teilweise unmittelbar produziert haben, sind zentralstaatliche Neugründungen des *Nuevo Estado*. Die Hauptrolle übernahm die Generaldirektion für Architektur (*Dirección General de Arquitectura*), eine dem Innenministerium (*Ministerio de Gobernación*) unterstellte Institution, die die städtebauliche Produktion insgesamt zu steuern hatte. Die zwei wichtigsten Posten wurden von anerkannten Fachleuten besetzt, von den Städtebauern Pedro Muguruza Otaño (1893-1952) und Pedro Bidagor Lasarte (1906-1996), Leiter der Abteilung für Städtebau.

Es wurde nie ein Städtebauministerium gegründet, die für Städtebau zuständigen Institutionen waren verschiedenen Ministerien unterstellt. So wurden für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und die Binnenkolonisation zwei mächtige Institutionen ins Leben gerufen. Bereits im Januar 1938 wurde – ebenfalls im Innenministerium – eine Anstalt für den Wiederaufbau eingerichtet, die ab 1939 den Namen Generaldirektion für Zerstörte Gebiete (*Dirección General de Regiones Devastadas*) erhielt. Das Nationale Institut für Binnenkolonisation (*Instituto Nacional de Colonización*) wurde innerhalb des Ministeriums für Landwirtschaft gegründet. Auf dessen Aktivität ging die Gründung etwa 304 neuer Dörfer zwischen 1939 und 1971 zurück. Die beiden Generaldirektionen und das Institut für Binnenkolonisation wurden bis 1957 durch die *Falange* geführt. Schließlich muss eine dritte Sparte der Städtebaupolitik des Franco-Regimes erwähnt werden: der Wohnungsbau. Dem Nationalen Wohnungsbauinstitut (*Instituto Nacional de la Vivienda*), das zum Arbeitsministerium (*Ministerio de Trabajo*) gehörte, oblag die Steuerung der Wohnungspolitik. Institutionelle und personelle Konkurrenzen prägten den staatlichen Städtebau etwa bei der Umsetzung des Madrider Generalbebauungsplans.

Die einzelnen Institutionen wurden zwar durch die *Falange* gesteuert, aber sie boten spezifische Freiräume für die Entfaltung fachlichen und fachpolitischen Eigensinns. Dies ermöglichte es, nicht nur Experten zu mobilisieren, fachliche Leistungen prägten auch ihrerseits das Erscheinungsbild der Diktatur und deren Angebote an die loyale Bevölkerung. Zwei eigens gegründete Fachzeitschriften – „*Revista Nacional de Arquitectura*“ (1941-1958) und „*Reconstrucción*“ (1940-1953) sowie viele Ausstellungen haben der franquistischen Propaganda eine kontinuierliche und überlegt eingesetzte Bühne geboten. Sie waren aber auch ein Medium fachlicher Selbstverständigung wie Eigenentwicklung und dienten der Zusammenführung der unterschiedlichen Sparten der Städtebaupolitik.

Eine wesentliche Ressource der Städtebaupolitik des Franquismus waren die länderübergreifenden fachlichen Innovationen jener Zeit. Der widersprüchliche Zugriff darauf war davon geprägt, dass der Ausbau des spanischen Städtebaus als politisches

Handlungsfeld in stark wechselnde internationale Referenzsysteme eingebettet war. Der Städtebau des Franquismus war, solange die Achsenmächte auf dem militärischen Vormarsch waren, starkem italienischen und auch deutschem Einfluss ausgesetzt. Prominente Städtebauer dieser Länder reisten nach Spanien und nahmen dort durch Vorträge und Vorlesungen an der Fachdiskussion teil. Auch Ausstellungen dienten dem Import ausländischer Modelle. So wurde die Ausstellung „Neue Deutsche Baukunst“ 1942 sowohl in Madrid als auch in Barcelona gezeigt. Aus deutscher Sicht war diese Ausstellung eine kulturpolitische Demonstration städtebaulicher Überlegenheit, die die militärische Stärke flankieren sollte. Die Zusammenarbeit der spanischen mit der deutschen Fachwelt konnte sich auf ältere Arbeitsverbindungen stützen. Eine Schlüsselrolle spielte dabei Hermann Jansen, der Gewinner des Wettbewerbs Groß-Berlin (1908-1910), wichtiger Mitarbeiter der Generalbebauungsplanung für die Reichshauptstadt unter Albert Speer sowie inoffizieller Gewinner (zusammen mit Secundino Zuazo) des internationalen Wettbewerbs zur Stadtentwicklung Madrids aus dem Jahr 1929. Doch auch zum faschistischen Italien waren die Beziehungen sehr eng, was nicht zuletzt der politischen Nähe der im Städtebau geschäftsführenden *Falange* zu den faschistischen Schwarzhemden (*camice nere*) geschuldet war.

Als sich aber um 1943 abzeichnete, dass das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien den Krieg verlieren würden, begann das franquistische Regime eine Absetzbewegung. Ab 1944 erschienen in den Fachzeitschriften in größerem Umfang Berichte über den Städtebau in den USA und in west- wie nord-europäischen Ländern. Das Ende des Zweiten Weltkrieges erzwang eine Öffnung gegenüber den USA und den anderen westlichen Mächten, der Beginn des Kalten Krieges begünstigte die Aufnahme Spaniens in die zweite Reihe der westeuropäischen Verbündeten des Westens. In den 1960er Jahren begann eine zweite Phase des franquistischen Städtebaus, in der sich das Regime den Leitbildern der westeuropäischen Nachkriegsmoderne annäherte und die durch die Übernahme der Initiative durch das private inländische wie ausländische Kapital geprägt wurde. Das Vermögen der Diktatur, den Städtebau zu steuern, schrumpfte beträchtlich.

Franquistische Version zeitgenössischen Städtebaus

Die *Falange* gab zwar einzelne gestalterische Direktiven heraus, aber diese betrafen nicht die Antipoden, die die spanische Architektur- und Städtebaudebatte seit Jahrzehnten in ihrem Bann hielt: den Streit zwischen traditioneller und moderner Architektur, zwischen traditionellem und modernem Städtebau. In der Architektur waren die Grundrisse der Wohn- sowie der Verwaltungsbauten eher modern, die Fassaden aber oft traditionell.

Der Versuch von Protagonisten der *Falange*, den *Escurialismo*, einen Baustil, der an die Architektur des Escorial und damit an Bauformen der beschworenen großen Zeit Spaniens anknüpfen sollte, verbindlich durchzusetzen, hatte zwar Folgen für Bauten in Großstädten wie auf dem Land, so etwa in Madrid und Brunete. Der *Escurialismo* blieb jedoch nur eine der möglichen Gestaltungsrichtungen für die Architektur. Die Gestaltungssprache von Neudörfern wie La Santa Espina kann geradezu als Gegenstück zum *Escurialismo* bezeichnet werden, dabei ist auch diese ein nicht weniger explizites Produkt der franquistischen Architektur.

Die Formen des Städtebaus der ersten Phase des Franquismus sind auf den ersten Blick durchaus traditionell: Sie präsentierten überkommene Straßen und Plätze, boten kleine Zentren mit öffentlichen Gebäuden und trennten – wie die Neudörfer zeigen – Stadt und Land. Und sie beschworen die Stadtbausteine der eigenen imperialen Geschichte: die Plaza Mayor (Hauptplatz), die Gran Via (Hauptstraße), den Ensanche (kompakte, regelmäßige Stadterweiterung), ausgestattet mit beherrschenden Bauten, vor allem dem Kirchturm. Dazu kam eine erhaltende Altstadterneuerungspolitik für mittlere und kleine Städte, die ebenfalls der Huldigung vergangener spanischer Größe diente. Zugleich entsprachen die Formen aber den Forderungen des reformierten Städtebaus, wie sie sich seit der Wende zum 20. Jahrhundert in Europa und bald weltweit durchsetzen sollten.

Unabhängig von der Gestaltungssprache der Architektur hat der Städtebau des frühen Franquismus zivilisatorische Fortschritte im Bereich der Hygiene, der Installation moderner Stadttechnik, der Öffnung der Städte und Dörfer für einen neuen Verkehr und der Überwindung der funktionalen Defizite des Wohnungswesens vollzogen, die der ererbte und nicht modernisierte Städtebau des vorindustriellen Spaniens aufwies. Der Franquismus hat es aber nicht unterlassen, diese allgemeinen zivilisatorischen Fortschritte als spezifisch franquistische Politik zu vermitteln, als zukunftsorientierte Gesellschaftspolitik, die als Kehrseite des destruktiven Marxismus zu verstehen sei. In diesem Sinne erweist sich der Städtebau in den Städten wie auf dem Land als eine traditionelle Variante der Moderne, die auch das faschistische Italien wie die Sowjetunion Stalins prägte. Sie unterschied sich dagegen deutlich von antistädtischen Konzepten wie in den USA oder radikal neuen städtischen Konzepten, wie sie etwa Le Corbusier propagiert hatte.

Zumindest auf den ersten Blick erscheint der moderne Grundzug des Städtebaus des frühen Franquismus in einem Widerspruch zu der ideologischen Hauptprägung der Diktatur zu stehen, die im spanischen Schrifttum der Gegenwart weit übereinstimmend als rückwärtsorientiert dargestellt wird. Der Franquismus, so heißt es

etwa, „lehnte jede Modernität ab – außer der ökonomischen– [...]“⁴ habe „die vor-moderne stärker als die moderne Welt geschätzt“, er strebte an, ein „idealisiertes Spanien der Vergangenheit zu restaurieren“.⁵ Francos Diktum, das 19. Jahrhundert gehörte aus der Geschichte Spaniens ausradiert,⁶ entsprach einer weit verbreiteten Geisteshaltung. Die Industrialisierung mit ihren Folgen wie etwa der Herausbildung der Arbeiterklasse als politischer Kraft, der Verstädterung und der Lockerung der strengen katholischen Moral wurde als Ursache der Verwerfungen der Gegenwart begriffen. Die Diktatur setzte dagegen auf eine nationalkatholizistische Doktrin, die gut sichtbar in der Bildung war, wo die Katholische Kirche gleichsam ein Monopol ausübte.⁷ Diese reaktionäre Option, die das Außenbild des Franquismus bis heute prägt, war für einige kulturelle Handlungsfelder im Sinne des Herrschaftssystems funktional. Für den spanischen Städtebau, materielle Grundlage einer Gesellschaft, für die die Strategie des Regimes eine grundlegende Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion, eine umfassende Industrialisierung und eine deutliche Hebung des Lebensstandards vorsah, war jedoch die Öffnung gegenüber den modernen Tendenzen, die sich weltweit durchsetzten, unabdingbar.

Besondere Aufmerksamkeit für den ländlichen Raum

Zu den Eigentümlichkeiten der franquistischen Version zeitgenössischen Städtebaus gehört die starke Hinwendung zum ländlichen Raum. Der Blick auf die Großstädte erfasst daher nur ein Segment der räumlichen Politik des frühen Franquismus. Dies gilt für den Wohnungs- und Siedlungsbau, für zahlreiche Projekte der grundlegenden Neugestaltung von Städten und Dörfern im Zuge des Wiederaufbaus, für die Errichtung von neuen Dörfern und Kleinstädten sowie für besondere Anlagen zugunsten der Landwirtschaft, des Tourismus und der Ausbildung. Alle diese Vorhaben sollten Aufgaben der materiellen Reproduktion sowie der politischen Legitimation erfüllen. Auch das größte Vorhaben politischer Repräsentation, das Tal der Gefallenen, ist zwar im Großraum der Hauptstadt, aber mit deutlicher Distanz von ihr verortet.

4 I. Saz Campos, *Fascismo y franquismo*, Universitat de Valencia, Valencia 2014, S. 32.

5 E. Malefakis, *La dictadura de Franco en una perspectiva comparada*, in: G. Delgado/J. Luis (Hrsg.), *Franquismo. El juicio de la historia*, Madrid 2000, S. 36.

6 Das vollständige Zitat Francos geht auf das Jahr 1950 zurück: „Das 19. Jahrhundert, das wir aus unserer Geschichte hätte ausradiieren wollen, ist die Negation des spanischen Geistes, die Inkonsequenz gegenüber unserem Glauben, die Verleugnung unserer Einheit, das Verschwinden unseres Imperiums, alle Entartungen unseres Seins, etwas Ausländisches, das uns trennte und uns unter Brüdern gegeneinander treten ließ und die harmonische Einheit zerstörte, die Gott auf unser Land gesetzt hatte“; A. del Río Cisneros, *Pensamiento Político de Franco*, Bd. 1. Madrid 1975, S. 80.

7 S. Julia, *La sociedad*, in: G. Delgado/J. Luis (s. A 5), S. 81.



Abb. 2: Das von Alejandro de la Sota 1952 geplante Esquivel in Andalusien ist ein weiteres von über 300 Neudörfern der Diktatur, die der Binnenkolonisation der armen, ländlichen Regionen Spaniens dienen sollten; Foto: *Piero Sassi*, 2015.

Das auffälligste Zeugnis der besonderen Orientierung der Franco-Diktatur auf den ländlichen Raum war die spanische Binnenkolonisation, die sich auf eine lange Tradition stützen konnte – im vorindustriellen Spanien, in den außereuropäischen Kolonien und nicht zuletzt im Spanien der Diktatur Miguel Primo de Riveras. Die Anlage von mehr als 300 Neudörfern, flankiert durch die Schaffung eines umfassenden neuen Wassersystems, der im Bau zahlreicher Staudämme seinen unübersehbaren Höhepunkt fand, übertraf sogar noch das Vorbild Italien, das mit der Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe und dem Bau von Kleinstädten wie Agrardörfern ein breit diskutiertes, aber keineswegs schlicht imitiertes Vorbild war. Der Bau von Neudörfern entwickelte sich zu einem durch berühmte Architekten wie Alejandro de la Sota und José Luis *Fernández* del Amo bespielten Experimentierfeld des Städtebaus und brachte ein breites Spektrum gestalterischer Formen hervor. Dieser Teil städtebaulicher Produktion war Teil der großen internationalen Anstrengungen, die Landwirtschaft wie das Leben auf dem Lande zu modernisieren, deren finsterste Seiten sich während des Ersten Fünfjahrplans in der Sowjetunion zeigten. Heute ist das damals in Europa zentrale Themenfeld Binnenkolonisation weithin vergessen – Folge auch des Scheiterns all dieser Aktivitäten.

Sonderstellung der Hauptstadt

Eingedenk der knappen materiellen Ressourcen des frühen Franquismus und einer Städtebaupolitik, die das ganze Territorium Spaniens zu erfassen und zu verändern trachtete, überrascht, wie vielschichtig und wie gründlich Madrid im Sinne der Diktatur umgestaltet wurde.

Der Umbau Madrids wurde mit besonderer Aufmerksamkeit vorbereitet, nachdem die Idee verworfen worden war, als Strafe für die lange Treue zur Republik – die Hauptstadt hatte bis Ende März 1939 den Putschisten widerstanden – den Regierungssitz zu verlegen. Schnell wurde das propagandistische Potential des Städtebaus in der Hauptstadt – Hauptstadt einer zentralistischen Diktatur in einem alten Zentralstaat – erkannt. Die Umgestaltung des Regierungssitzes bot reichlich Potential, die politische Repräsentation des Neuen Staates zu demonstrieren.

Der Generalbebauungsplan für Madrid von 1943 knüpfte an Pläne an, die in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts für die spanischen Großstädte entwickelt worden waren. Er wurde zwar nur partiell umgesetzt, prägte aber dennoch die Planung in weiteren spanischen Städten und gilt als Initialzündung für das erste Städtebaugesetz Spaniens von 1956 (*Ley del Suelo y Ordenación Urbana*).

Schon die Ressourcenknappheit bedingte eine bescheidenere Option der umgestaltenden Übernahme des Regierungssitzes. Dem kam entgegen, dass die Innenstadt ausreichend Herrschaftsbauten und prächtige öffentliche Räume bot, die eine eloquente Anknüpfung an eine für glorreich deklarierte Vergangenheit aus der imperialen Zeit boten. Der größte innerstädtische Eingriff geschah außerhalb der Altstadt. Ein rein architektonisch fixierter Blick reduziert dieses komplexe städtebauliche Vorhaben oft auf den Bau des imposanten Gebäudes für das Luftfahrtministerium (*Ministerio del Aire*), in dem heute der Generalstab der Luftwaffe (*Cuartel General del Ejército del Aire*) residiert. Zum Komplex gehörten jedoch auch ein Wohnviertel für die aufsteigenden Mittelschichten und ein Triumphbogen, der ein Tor gen Nordosten – also zum Escorial-Schloss und zum Tal der Gefallenen – sein wollte.

Einen anderen Weg ging ein zweites Großbauvorhaben, das ebenfalls gewichtige Komponenten an Regierungsfunktionen vorsah: der Ausbau der Nord-Süd-Achse Paseo de la Castellana-Avenida del Generalísimo. Hier wurde auf Planungen zurückgegriffen, die bis in die 1920er Jahre zurückgingen. An dieser Achse, einer strategischen verkehrspolitischen, ja stadtentwicklungspolitischen Maßnahme von gesamtstädtischer Bedeutung, entstanden die Neuen Ministerien (*Nuevos Ministerios*), ein städtebauliches Ensemble, das zu Beginn des Krieges weitgehend fertiggestellt und durch die Kriegshandlungen beschädigt worden war. Die Gestaltung ließ bis heute repräsentativ wirkende Freiräume entstehen. Hier schuf der *Estado Nuevo* erst-rangige Lagen auch für weitere öffentliche Funktionen, so etwa für den Generalstab.



Abb. 3: Die in den 1950er Jahren gebaute erste Stadtkrone der Altstadt von Madrid. Die zwei Hochhäuser an der Plaza de España, der Edificio España (117 m hoch, 1948-1953, rechts) und die Torre de Madrid (142 m hoch, 1954-1957, links), sollten die Modernität des Regimes und die Zugehörigkeit Spaniens zum ökonomisch erfolgreichen Westen suggerieren; Foto: Harald Bodenschatz, 2012.

Ebenfalls von stadtstruktureller Bedeutung war der Bau eines neuen Bahnhofs, der *Estación Chamartín*, ein Bahnhof, der eine neue Stadterweiterung aufwertete. Er wurde durch einen Tunnel entlang der Nord-Süd-Achse mit dem zentralen Bahnhof *Atocha* verbunden, eine strategische Entscheidung, die bis heute den Stadt- und Regionalverkehr auf Schienen fördert. Ebenfalls von nachhaltiger Bedeutung für die Stadtstruktur war die Entscheidung, die neue Universitätsstadt (*Ciudad Universitaria*), ein Großvorhaben aus der Zeit der Diktatur von Primo de Rivera, das zu Beginn des Krieges bereits weitgehend entworfen und partiell realisiert worden war, wiederaufzubauen bzw. zu vollenden. Die *Ciudad Universitaria* knüpft an das Moncloa-Viertel an, sie ist ein kräftiger Landgewinn auf Kosten des grünen Umlands und entspricht dem zeittypischen Prinzip der grobkörnigen Funktionstrennung. Gleiches gilt für die Anpassung der Stadt an das Ideal der Autogerechtigkeit, das von der Altstadt bis zum Maßstab der Stadtregion wirksam war.

Die besonders nach dem Ende des Bürgerkrieges sehr brisante Wohnungsfrage wurde sozial selektiv angegangen. Wohnungen für die breiten Schichten mit geringem Einkommen wurden zwar gebaut, aber in einer deutlich geringeren Menge, als für eine auch nur annähernde Entspannung des Wohnungsmarktes nötig gewesen wäre. Dies bedeutete, dass ein wichtiger Teil der Bevölkerung in unsanierten, dicht belegten Wohnungen leben musste. Dazu kamen die Elendssiedlungen am Rand der großen Städte, die während der gesamten Dauer der Diktatur existierten. Dagegen wurden für die tragenden Mittelschichten des Neuen Staates von der Innenstadt bis zum Stadtrand ein differenziertes Angebot mit zeitgenössischem Standard bereitgestellt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt das Zentrum der Hauptstadt einen spektakulären städtebaulichen Taktstock. Im Zuge des Umbaus der Plaza de España seit 1943 wurde dort von 1948 bis 1953 das höchste Haus Spaniens errichtet – der *Edificio España*. Damit war ein neuer zentraler Punkt von Madrid markiert, der Abschluss der Gran Vía, der wichtigsten Hauptstraße des Zentrums. Während in Berlin (Große Halle des Volkes) und Moskau (Sowjetpalast) der den diktatorischen Städtebau krönende Abschluss nicht realisiert werden konnte, wurde in der spanischen Hauptstadt ein wenngleich weit bescheidenerer und durch eine private Investition ermöglichter auftrumpfender Großbau geschaffen.

Kult der Klein- und Mittelstädte

Die Altstadterneuerung in den Mittelstädten zeigt deutlich, dass der Wiederaufbau auch hier von spezifischen Überlegungen in der Folge des Bürgerkriegs geprägt war. Die prekären materiellen Rahmenbedingungen ließen Flächenabriss nicht zu, kleinteilige Maßnahmen waren die Regel. Dieser Grund war aber nicht allein ausschlaggebend. Im Großen und Ganzen erhaltend erneuert wurden vor allem solche Städte, die eine starke symbolische Bedeutung hatten. Im Falle Salamancas und Saragossas erwies sich deren frühe Zugehörigkeit zur Partei der Putschisten als entscheidend. Die Durchdringung der Altstadt Salamancas durch die altehrwürdige Universität wurde zur materiellen und kulturellen Basis für eine Aufwertung als Bastion einer nationalkatholizistisch gewendeten Kultur des ansonsten verfallenden Abendlandes. Dass die Altstadt von Salamanca zum städtebaulichen Denkmal erhoben werden sollte, geht auf den Franquismus zurück.

Heute noch gehört die Plaza del Pilar in Saragossa zu den größten Platzanlagen Europas – sie ist gänzlich ein Zeugnis frühfranquistischer Stadtbaukunst. Toledo erhielt eine hervorgehobene fachliche und materielle Behandlung als Stätte des mythenbildenden Widerstands der putschenden Militärs im Alcázar. Granada verwies auf den Sieg über die Mauren Ende des 15. Jahrhunderts, der nicht nur als kastilische

Tat, sondern als ein wegweisender Sieg des ganzen Abendlandes interpretiert wurde. Granada, Toledo und Salamanca wurden zu heute noch international gefragten Tourismuszielen befördert. Santanders Bevorzugung gehorchte einer anderen Motivation. Der Stadtbrand von 1941 wurde schnell als eine Gelegenheit erkannt, durch einen raschen und gründlichen Wiederaufbau die Tatkraft der Diktatur vorzuführen und dies mit einem Anlass zu verbinden, der über die Identifikation mit den Siegern hinaus an humanitäre Gefühle appellierte.

Der Wiederaufbau von Kleinstädten durch die Generaldirektion für Zerstörte Gebiete betraf etwa 200 Orte. Er reproduzierte nicht den Vorkriegszustand, sondern schuf neben neuzeitlichen Wohnverhältnissen die Bedingungen für ein Leben unter den neuen politischen Bedingungen. Neben Schulräumen und Rathäusern mit Dependancen für die *Falange* wurden auch Stützpunkte für die staatliche Polizei (*Guardia Civil*) und für die Kirche bereitgestellt.

Einige Städte erhielten indessen eine Sonderstellung. Sie wurden aus ideologischen Gründen ausgesucht und bei der Verteilung von Ressourcen bevorzugt bedient. Drei von ihnen ragen heraus: Brunete, Gernika und Belchite. Brunete und Belchite waren dadurch gezeichnet, dass sie, als sie längere Zeit an der unmittelbaren Kampffront lagen, stark zerstört worden waren und nun als Stoff für die Erzählung des heldenhaften Kreuzzugs gegen die „rote Barbarei“ dienen mussten. In Gernika ging es darum, die anhaltende internationale Kritik an der Bombardierung der Stadt zu neutralisieren. Das kleine Städtchen wurde in einer Weise hispanisiert wiederaufgebaut, dass die Bevölkerung die neue Stadt annahm. Brunete wurde zum Modell einer von der *Falange* idealisierten kastilischen Stadt, in Belchite entstand neben den Ruinen eine neue Stadt, die der Bevölkerung zeitgemäße Wohn- und Lebensverhältnisse bot. Für alle drei Städte wurden recht elaborierte und sehr verschiedene Wiederaufbaukonzepte erarbeitet, die innerfachlich minutiös kommuniziert und der allgemeinen Öffentlichkeit einprägsam vermittelt wurden.

Beitrag zur Geschichte des europäischen Städtebaus

Der Städtebau der europäischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts wurde und wird bis heute in der Städtebaugeschichtsschreibung oft ausgeklammert oder zumindest wenig beleuchtet. Zudem erscheint er als eine Ausnahme, ein Abweichen vom dominanten Pfad demokratischen Städtebaus. Das ist in vielerlei Hinsicht fragwürdig. Für einige Länder dauerte im 20. Jahrhundert die Ära der Diktaturen beträchtlich länger als die Zeit demokratischer Regierungen. Das gilt für Russland und manche osteuropäische Staaten. In anderen Ländern waren beide Phasen in etwa vergleichbar, so etwa in Portugal und Spanien. Darüber hinaus war die Ära der Diktaturen eine Periode besonders umfangreichen Städtebaus, in der Regel umfangreicher als in vie-



Abb. 4: Universidad Laboral de Gijón, gebaut nach Plänen von Luis Moya 1946-1956. Arbeiteruniversitäten waren ein wichtiges Feld des bildungsorientierten Städtebaus der Diktatur, um das einfache Volk an das Regime zu binden, eine regimetreue Arbeiterelite zu formen und die Industrialisierung voranzubringen. Sie fanden sich im ganzen Land und waren eine Art Stadt in der Stadt. Das Ensemble erinnert an die Kirche Sant'Ivo von Francesco Borromini in Rom; Foto: *Max Welch Guerra*, 2012.

len Demokratien in den gleichen Jahren. Und schließlich wurden dort städtebauliche Projekte realisiert, die wesentlich dazu beitrugen, zumindest eine Duldung der Diktatur zu fördern. Daher hilft die weit verbreitete Kenntnisverweigerung oder eine auf schlichten Thesen beruhende Einschätzung von Diktaturen nicht weiter, sie fördert vielmehr deren Unterschätzung.

Mit Blick auf die städtebauliche Produktion der Franco-Diktatur lassen sich einige Beiträge erkennen, die – nicht im Sinne einer huldigenden Bewertung – bemerkenswert sind und einen Platz in der europäischen Städtebaugeschichtsschreibung finden sollten.

Den weit verbreiteten und doch viel zu eng gesteckten gestalterischen Assoziationen hinsichtlich eines „diktatorischen Städtebaus“ kommen nur wenige Projekte nahe, etwa das Projekt des Luftfahrtministeriums in Madrid, vor allem aber das Tal der Gefallenen, eine moderne Neuinterpretation der äußerst streng gestalteten

Grab- und Klosteranlage El Escorial. Wie dort finden wir auch im Tal der Gefallenen sowohl ein Mausoleum für den Herrscher über Spanien wie ein Kloster, das dieses Mausoleum pflegt. All dies zusammen formt ein in äußerster Härte gestaltetes Monument in einer ebenfalls harten Landschaft.

Ein völlig unterschätzter Beitrag des franquistischen Städtebaus ist der Wiederaufbau kriegszerstörter Orte nach dem Bürgerkrieg. Weit vor den Wiederaufbauprojekten in der Endphase und nach dem Zweiten Weltkrieg im übrigen Europa wurde in Spanien bereits seit Ende der 1930er Jahre in großem Umfang wiederaufgebaut. Gernika, Brunete und Belchite sind zudem Zeugnisse einer besonderen Praxis der den Sieg der Gewinner verherrlichenden Wiederaufbauzeit.

Wie im faschistischen Italien und in Salazars Portugal finden sich auch in Spanien frühe Beispiele einer die gesamte oder große Teile der Altstadt schützenden Stadterneuerungspolitik, die in Einzelfällen auch einen städtebaulichen Denkmalschutz für die Altstädte umfasste – zur Förderung des Tourismus, aber auch zur Glorifizierung der vergangenen Größe. Beispiele sind hierfür die Altstadt von Salamanca und die kleine Ortschaft Santillana del Mar. Einen wichtigen Sonderfall von internationalem Interesse bietet die Altstadt von Barcelona, die mit ganz unterschiedlicher programmatischer Orientierung in eine idealisierte mittelalterliche Form gebracht wurde.

Erstaunlich ist, wie wenig Interesse bislang der Bau von Orten der geistigen wie körperlichen Ertüchtigung in den Untersuchungen des Städtebaus der europäischen Diktaturen fand. Erwähnenswert in dieser Hinsicht sind die Projekte für Arbeiteruniversitäten (*Universidades laborales*) und in den städtischen Kontext integrierte Sportstadien – beides im internationalen Vergleich auffällige Bausteine des Städtebaus. Sport wie auch die Heranbildung einer eigenen Arbeiterelite waren wichtige Bausteine der Stabilisierung der Diktaturen. Besonders auffällige Beispiele hierfür sind die Arbeiteruniversität in Gijón und das Stadion für Real Madrid (*Nuevo Estadio Chamartín*), das heute jedoch durch zahlreiche Umbauten nur noch eingeschränkt erfahrbar ist.

Den vielleicht größten, wenngleich bis vor kurzem weitgehend übersehenen Beitrag zur europäischen Städtebaugeschichte war schließlich das Werk der Binnenkolonisation, die über 300 Neudörfer, die allerdings ihren Zweck, eine schnelle Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, letztlich nicht erfüllen konnten. Dazu kamen zahlreiche Staudammprojekte. Es ist schwierig, einzelne Neudörfer herauszuheben, aber sicher sind Orte wie Giménez, Esquivel und Vegaviana bis heute besonders beeindruckend. Auch der koloniale, d.h. exportierte Städtebau, der im Wesentlichen ein militärisch gesteuerter Städtebau war, hat in El Aaiún, der Hauptstadt der Kolonie Spanisch-Sahara, ein gestalterisch herausragendes Zeugnis hinterlassen.

Aber nicht nur das besondere Spektrum städtebaulicher Projekte erweitert das gängige Verständnis europäischer Städtebaugeschichte, sondern auch die Vertei-

lung all dieser städtebaulichen Aktivitäten über das gesamte Territorium im Rahmen einer zentralistischen Organisation sowie die selbstverständliche Übernahme der zivilisatorischen Errungenschaften des Städtebaus des 20. Jahrhunderts als Teil einer erklärtermaßen rückwärtsgewandten Gesellschaftspolitik.

Politisches Vergessen seit 1975

Die *transición*, die Übergangsperiode, die mit dem Ableben Francos Ende 1975 begann und das Ende der Diktatur als Herrschaftssystem mit dem Wahlsieg der PSOE 1982 markierte, eröffnete keine Generaldebatte über das städtebauliche Erbe des Franquismus. Nun waren die Gemeinden zwar in die Lage versetzt, viel stärker als bisher den Umgang mit diesem Erbe selbst zu gestalten, allerdings herrschte im ganzen Land die Vereinbarung des Moncloa-Paktes, die Verbrechen des Bürgerkrieges nicht zu thematisieren. Dieser sei vielmehr eine kollektive Tragödie, ein Bruderkrieg, eine Vergangenheit, deren Thematisierung die Wiederversöhnung beim Aufbau eines bürgerlich-demokratischen Spaniens nicht gefährden sollte. Die im Oktober 2019 erfolgte Umbettung des Leichnams von Francisco Franco vom Tal der Gefallenen zu dem kleineren Friedhof von Mingorrubio außerhalb von Madrid geschah nicht als Ergebnis eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses, sondern wurde von den Parteien der Rechten eher protestierend hingenommen, die ultrarechte Vox interpretierte sie als eine Tat der Zwietracht. Mehr als vier Jahrzehnte nach dem Ende der Diktatur gibt die symbolische Abwertung des Tals der Gefallenen Aufschluss über den Stand der Verarbeitung der jüngeren Geschichte Spaniens: Die Erinnerungen bleiben unversöhnlich.

Industrialisierung des Flussraums

Vergleichende Betrachtungen zu Görlitz (Zgorzelec), Teschen (Český Těšín/Cieszyn) und Komárom (Komárno)¹

1. Der Flussbereich: ein Ort der Moderne?

Die Industrialisierung der Städtelandschaften im 19. Jahrhunderts wird – traditionell durch die Einbindung der Eisenbahn beschrieben und interpretiert – auch Eisenbahnzeitalter genannt.² Diese Annäherung entspricht den historischen Tatsachen aber nur teilweise und verdeckt dabei die Umformulierung der Flussbereiche in den Städten.³ Flussregulierung und Eisenbahnbau gingen Hand in Hand.⁴ Dabei bedienten die entstehenden Eisenbahndämme oft auch Hochwasserschutzbedürfnisse.⁵ Die ersten Bahnhöfe (vor allem in den Jahren 1840-1870) waren noch logistische Umschlagplätze zwischen Schienen und Wasser.⁶ Wenn die Bahnhöfe, wie oft genannt, die „Basiliken der Moderne“ waren, könnten die Hafenanlagen der Industriezeitalter als „geschlossene Klöster“ interpretiert werden.⁷ Sie waren wichtige Bestandteile der Produktion und Logistik, aber mehr oder weniger geschlossene Territorien, kontrollierte Orte, die für Stadtbewohner schwer zu betreten waren.⁸

Die vorliegende Arbeit will den Fokus aber nicht allein auf die Hafenanlagen legen. Sie behandelt die Flussbereiche als spezielle Stadtviertel, die sich nach generel-

1 Der Beitrag wurde im Rahmen eines Stipendiums der Ungarischen Akademie der Wissenschaften „Bolyai 2019-2021“ fertiggestellt.

2 R. Roth, Das Jahrhundert der Eisenbahn. Die Herrschaft über Raum und Zeit 1800-1914, Ostfildern 2005, S. 154.

3 D. Schott, Stadt und Fluss: Flüsse als städtische Umwelten im 19. und 20. Jahrhundert, in: Beiträge zum Göttinger Umwelthistorischen Kolloquium 2004-2006, hrsg. von B. Hermann, 2007, S. 145-162.

4 S. Castonguay/M. Evenden (Ed.), Urban Rivers: Remaking Rivers, Cities and Space in Europe and North America, Pittsburgh 2012.

5 F. Pescher, Verkehrswege in der Wachau, in: Die Wachau. Perspektiven einer europäischen Flußlandschaft, hrsg. vom Arbeitskreis zum Schutz der Wachau, Krems 1995.

6 M. Kubinszky, Bahnhöfe Europas. Ihre Geschichte, Kunst und Technik, Stuttgart 1969.

7 M. Herzog/M. Leis (Hrsg.), Der Bahnhof: Basilika der Mobilität – Erlebniswelt der Moderne, Stuttgart 2010.

8 M. Schmid, Stadt am Fluss: Wiener Häfen als sozio-naturale Schauplätze von der Frühen Neuzeit bis nach dem Zweiten Weltkrieg, in: L. Morscher/M. Scheutz/W. Schuster, Orte der Stadt im Wandel vom Mittelalter zur Gegenwart: Treffpunkte, Verkehr und Fürsorge, Innsbruck 2013, S. 275-312.

len städtebaulichen Mustern (engl. Fachsprache: *patterns*) entwickelten.⁹ Diese Muster sind typisch und tauchen in vielen Städten in ähnlichen Erscheinungsformen auf. Was aber soll hier unter Muster bzw. *patterns* verstanden werden?

Der Begriff stammt von Christopher Alexander,¹⁰ der die Logik der generativen Sprachwissenschaft von Noam Chomsky auf andere Disziplinen übertrug.¹¹ Der Grundgedanke behauptet, dass die Sprache (durch die Kinder) nicht nachgeahmt wird. Vielmehr ginge es um einen Prozess, in dem lediglich Grundelemente und Verknüpfungsregeln erlernt würden, welche die Basis für die freie Generierung der Sprache bilden. Analog dazu ging Christopher davon aus, dass sich die morphologischen, sozialen und historischen Gegebenheiten der erbauten Welt (die sich als Muster bzw. *patterns* definieren lassen) nach bestimmten Regeln (grammatikalisch) zusammenknüpfen und so letztendlich die Sätze der Architektur aufbauen. Zu diesen Grundelementen der Architektursprache bemerkt er: „Each pattern describes a problem, which occurs over and over again in our environment, and then describes the core of the solution to that problem in such a way that you can use this solution a million times over, without ever doing the same way“.¹² Diese Logik Christophers kann überaus fruchtbar sein, wenn man Städte miteinander vergleichen will.¹³ *Patterns* verkörpern für ihn universale Problematiken, die nur in Variationen existieren, innerhalb von Netzwerken stehen, in Beziehungen und Verknüpfungen mit anderen *patterns*. Als praktizierender Architekt erkannte er darin eine normative Funktion für einen „guten Planungsprozesses“.¹⁴

Der folgende Beitrag will keinen Hinweis fürs Planen leisten. Er ist vielmehr ein sozio-historischer Überblick, wie sich Flusslandschaften durch die Industrialisierung ausprägten. Dabei werden Ähnlichkeiten und Parallelitäten erfasst, wobei der Schwerpunkt auf dem Überqueren von Flüssen in den Suburbien liegt. Die hierbei untersuchten drei Städte liegen alle in Mitteleuropa: Görlitz/Zgorzelec, Teschen/Český, Těšín/Cieszyn und Komarno/Komárom. Schon die Doppelnamen zeigen, dass diese Städte im späteren 20. Jahrhundert als geteilte Doppelstädte fungierten.¹⁵ Das *pattern* „Überqueren von Flüssen in den Suburbien“ verweist dabei auch auf die

9 S. Kostof, *The City Assembled*, Boston/New York 1999, S. 39.

10 Ch. Alexander, *The Timeless Way of Building*, Oxford 1979; Ch. Alexander et al., *The Pattern Language, Town, Buildings, Construction*, Oxford 1977.

11 G. Sampson, *Minds in Uniform: How generative linguistics regiments culture, and why it shouldn't*, in: M. Grein/E. Weigand, *Dialogue and Culture*, Amsterdam 2007, S. 3-25.

12 Ch. Alexander (s. A 10).

13 M. J. Dawes/M. J. Ostwald, *Christopher Alexander's A Pattern Language: analysing, mapping and classifying the critical response*, in: *City Territory and Architecture*, 4/2017, S. 17; vgl. <https://doi.org/10.1186/s40410-017-0073-1> [20.04.2021].

14 K. Dovey, *The pattern language and its enemies*, in: *Design Studies* 11/1990, S. 3-9.

15 H. Schultz (Hrsg.), *Stadt, Grenze, Fluss*, Berlin 2003.

Vorgeschichte dieser Doppelstädte, also auf die Periode der Brückenschläge im späten 19. Jahrhundert, welche eine starke Integrierung der Suburbien mit sich brachten. Dieser Prozess endete abrupt durch die Grenzverschiebungen von 1920 bzw. 1945. Aber nicht nur die Brücken allein sind wichtig für das Verstehen von *patterns*. Mit der Industrialisierung spielte sich eine allgemeine Modernisierung der Flussbereiche ab, wodurch sich ein universales *pattern* mit lokalen Variationen einstellte.

Ein Vergleich des „Flussüberfahrens in den Suburbien“ in den drei genannten Städten konnte auf den Forschungen zu modernen Stadt-Fluss Relationen aufbauen – inspirierend dabei vor allem die Arbeiten über die beiden Donaustädte Budapest und Wien.¹⁶ Da an dieser Stelle kein umfassend systematischer Vergleich der Flussbereiche dieser beiden Städte gegeben werden kann, sollen nur die wichtigsten Punkte hervorgehoben werden. Budapest war einzigartig in dem Sinn, dass es hier um eine Stadt ging, die sich städtebaulich gerade im späten 19. Jahrhundert mehrfach inspirierend mit dem Fluss befasste. Die neuen Brückenschläge mit ihren Brückenköpfen boten spektakuläre Plätze in der modernen Stadtlandschaft.¹⁷ Von hier aus konnte der viel größere Stadtteil „Pest“ die Seite von „Buda“ erobern und überformen. Die neu entstandenen Stadtteile in Buda erfüllten Funktionen, die man in Pest wegen Platzmangel nicht hatte: vor allem Parkanlagen und Villenviertel.¹⁸ Weniger inspirierend waren die Folgen der Donauregulierung in Wien. Hier gewann man riesige Bauflächen für neue Stadtteile, die man indes nicht richtig auszunutzen verstand.¹⁹ Die Donau-Stadt-Landschaft des damaligen Wien (1870-1920) wurde durch Industrie und Logistik geprägt. Villenviertel oder Parkanlagen fanden keinen oder nur wenig Platz, zumal wegen der größeren Entfernung zur Innenstadt die Flusslandschaft für neue Wohnviertel kaum attraktiv erschienen war.

Ausgehend von den Forschungen zu Wien und Budapest lassen sich für die drei genannten Doppelstädte als wichtigste Untersuchungspunkte definieren: (1.) Regulierung bzw. Stabilisierung des Ufers als erster Schritt für eine neue Stadt-Fluss-Relation; (2.) Neue Brücken und Überformung der Naturlandschaft; (3.) Brückenköpfe in der Stadtlandschaft. Anhand dieser universalen Elemente soll nun auf die lokalen Spezifika der jeweiligen Flusslandschaftsmodernisierungen eingegangen werden, wobei zunächst noch deren Vorgeschichten erläutert werden.

16 Cs. Szabó/M. Tamáska, Donau-Stadt-Landschaften, Danube-City-Landscapes Budapest – Wien, Wien 2016.

17 J. Szabó, Távlatok és térérzékelés összefüggése Budapest dunai városképében, in: Építés – Építészetudomány 44 (1-2), S. 87-106.

18 L. Siklóssy, Hogyan épült Budapest? (1870-1930), 1895.

19 Ch. Stimmer/K. Klusacek, Die Stadt und der Strom. Wien und die Donau, Wien 1995.

2. Fluss-Stadt-Beziehungen bis zum Eisenbahnzeitalter

Die drei Städte Görlitz, Teschen und Komárom durchliefen sehr unterschiedliche Entwicklungen – weit voneinander entfernt, in verschiedenen historischen Regionen. Görlitz liegt in der preußischen Provinz Schlesien (ab 1815)²⁰ an der Lausitzer Neiße mit einer Verbindung über die Oder nach Norden zum Ostseeraum. Wichtiger jedoch waren der Flussübergang und die Verbindungsfunktion zwischen Ost und West, was auch an der historischen Stadtstruktur ablesbar ist.²¹ Görlitz handelte mit Pelzen aus dem Osten und vor Ort hergestellten Tüchern. Die Mechanisierung der Tuchherstellung seit Anfang des 19. Jahrhunderts begann direkt am Flussufer, so dass sich die Uferzone schon früh zu einem Industriegebiet entwickelte.²² Massive Eingriffe in die Flusslandschaft waren die Folge. So sicherten Wehre einen stabilen Wasserstand und eine bessere Ausnutzung der Wasserenergie.

Teschen, seit dem 17. Jahrhundert Teil des Habsburgerreiches (1653), war ebenfalls ein Zentrum der Tuchherstellung, wenngleich in kleinerem Maßstab.²³ Und während man in Görlitz die Wasserenergie direkt durch Ausbauten im Flussbett gewann und damit bereits vor der Industrialisierung ein weitgehend reguliertes Flussbild entstanden war, wurde in Teschen der Hauptstrom nicht modifiziert. Stattdessen grub man schon im Mittelalter einen abgesonderten Kanal für die Mühlen.²⁴ Eine Lösung, die man in vielen vormodernen Städten und Dörfern Europas antreffen kann.²⁵

In einer ganz anderen Region, im ehemaligen ungarischen Königreich (seit dem 16. Jahrhundert ebenfalls Teil des Habsburgerreiches), liegt Komárom. Da die Donau als Strom zu mächtig war, konnte man hier lange Zeit keine festen Brücken bauen, sondern setzte Flussfähren ein.²⁶ Dabei kam es auch zu kulturellen Austausch zwischen Ost und West.²⁷ Als Zwischenstation der Ost-West-Donauschiffahrt und der regionalen Nord-Süd-Fährverbindung besaß Komárom eine Doppelfunktion und war eine der wichtigsten Donaustädte bis zum Aufkommen Budapests (bis 1873 Pest-Buda) ab der Mitte des 19. Jahrhunderts. Schifffahrt und Schiffbau waren die Grund-

20 Ch. Waack, Historisch-topographischer Atlas schlesischer Städte: Görlitz/Zgorzelec, Marburg 2010, S. 14.

21 Ebda., S. 12.

22 Ebda., S. 15.

23 A. Peter, Geschichte der Stadt Teschen, Köln 1988, S. 48.

24 M. L. von Pragenau, Geschichte der Stadt Teschen, Würzburg 1976, S. 17.

25 K. A. Németh/G. Máté, Szempontok és példák a középkori eredetű malmok és malomhelyek folytonosságának vizsgálatához, in: A. Báti/Zs. Csoma (Hrsg.) Középkori elemek a mai magyar kultúrában, Budapest 2014, S. 47-68 vgl. [www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=%3A+A.+Báti%2FZs.+Csoma+\(Hrsg.\)+Középkori+elemek+a+mai+magyar+kultúrában](http://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=%3A+A.+Báti%2FZs.+Csoma+(Hrsg.)+Középkori+elemek+a+mai+magyar+kultúrában) [20.04.2021].

26 L. Kecskés, Komárom, az erődök városa, Komárom 1984, S. 8.

27 G. Prinz/P. Teleki, A magyar munka földrajza, 1936, S. 30.

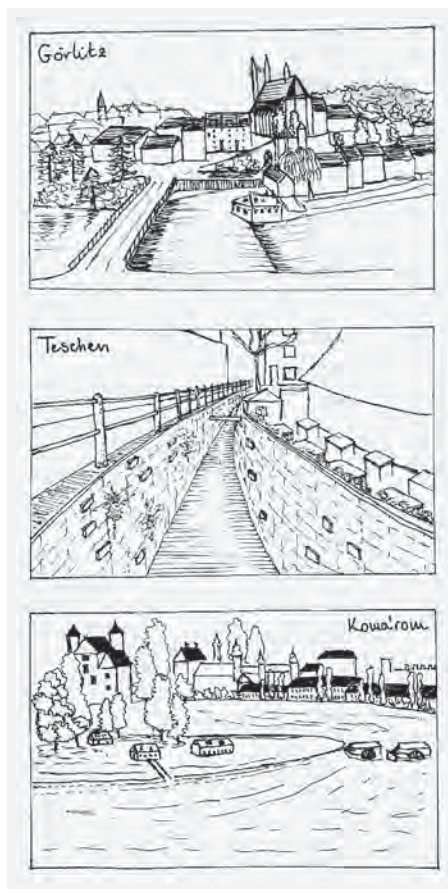
Abb. 1: Fluss und Stadt.

Görlitz baute sich schon seit dem 18. Jahrhundert mit Hilfe von Wehren direkt in die Flusslandschaft ein. In Teschen grub man einen Mühlbach. Kormárom lag von dem wilden und mächtigen Strom etwas entfernt, hinter einer Insel;

Grafik: Szűcs Nikolett és Magó Zsófia, 2019.

lagen dieser Entwicklung,²⁸ weshalb Komároms Stadtstruktur auch aus dem Zusammenspiel zwischen Stadt und Fluss entstanden war. Die Straßen liefen entlang der Donau und eines Nebenarms, um möglichst lange Uferzonen zu gewinnen. Erst die Donauregulierung und der Eisenbahnbau seit Mitte des 19. Jahrhunderts haben diese traditionelle Rolle überschrieben. Nachdem die Bahn von Wien her im Jahre 1856 die Stadt erreicht hatte, begann sich hier eine rege Verladetätigkeit von Schiffen auf Waggons zu entwickeln.²⁹ Die neue Bahnstation am rechten Donauufer begünstigte daher nicht die Stadt selbst, sondern ihre Suburb.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Görlitz mit seiner relativ frühen Modernisierung wies an den Flussufern bereits eine pre-industrialisierte Stadtlandschaft auf, mit Wehren, riesigen Textilmühlen und ersten Dampfmaschinen. In Teschen befanden sich Manufakturen kleineren Maßstabs, dementsprechend eroberte die Stadt weniger die Flussufer, sondern entwickelte sich entlang des Kanals. Ähnlich war die Situation in Komárom, wo sich die Stadt-Fluss-Begegnungen ebenfalls nicht am Hauptstrom konzentrierten, da ein natürlicher Nebenarm einen relativ sicheren Platz für Häuser und Schiffe bot. Gegenüber den historischen Stadtkernen spielten diese Suburbien, die lediglich aus Verladeplätzen, Wartemöglichkeiten für Schiffsreisende und Zolleinrichtungen bestanden, keine bedeutende Rolle. Allein in Görlitz entstanden in den Suburbien stabile urbane Strukturen, aber auch hier nur eine einzige Straße als „Verlängerung“ der von Türmen bewachten Brücke.



28 M. Mihály, Komárom, történeti séták a városban, Pozsony / Bratislava 1992, S. 50.

29 K. Pyber, Komárom keletkezésének és fejlődésének rövid összefoglaló ismertetése, 1953, S. 19.

3. Regulierung und Stabilisierung der Uferzonen

Eine detaillierte Geschichte der Flussregulierung steht außerhalb des Forschungsbereiches dieses Beitrags. Jedoch sollen zumindest die wichtigsten Ereignisse genannt und die weiteren Entwicklungen datiert werden. Die Flussregulierungen waren im Allgemeinen wichtige Großobjekte der Zentralstaaten. Umso mehr, da zersplitterte Eingriffe kaum funktionieren konnten und die Möglichkeiten der einzelnen Städte überforderten. Gefragt waren Ingenieur-Kenntnisse und professionelle Messungen. Und nicht zuletzt die Organisation von tausenden Arbeitern und das Bedienen moderner und teurer Spezial-Maschinen.³⁰

Wegen der Größe des Donastroms dauerte es Jahrzehnte bis nach den ersten Messungen ein regulierter Fluss entstehen konnte.³¹ Teile der Donauregulierung waren auch der Durchbruch in Wien und der Bau der Kaianlagen in Budapest.³² Kaianlagen waren auch von besonderer Bedeutung für Komárom. Wir sehen hier ein ähnliches, aus Stein erbautes Kaisystem mit zwei Ebenen, damit die Be- und Entladevorgänge bei verschiedenen Wasserhöhen gewährleistet waren. Die Stadt gewann damit stabile Verladeplätze sowie ein hochwassergeschütztes Terrain hinter dem Kai. Zwar war dieses Terrain mit 20 bis 30 m nicht allzu breit, befand sich jedoch in einer sensiblen Position im Stadtbild.³³ Eine ähnliche Kaianlage findet man in der Suburb nicht, da dort die Eisenbahntrassen bereits die Ufer stabilisierten. Allerdings verhinderte die entlang der Donau geführte Bahnlinie einen vielseitigeren Austausch im Stadtleben mit dem rechten Donauufer. Personal- und Lastenverkehr dominierten.³⁴

Eine „Mauern-artige“ Kaianlage, wie man sie in Komárom findet, gab es in den beiden anderen Städten nicht.³⁵ Im Fall von Görlitz sieht man schon auf den Karten aus dem 18. Jahrhundert einen stabilen, mit Wehren regulierten Uferbereich im Stadtgebilde. Außerhalb des Stadtkerns jedoch erscheinen diese Uferbereiche noch bis ins späte 19. Jahrhundert hinein noch nicht urbanisiert. Nur einzelne wasserbedürftige Fabriken, Nachfolger der früheren Wassermühlen, siedelten sich hier an. Da auch diese ein reguliertes Wassersystem benötigten, wurden die Wehranlagen zwar

30 M. D. Newson, *Land, Water and Development: Sustainable Management of River Basin Systems*, London 2002, S. 1.

31 E. Király, „Die Donau ist die Form“: Strom-Diskurse in Texten und Bildern des 19. Jahrhunderts, Wien 2017, S. 23.

32 F. Vadas, *Regulierung der Donau und die Kaianlagen*, in: P. Csendes/A. Sipos, *Budapest und Wien, Technischer Fortschritt und urbaner Aufschwung im 19. Jahrhundert*, Wien 2003, S. 79-87.

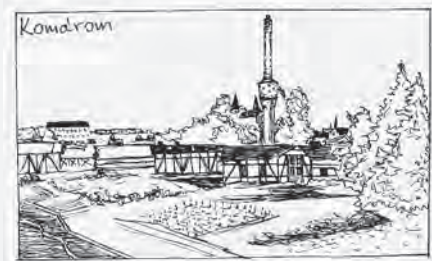
33 M. Tamáska, *Komárom Duna-partjának városörténete*, in: *Építés-Építészettudomány* 44 (1-2), 2016, S. 107-128, S. 119.

34 Der große Güterbahnhof an der Donau öffnete 1884, vgl. K. Pyber (s. A 29).

35 Vgl. K. Schlögel/B. Halicka (Hrsg.), *Oder-Odra: Blicke auf einen europäischen Strom*, Frankfurt a. M. 2007.

Abb. 2: Industrie und Flusslandschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts.

Die Maßstäbe unterscheiden sich deutlich. Görlitz wirkt wie eine klassische Industriestadt an einem Fluss. Teschen (Cieszyn) erinnert an eine Provinzstadt mit unbedeutendem Fluss. Komárom lag an der großen Donau; hier entstand eine logistische Hinterlandindustrie (Schiffbau und Hafen);
Grafik; Szűcs Nikolett és Magó Zsófia (2019).



modernisiert, eine völlig neue Flusslandschaft jedoch nicht geschaffen.³⁶

Im Unterschied zu Görlitz waren in Teschen während des späten 19. Jahrhunderts größere Flusseingriffe erforderlich. Damit sich aus dem Fluss mehr Energie gewinnen ließ, wurde das Flussbett verschmälert, damit sich der Fluss natürlich vertieft.³⁷ Durch diese Maßnahme gewann die Stadt zusätzliches Terrain. Fotografien um 1900 zeigen große neue Aufschüttungen, die in kommenden Jahren den Boden für ein neues Stadtgebiet direkt am Ufer bereiteten und Voraussetzung für die Formung einer neuen Fluss-Stadt Relation waren.

4. Neue Brücken

Bei Neuformulierung des Flussüberfahrens in den Suburbien spielten Brücken die zentrale Rolle. In Georg Simmels Raumtheorie dienen die Brücken als bestes Beispiel für die Überschreitung gegebener Naturmorphologie durch menschliche Eingriffe. Hindernisse überwindend symbolisieren Brücken die Ausbreitung menschlicher Willenssphären über den Raum.³⁸ Hier widersprach Simmel der geographischen Determinations-Auffassung von Friedrich Ratzel, der der Auffassung war, dass die geo-

36 A. Otto, Studien zur Morphologie des Neissetales zwischen Zittau und Görlitz, Görlitz 1924, S. 30.

37 Als Analogie vgl. dazu: H. Wiesbauer/H. Dopsch, Salzach macht Geschichte, Salzburg 2007, S. 142.

38 G. Simmel, Brücke und Tür, Essays der Philosophen zur Geschichte, Religion, Kunst und Gesellschaft, Stuttgart 1957, S. 2.

graphischen Voraussetzungen die Gesellschaften formen.³⁹ Gesellschaftlicher Wille jedoch – so Simmel – können Eingriffe in der physikalischen Umgebung durchführen und die geographischen Gegebenheiten überschreiben: Brückenbau als eine eindeutig soziale Aktion, Brücken integrieren neue Landschaften und schaffen neue Gesellschaften.

Aber warum entstanden Brücken nicht schon früher? Alle drei untersuchten Städte waren Flussübergangsorte schon seit dem Mittelalter. Gründe für Brückenschläge hätte es also gegeben. Allerdings waren diese Städte auch Festungen, der Fluss ein wichtiger Teil des Verteidigungssystems, sozusagen ein „fließendes Glacis.“⁴⁰ Bei Belagerungen wurden die Vororte außerhalb der Festungen zumeist zerstört, was einer intensiven Bebauung der Suburbien entgegenstand. Erst als die militärischen Strategien ab Anfang des 19. Jahrhunderts die Städte nicht mehr als Festungen ansahen und nutzten, waren die Wege für die Stadterweiterungen über den Fluss hinaus bereitet.⁴¹

Das gesellschaftliche Ziel der Integration der Vorposten (eine spezielle Art der Stadterweiterung) traf sich im späten 19. Jahrhundert mit dem Aufkommen der Ingenieurtechnik.⁴² Die Heroisierung der Bautechnik und die Dynamik eines neuen Zeitalters zeigt sich ungeschminkt bei den Brückenkonstruktionen.⁴³ Diese besaßen, wie Simmel darauf hinwies, eine symbolische Sprache und waren Ausdruck der Überwindung von Naturgegebenheiten und eines hochgeschätzten technischen Wissens der Ingenieure.⁴⁴ Daher finden sich aus dieser Zeit zahlreiche Abbildungen, Postkarten, Malereien und Fotos über diese neuen Brücken.⁴⁵ Diese Abbildungen zeigen die neuen Brücken in einer fast unberührten Natur-, bzw. Agrarlandschaft.⁴⁶ Dies ist kein Zufall, denn die Brücken in den hier erforschten Städten waren auch „kolonialisatorischer Art“. Sie waren wie Arme der Stadtgefüge, die aus der historischen Altstadt heraus neues Territorium auf der anderen Seite eroberten.

Neben den hier skizzierten allgemeinen Konnotationen des Stadtbildelements Brücke können aber auch lokale Spezifika in den drei Städten beobachtet werden. Görlitz hatte bereits eine historische Brücke aus dem 13. Jahrhundert, um die sich

39 F. Ratzel, *Politische Geographie*, München/Leipzig 1897.

40 G. Isenberg/B. Scholkmann (Hrsg.), *Die Befestigung der mittelalterlichen Stadt*, Köln 1997.

41 Es existierten Doppelstädte auch schon in Mittelalter, die beide Seite des Flusses bebauten wie Vorge-meinden des heutigen Prags, Budapests oder Nürnbergs. Diese Städte gehören jedoch zu einer anderer Topologie.

42 H. Sedlmayer, *Verlust der Mitte*, Berlin 1959, S. 86.

43 H. Pottgießer, *Eisenbahnbrücken: aus zwei Jahrhunderten*, Basel 1984.

44 K.-J. Philipp, *Die Macht des Bildes: Architektur und Natur um 1800*, Marburg 2002.

45 H. Schultheiß/T. Wolf (Hrsg.), *Stadtgeschichte mit Postkarten*, Waiblingen 2018, S. 85.

46 S. v. Moos, *Bahn, Zeit, Architektur. Notizen zu einer Typologie des Hybriden*, in M. Burri/K. T. Elsasser/D. Gugerli (Hrsg.) *Die Internationalität der Bahnhöfe*, Zürich 2003, S. 47-69, S. 50.

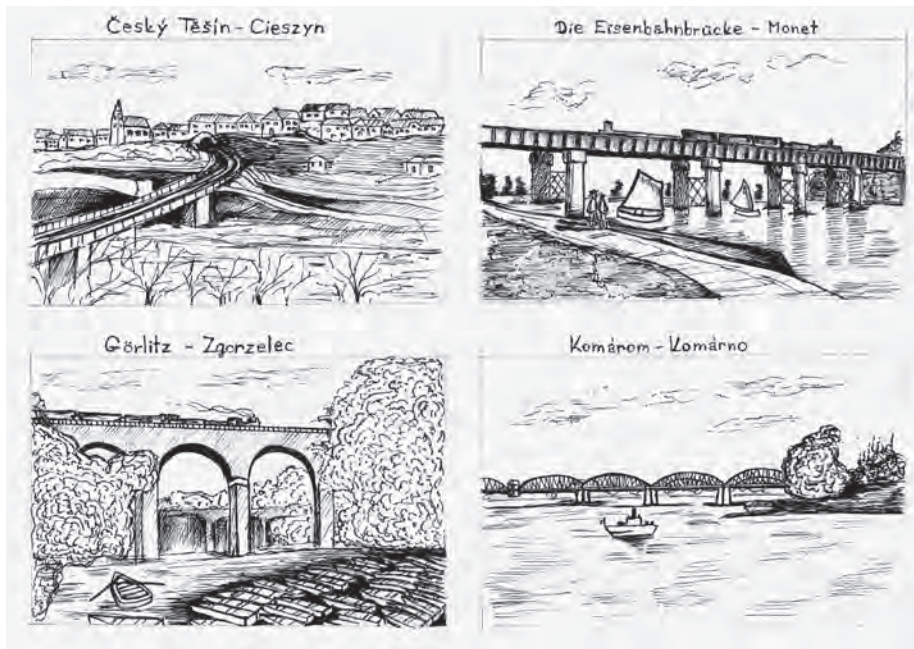


Abb. 3: Brücken in der Flusslandschaft.

Die klassische Abbildung von Monet repräsentiert ein typisches Landschaftsbild des Industriezeitalters, das in Varianten auch in den hier untersuchten drei Städten zu finden war (o.re.). Daneben (li.) die Entstehung der Parkpromenade entlang des Flusses in Te-schen (Český Těšín), wo das aufgefüllte Ufer später in eine Parkpromenade umgewandelt wurde; Grafik: *Szűcs Nikolett és Magó Zsófia* (2019).

auch eine kleine Vorstadt ausgebildet hatte. Die nächste Brücke, das Neißeviadukt, wurde 1847 südlich der Altstadt für die Eisenbahn gebaut.⁴⁷ Die Eisenbahntrasse wurde sodann für die weitere Stadtentwicklung maßgebend. Sie zog neue Bebauung um den Bahnhof an, markierte gleichzeitig aber auch eine Stadtgrenze entlang der Dämme.⁴⁸ So blieb die Eisenbahnbrücke außerhalb der gründerzeitlichen Bebauung. Außerdem war die Bahnbrücke lediglich für den Fernverkehr gedacht. Für eine Herausbildung neuer Suburbien hingegen spielten eher die Straßen-Brücken eine wichtige Rolle. Hier gilt es vor allem, die Stadtbrücke (original: Reichenberger-Brücke) von 1875 zu erwähnen. Diese Brücke leistete eine effektive Einbindung der Neißevorstadt, seit 1897 auch mit der Straßenbahn (bis 1945). Unmittelbar nach der Fertig-

⁴⁷ H. Pottgieße (s. A 43), S. 50.

⁴⁸ H. Waack (s. A 20), S. 14.

stellung dieser Brücke begann eine planmäßige Parzellierung der Vorstadt.⁴⁹ Diese Brücke, ergänzt durch eine Fußgängerbrücke am Nikolaigraben um 1905, definierte die Relationen zwischen Altstadt und Suburbia neu.

Eine sehr ähnliche Situation war in Teschen anzutreffen. Auch hier existierte bereits eine alte Brücke, die zu einem kleinen Vorort führte. Die neue Eisenbahnbrücke und die Dämme (1869) bildeten auch hier eine Grenze im Stadtgefüge.⁵⁰ Und auch hier fand ein neuer Brückenschlag statt, der eine Verbindung zwischen dem Bahnhof und der Altstadt schuf (Freiheitsbrücke, original: Kaiser-Franz-Josef-Brücke, 1903).⁵¹ In Komárom hingegen erkennen wir eine andere Variation des Brückenschlag-Prozesses.

Die Donau war einfach zu breit für eine Kleinstadt wie Komárom. Der Brückenschlag wurde deshalb direkt vom Staat geplant und durchgeführt. Dies kam auch im Brückennamen zum Ausdruck (állami vashíd = staatliche Eisenbrücke, offiziell aber Elisabethbrücke genannt, 1892).⁵² Wichtiger als für die Stadt selbst war diese Brücke für den überregionalen Straßenverkehr. Bedeutende städtebauliche Auswirkungen wären möglich gewesen, wenn diese Brücke nicht direkt zu der Eisenbahnlinie geführt hätte. So aber blieb sie nur eine Zufahrtsstraße zum Bahnhof. Dennoch wäre es ein Fehler, diesen Brückenschlag für die weitere Stadtentwicklung der Vorstadt zu unterschätzen. Bedenkt man, dass außerhalb von Budapest nur hier und in Esztergom eine Straßen-Brücke erstand, kann man sich vorstellen, welche großen Erwartungen sich mit dieser Brücke verbanden. Komárom entwickelte sich zu einem Verkehrsknotenpunkt, wo Straßen aus dem Hochland (ungarisch: Felvidék), Wien und Budapest wie Wasserwege und Eisenbahnlinien aufeinandertrafen. Eine überaus starke Verkehrsposition, die aber mit der Größe der Stadt kaum korrespondierte. Diese Brücke brachte einen derart großen Maßstabwechsel in Stadtlandschaft, dass sie die Suburb nicht als Ganzes, sondern nur den Bahnhof an die Altstadt knüpfte. Das wird noch deutlicher, wenn man die Entwicklung der Brückenköpfe in den drei Städten näher betrachtet.

5. Brückenköpfe

Brücken als reine Ingenieurbauten in der Stadtlandschaft zu betrachten, trifft nur dann zu, wenn man die Brücken alleinstehend ohne die Brückenköpfe betrach-

49 Ebda., S. 23.

50 J. Frühwirt, Těšínsko a jeho Železnice – 100 let Košicko-bohumínské dráhy, in: A. Grobelný/B. Čepelák (Hrsg.), Český Těšín 50 let městem, 1973, S. 342-354, S. 346.

51 J. Spyra et al., Cieszyn wczoraj i dziś. Cesky Tesin včera a dnes, 1999, S. 18.

52 S. Domanovszky et al., Duna hídjaink, 2009, S. 44.

tet. Schaut man aber die Brückenköpfe an, wird klar, dass diese modernen Brücken ähnlich den Bahnhöfen jener Zeit ein „Janus-Gesicht“⁵³ haben: zum einen den technischen Zweckbau, also die Brücke selbst, und zum anderen ein ästhetisch konzeptualisierter Brückenkopf, dort wo dieser Bau in die Stadt eintraf. Für die Definierung eines städtebaulichen *patterns* ist dies eine hoch interessante Ausgangslage. Wir können hier die Analogie zu Budapest erwähnen, einer Stadt der Brücken, wo fast alle Brückenköpfe mit einem Park ausgestattet wurden. Park bedeutete für die damalige Stadtplanung immer auch Repräsentation. Der Park deutete auf historische Aristokratie hin (Schlossparks), gleichzeitig aber auch auf eine aufkommende Szenerie des erstarkenden Bürgertums: die Promenade. Schon ein grüner Park also konnte die Wichtigkeit des Bauens ausdrücken.⁵⁴

Für eine Begrünung boten die Brückenköpfe genügend Raum. Bereits zu früheren Zeiten hatte sich um alte Brückenköpfe ein Platz entfaltet. Wer auf die Fähre wartete oder Brückengeld entrichten musste, hielt sich hier auf. Kutschen, Boten, Zollhäuser, Unterkünfte und Ausschanken dominierten das Milieu der Brückenköpfe. Dieses Erbe setzte sich in moderner städtischer Art und Weise fort. Nun dominierten Hotels, Kaffeehäuser, Fiakers und in Parkanlagen flanierende Bürger die Plätze. So wurden Brückenköpfe repräsentative Orte in Suburbia, gleichsam zu Stadttoren der hinter ihnen liegenden Suburbien.

Da die neuen Brücken über aufgeladene Ufer geschlagen wurden, entstand in allen drei Städten ein typisches Bild. Die Brücke schwebt hoch über dem Boden, bevor sie die Stadt eigentlich trifft. Und da das aufgeladene Uferterrain für Bauten wenig geeignet war, ergab sich die Lösung, hier eine Parkanlage zu schaffen. Im Fall von Görlitz war es noch einfacher, da man lediglich den bestehenden Stadtpark erweitern musste. In Teschen entstand eine neue Promenade, entlang des Ufers. In Komárom gab es in der Suburbia wegen der Eisenbahn nur wenig Platz für Begrünung. Dafür wurde vor dem alten Stadtkern ein prächtiger englischer Garten gegründet. Städtebaulich gesehen war dieser Park in einer Zwischenposition: Er befand sich noch am rechten Ufer, diente aber auch als Verbindung zur neuen Suburbia, gewissermaßen als Stadttor in Richtung der Brücke. Wie wichtig diese Parkanlagen für die Identität der Städte waren, zeigt sich auch darin, dass in deren Umfeld typische bürgerliche Prachtbauten entstanden. In Görlitz baute man hier die Oberlausitzer Gedenkhalle (1902) und auf der Altstadtseite die Stadthalle (1910).⁵⁵ Auch in Teschen gesellte sich

53 W. Schivelbusch, *A vasúti utazás története, tér és idő iparosodása a 19. Században*, S. 190 (Geschichte der Eisenbahnreise, Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert, Frankfurt 2008).

54 S. Kostof (s. A 9), S. 164.

55 H. Waack (s. A 20), S. 22.

zum Brückenkopf ein bedeutendes Gebäude, das sogenannte Schließhaus (1882).⁵⁶ Alle Brückenköpfe waren also mit reichlich Grün, aber auch mit repräsentativen Stadtbauten ausgestaltet. Görlitz und Teschen ähnelten sich hierin sehr, auch wenn Görlitz mit seinen Maßstäben dabei die die österreichische Stadt übertraf.

Etwas anders die Situation in Komárom. Wegen der Eisenbahnschienen konnte man in der Suburbia keinen Brückenkopf einrichten. Erst über den Schienen, etwa 300 bis 400 m tief im Stadtgefüge entstand mit Gärten und Gebäuden ein sozusagen urbaner Brückenkopf. Zwar repräsentativ ausgebaut, handelte es sich dabei doch vor allem um reine Industriegebäude – wie etwa das Abfüllgebäude von Mineralwasser. Verglichen mit den anderen Städten kam diesen Gebäuden eine geringere Identitätsfunktion zu, dennoch wurde nicht völlig auf den Identitätsfaktor verzichtet. Hierfür gründete man neue Parkanlagen auf der Altstadtseite, wobei man den bereits bestehenden „Englischen-Garten“ am Flussufer erweiterte. Diese überaus großzügige Gesamtanlage entlang der Burg und des Flussufers entwickelte sich zu einem Treffpunkt bürgerlicher Aktivitäten. Auch begann man Ausstellungen zu veranstalten, und schließlich wurde hier auch das Stadtmuseum errichtet.⁵⁷

6. Fazit: „Flussüberfahren in den Suburbien“

Will man eine allgemeine Beschreibung über das *pattern* „Flussüberfahren in den Suburbien“ abgeben, kann man als erstes festhalten, dass auch die Industrialisierung des Flussüberfahrens auf historischen Gegebenheiten basierte. Demnach kommt dem *pattern* eine in der Morphologie eingeschriebene Erinnerungsfunktion zu. Diese kann sehr unterschiedlich sein, aber dominant sind die „wasserbezogenen Beschäftigungen“ wie Mühlen, Hafen, Schiffsbau. Und da die moderne Dampfenergie diese Aktivitäten zumeist verdrängte, musste das städtische Terrain neu definiert werden. Wasserbezogene Beschäftigungen wandelten sich in Industriezonen um. Dies ist ein markanter Hintergrund des *patterns* Flussüberfahren. Mit Blick auf die Zeit wie auch in den entsprechenden Bildern lassen sich immer wieder diese Terrains entdecken: Die „Schorenlandschaft“ der Textilbranchen in Görlitz, die Schiffbau-Fabrik und der Winterhafen in Komárom und die Möbelfabriken in Teschen⁵⁸ können als konkrete Beispiele genannt werden.

Das zweite Element betrifft das stabilisierte Ufer selbst. Die Erscheinung des Wassers in der Stadtlandschaft veränderte sich durch die Regulierungen grundlegend.

⁵⁶ J. Spyra (s. A 51), S. 18.

⁵⁷ In den 1920er Jahren des 20. Jahrhunderts abgerissen (der sog. Esterhazy-Pavillon); vgl. M. Mácza, Komárom, történeti séták a városban, Pozsony / Bratislava 1992, S. 20.

⁵⁸ Der berühmte Thonet-Styl ist in Teschen geboren; vgl. J. Spyra (s. A 51), S. 18.

Das Flussbett wurde geschmälert, meist aber vertieft. Die vielen Nebenarme verschwanden aus der Landschaft, nur wenige blieben übrig. Zwischen bebauter Stadt und Wasser entstand eine klare Demarkationslinie, meist in Form von gebauten Damm- und Kaimauern. Hinter dem geschmälerten Wasser bildeten sich neue Territorien für die Stadt. Doch aufgrund des dort herrschenden hohen Grundwasserspiegels und der sumpfigen Erde lohnte sich der hohen Kosten wegen eine Bebauung nur für größere Städte, weswegen man sich oft für Parkanlagen entschied. Diese grünen Linien bilden ein charakteristisches *pattern*-Merkmal und erfüllten mehrere Rollen. Es war ein gepflegtes Grenzgebiet zwischen Stadt und Natur (Fluss), eine Promenade für das Bürgertum und nicht zuletzt Kulisse eines neuen Stadtbildes – das einer modernen, gesunden Stadt. Hier kann auch betont werden, dass in der damaligen Stadtplanung dem Grün eine medizinische Funktion zugeschrieben wurde.⁵⁹ Dem Begriff Flusslandschaft wohnte somit auch eine positive Wertschätzung inne, die man aus der pre-modernen Zeit noch gar nicht kannte.

Das dritte Element der *patterns* ist die Brücke selbst, wobei die zahlreichen Brückenschläge wie erwähnt eine Art kolonialisatorische Rolle spielten. Mit ihren Brücken eroberten die Altstädte das Jenseits der Flüsse und drückten eine klare Orientierung auf die Zukunft aus. Sie waren ein Zeichen für Mobilität und Wachstum der Altstadt, sowohl symbolisch wie materiell als ein Novum in der Stadtlandschaft. Als neuartige Körper in der Stadtlandschaft kontrastieren diese Brücken zwar mit den Naturgegebenheiten wie den alten Städten selbst, verkörpern aber eine Bauweise, welche die Technik und die Konstruktion lobt und als Vorposten moderner Architektur zu betrachten sind. Dabei spielten diese Brücken eine ähnliche Rolle wie die großen Bahnhofshallen in den gleichzeitig entstandenen Bahnhofgebäuden. Sie boten einen verblüffenden Blick, der aber so neu und fremd in der damaligen Stadtlandschaft war, dass man ihn durch ein „Interface“ in das Stadtgefüge einschmelzen musste.⁶⁰ Dieses „Interface“ war der Brückenkopf.

Der Brückenkopf, das vierte Element des *pattern*, diente als Ausstellungsort für das moderne Bürgertum. Brückenköpfe wurden daher mit besonderer Achtung auf Ästhetik ausgestaltet. Üblich in ihrem Umfeld waren großzügige gärtnerische Ausstattungen. Diese Gärten und Parks wiederholten die Spannung zwischen Natur und Technik, eine bereits gegebene Eigenschaft der Brücken, aber nun in einer gezähmten Weise. Der Park ist keine Natur mehr, er ist Teil der Stadtlandschaft, ein hochgeschätzter Ort einer modernen Gesellschaft. Der Park um den Brückenkopf spielte

59 Die Bäume banden vor allem den Feinstaub, ein damals wie heute gefährlicher Stoff, der in der Zeit der klassischen Industrialisierung besonders viel Kohlenpulver und Bakteriale (wegen Tierfäkalien und sogar der Menschen) beinhaltetete.

60 W. Schivelbusch (s. A 53), S. 192.

für das Bürgertum nun eine ähnliche ästhetisierende Rolle wie zuvor ein Schlosspark vor dem Schloss.

Das *pattern* „Flussüberfahren in den Suburbien“ war charakteristisch für die Zeitepoche der Urbanisierung. Brücken wurden auch später gebaut, wurden aber zunehmend nur noch zu einem Teil einer mobilisierten Stadt, zu verlängerten Straßen zwischen den dicht bebauten Seiten der Flüsse. Die hier untersuchten Städte indes erlebten durch die Grenzverschiebungen eine andere Geschichte. Aus Brückenköpfen wurden Zollstationen, aus Grünanlagen und Promenaden wurden Barrieren. Das *pattern* „Flussüberfahren in den Suburbien“ wurde aber nach 1990 als ein Kulturerbe wieder entdeckt, da an diesen Orten eine städtebauliche Integration der getrennten Doppelstädte geleistet werden könnte.⁶¹

61 M. Dębicki/M. Tamáska, Laboratories of integration: divided twin towns at river borders in the Visegrad countries and Germany, in: SOCIO:HU (5), Spec. issue 2: Sociological aspects of Central Europe, hrsg. von B. Csurgó, 2014, S. 7.

Raumkollisionen: Die Alte Messe (Staro Sajmište) in Belgrad als disparater urbaner Raum

1. Ausgangspunkt: Das „ausradierte“ Denkmal

Seit 2014 gibt es in Belgrad eine Großbaustelle, die in Ausmaß und Tempo ihresgleichen in der Geschichte der serbischen Hauptstadt sucht: Am Rand der Altstadt entsteht die sogenannte *Belgrade Waterfront*, ein *Public private partnership*-Projekt des serbischen Staates und des Investors *Eagle Hills (Emaar Properties)* aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, der 68 % der Anteile hält. Große Teile des rechten Flussufers der Save, darunter das Szeneviertel Savamala und die Gegend um den (hierfür stillgelegten) Bahnhof werden umgestaltet; Wolkenkratzer, Luxuswohnungen als Investitionsobjekte und die größte Shopping Mall des Balkans entstehen hier. Der „Belgrad-Turm“ soll zum Wahrzeichen werden wie der Eiffelturm oder das Empire State Building.¹ Neben Projekten in Marokko, Jordanien, Äthiopien und den Golfstaaten dient das erste Projekt von *Eagle Hills* auf dem europäischen Kontinent dazu, das Unternehmen zum „*global provider of quality lifestyle communities and leading iconic destinations in emerging countries*“ und zur „*world’s most admired real estate company*“² zu machen.

Vergleiche zur Beschreibung der *Waterfront* reichen von einem „Mini-Dubai“ über die Hamburger HafenCity bis zum „Manhattan an der Save“, was einschlägige Bilder städtebaulicher Superlative aufruft, zugleich aber zeigt, wie mit der gewachsenen urbanen Umgebung umgegangen wird: Eine jeglichen Kontext ignorierende, global kompatible Formsprache implantiert eine „*Copy/paste-Architektur*“³ ohne Bezug zur umgebenden Stadtstruktur. Dafür wurden nicht nur rund 230 in prekären Verhältnissen auf dem Terrain lebende Familien enteignet und ehemalige Bahn-

1 So der Chef der serbischen Wirtschaftskammer, zit. nach: R. Borchard, Der umstrittene Turmbau zu Belgrad, Deutschlandfunk, 13.08.2016.

2 Vgl. www.eaglehillsmorocco.com/en/about-us [21.01.2021].

3 Vgl. L. Slavković, Belgrade Waterfront: An Investor’s Vision of National Significance, 15.05.2015, URL: <https://failedarchitecture.com/belgrade-waterfront> [28.01.2020].



Abb. 1: Belgrad, Waterfront; Quelle: www.belgradewaterfront.com/en/overview [21.01.2020].

arbeiterbaracken ohne Vorankündigung abgerissen,⁴ auch das städtebauliche Erbe wird ignoriert: Die auf riesigen Bannern im Stadtraum präsentierten Panoramen unter dem Slogan „Feiern wir Belgrad!“ liefern unfreiwillig den Beweis, wie ortlos die klingenden Projekte namens *Terra*, *Arcadia* oder *Vista* tatsächlich sind.

Auf computergenerierten Ansichten erscheint etwa das gegenüberliegende Flussufer als schattig-grüne Uferzone ohne markante Bebauung und vermittelt so, dass das neue Stadtviertel viel *Parkview* (so der Name eines Wohnblocks) biete. Dabei ist insbesondere das Areal unmittelbar jenseits der Savebrücken durchaus definiert und historisch so bedeutsam wie umstritten:

Wo im Modell Spazierpfade durch ein Uferareal mit Sonnensegel, Bootsanleger und einem Bar-Pavillon auf dem Wasser führen, umrahmen diese in Wirklichkeit eine gewaltige Bronzeskulptur, die an ein Konzentrationslager erinnern soll, das hier zwischen 1941 und 1944 auf dem Belgrader Messegelände von den deutschen Besatzern betrieben wurde; der 10 Meter hohe, 22 Tonnen schwere Koloss ist auf den Visualisierungen „ausradiert“, ebenso wie die dahinterliegenden historischen Gebäude, einschließlich des durchaus markanten Gerüsts des ehemaligen Messeturms.

4 Vgl. L. Lackner, *Belgrads radikale Ränder. Vergangenheitspolitik und die postpolitische Stadt*, Hamburg 2020, S. 155-173.



Abb. 2: Modell der Waterfront auf Instagram;

Quelle: www.instagram.com/p/8u7Lx5rweL/?taken-by=waterfront [28.01.2020].



Abb. 3: Das Denkmal von 1995 am Saveufer;

Foto: M. Saiger, 2017.

2. Die Alte Messe

Das einstige internationale Ausstellungsareal, das heute als „Alte Messe“ (Staro Sajmište) bekannt ist, war nach seiner Eröffnung 1937 ein wichtiges politisches Instrument, mit dem das Königreich Jugoslawien (1918-1941) seinen Anschluss an die westliche Industriemoderne feierte – allen faktischen Modernisierungslücken zum Trotz. Nationale und internationale Pavillons mit einigen formsprachlichen Anklängen an das Neue Bauen dienten zur Propagierung eines technisierten westlichen Lebensstandards und die Messe insgesamt als Reklame und Vehikel, um Belgrad inmitten der großen Messehauptstädte wie Paris oder London zu verorten.

Der Überfall der deutschen Wehrmacht im April 1941 setzte dem Messetreiben ein Ende: Nach nur zwei Wochen kapitulierte Jugoslawien, und das Staatsgebiet wurde in einen Flickenteppich aus besetzten und kollaborierenden Gebieten zerlegt, darunter der von den faschistischen *Ustaše* regierte *Unabhängige Staat Kroatien* (NDH). Ein im NS-Jargon als „Rumpfserbien“ bezeichnetes Gebiet einschließlich Belgrads kam unter deutsche Besatzung, die sich auf die Kollaboration von Teilen der politischen Elite und des Polizeiapparats stützen konnte, während der erbitterte Widerstand insbesondere der kommunistischen Partisanen mit brachialer Gewalt, auch gegen die Zivilbevölkerung, beantwortet wurde. Der Großteil der männlichen Juden und Roma wurde bei sogenannten „Sühnemaßnahmen“ im Sommer und Herbst 1941 erschossen. Für die verbleibende jüdische Bevölkerung – vorwiegend Frauen, Kinder und alte Menschen – wurde die Messe in ein Konzentrationslager umgewandelt. Durch die zentrale Lage unmittelbar gegenüber der Altstadt fand die Internierung



Abb. 4: Gesamtansicht der Belgrader Messe; Fotografie 1937.
 Quelle: *Historisches Archiv der Stadt Belgrad*, 2147-AL-13-011.

und anschließende Ermordung mithilfe eines zur „fahrbaren Gaskammer“ umgerüsteten Lieferwagens in Sicht- und Rufweite der Stadtbevölkerung statt. Bis zum Frühsommer 1942 wurden mehr als 6.300 Personen aus dem „Judenlager“ auf der Fahrt zu den Massengräbern am Rand des Stadtgebiets ermordet. Für die weiteren Kriegsjahre diente das Lager als „Anhaltelager“ für mehr als 30.000 Kriegsgefangene, die von hier aus zur Zwangsarbeit nach ganz Europa weiterdeportiert wurden; rund ein Drittel kam in Sajmište durch Krankheiten, Folter und Mord um.

Heute gilt das KZ als „vergessen“, ist das Gelände doch verwahrlost, überwuchert und neu genutzt und im Bewusstsein der meisten Belgraderinnen und Belgrader, die es beim täglichen Pendeln über die Brücke zwischen Alt- und Neu-Belgrad passieren, überhaupt nicht präsent. Dennoch hat schon kurz nach Kriegsende eine Debatte um den Umgang mit diesem traumatischen Ort eingesetzt, die seitdem nie ganz abgeklungen ist und dem Lager den Charakter eines Erinnerungsortes, wenngleich eines heftig umstrittenen und marginalen, verleiht. Mitte der 1970er Jahre wurde erstmals eine Gedenktafel auf dem historischen Lagergelände angebracht – und 1995, mitten im jugoslawischen Bürgerkrieg, die Bronzeskulptur am Ufer aufgestellt. Die ist zwar ihrerseits hochproblematisch, weil sie mehr zur anti-kroatischen Feindbildkon-

struktion beiträgt als zur Beschäftigung mit historischen Kontexten. Sie bietet aber zumindest den jährlichen Gedenkfeiern zum Internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar einen Raum und demonstriert, dass der Ort eine historische Dimension besitzt – eine dunkle, verstörende noch dazu.

3. Postmoderne „Tiefenlosigkeit“

Mit den Absichten einer Stadtentwicklung, wie sie das *Waterfront*-Projekt verkörpert, sind solche Themen nicht vereinbar. Zugeschnitten auf die Zielgruppe des Web-auftritts (junge, weiße Paare in Anzug und Kostüm, die von Dachterrassen auf „den größten Turm zwischen Wien und Istanbul“⁵ in die Zukunft blicken), verspricht das Projekt einen Modernisierungs- und Wohlstandsschub. Dazu wird die gesamte Umgebung neu geformt und überschrieben; eingeebnet wird die kulturelle ebenso wie die physische Landschaft: Die Architektin Ljubica Slavković sieht die rücksichtslose Haltung des *Waterfront*-Projekts schon dadurch bewiesen, dass das Modell auf flachem Land geplant ist und die Hügel der Stadt ignoriert.⁶

Eine solch seichte „Tiefenlosigkeit“ hat Fredric Jameson als zentrales Merkmal der postmodernen Stadt ausgemacht, auch im Verhältnis zu ihrer Geschichte, das von einem massiven Verlust an Historizität geprägt ist. Wo Orte oder Stadtteile aufhören, „Bestandteil der Stadt [zu sein], sondern ihr Äquivalent, ihr Substitut, ihr ‚Ansta(d)t‘“⁷ und ohne Bezug auf das Original nurmehr als Imitation und Kopie ihrer selbst entworfen werden, da entsteht auch eine neue Form der Räumlichkeit – mit massiven Implikationen für Wahrnehmung und Denken: „Meine Hauptthese ist, daß es [...] dem postmodernen Hyperraum gelungen ist, die Fähigkeit des individuellen menschlichen Körpers zu überschreiten, sich selbst zu lokalisieren, seine unmittelbare Umgebung durch die Wahrnehmung zu strukturieren und kognitiv seine Position in einer vermeßbaren äußeren Welt durch Wahrnehmung und Erkenntnis zu bestimmen. [...] Wir sind ab sofort in diese aufgefüllten, diffusen Räumlichkeiten so weit eingetaucht, daß unsere nunmehr postmodernen Körper der räumlichen Koordinaten beraubt sind: praktisch und auch theoretisch unfähig, Distanz herzustellen.“⁸

Das eine Prozent des *Waterfront*-Projektvolumens, das auf „*Culture and Fun*“ entfällt, mündet in dekorativen Fotoausstellungen, „*Sports Days*“ und sonntägli-

5 Vgl. H. Wright, *Belgrade Waterfront: an unlikely place for Gulf petrodollars to settle*, The Guardian, 10.12.2015.

6 Vgl. L. Slavković, *On false premises*, 13.10.2014, URL: www.czkd.org/en/stance/on-false-premises [28.01.2020].

7 Vgl. F. Jameson, *Postmoderne – Zur Logik der Kultur im Spätkapitalismus*, in: A. Huyssen/K. Scherpe (Hg.), *Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels*, Reinbek 1986, S. 45-102, hier S. 85.

8 Ebda., S. 88, 93.

chen Clowns-Auftritten auf der Uferpromenade. Es ist ein Verständnis von Kultur, das besser mit *Entertainment* beschrieben wäre und eine Atmosphäre von Luxus und weltenthobener Sorglosigkeit kreiert. Die Heterotopie⁹ einer infantilen, disneylandartigen Vergnügungszone im „Mini-Dubai“ (direkt am von Anglern und aus dem Irak geflüchteten Jugendlichen gesäumten, brackigen Saveufer) generiert den Wunsch und das Bemühen, sich individuell durch entsprechenden Konsum und *lifestyle* von der sozialen und räumlichen Umgebung abzuheben. Der Raum dient als Kulisse der Selbstdarstellung und zur Abschottung gegen unangenehme Erinnerungen an eine stockende Urbanisierung, ein von Ungleichzeitigkeiten und Brüchen geprägtes Stadtbild und eine verstörende Vergangenheit. Als unbelebter Ort, der keinerlei organisch gewachsene Gesellschaft beherbergt, zeigt sich die *Waterfront* als Nicht-Ort.¹⁰ Und obwohl der Nicht-Ort das Gegenteil der Utopie ist – schon allein, weil er existiert –, ist dieser Raum buchstäblich *u-topisch*, ortlos, geschichtslos, er könnte sich so gut in Bahrain befinden wie in Belgrad.

Die Plattform *Instagram* liefert ein Anschauungsbeispiel für hier ablaufende Wahrnehmungsprozesse: Viele der unter *#savapromenade* oder *#mybelgradewaterfront* publizierten Selfies und Erinnerungsfotos sind zum Ufer hin aufgenommen und teilen eine Gemeinsamkeit: Im Hintergrund ragt das Gerüst des Meseturms auf (vgl. Abb. 5).

Die verknüpften Hashtags reichen von *#fun* über *#foodlovers* bis zu *#sunsetlovers* und *#nofilterneeded* und legen offen, dass der abgebildete Raum einer Zone urbanen Freizeitvergnügens zugeordnet wird, in der

der Turm nicht sichtbar ist. Der Fokus ist woanders, der Turm ist ein *ignoriertes*, ein vergessenes Objekt.¹¹ In diesen Dokumenten tritt zutage, dass die Sichtbarkeit eines Gegenstandes oder Gebäudes nicht allein von dessen materieller Existenz abhängig ist, auch nicht von seiner Anwesenheit im Bildraum. Der Turm kommt in den Sinn-



Abb. 5: Instagram-Erinnerungsfoto;

Quelle: *Instagram*, 2017.

9 Vgl. *M. Foucault*, Andere Räume, in: *A. Escher/S. Petermann* (Hrsg.), *Raum und Ort*, Stuttgart 2016, S. 123130, hier S. 123.

10 Vgl. *M. Augé*, *Nicht-Orte*, München 2010.

11 Zum Ignorieren als Technik des Vergessens vgl. *A. Assmann*, *Formen des Vergessens*, Bonn 2018, S. 24.

strukturen des vordergründigen Raums, in der Logik der von Google Maps vorgeschlagenen *Photo Opportunities*, nicht vor. Psychopathologisch gesprochen trifft den Messeturm das Schicksal kollektiver visueller Agnosie.¹²

War 2008 der Direktor des Belgrader Architektursalons noch überzeugt, Sajmište könnte in einer Welt, in der alle Architektur sich gleiche, ein Ort sein, der Belgrad unverwechselbar mache, untergräbt der Raumtypus der *Waterfront* solche Unverwechselbarkeit. Es ist der homogene Typus der „spätkapitalistischen“ Stadt, bei der eine global agierende Architektenschaft routiniert fern des eigenen Kulturkreises plant und die Relevanzstrukturen des Bauens an den Bedürfnissen des globalen Kapitals ausrichtet.¹³ Die *Waterfront* erscheint als das smarte, glatte Paradebeispiel einer Raumplanung im Zeichen von Globalisierung und entgrenzten Finanzströmen im „leeren Raum“ des mit einer Wüste verwechselten Balkan. Es ist die Stadt des 21. Jahrhunderts, die nicht nur Prozessen der Privatisierung, räumlichen Befestigung und Hyperregulierung unterliegt, sondern zudem der *sanitisation*: dem Löschen von Daten auf temporär belegten Speichermedien.¹⁴ Tabula rasa.

3. Die Tradition der Tabula Rasa

Die vermeintliche Leere rund um die Alte Messe ist allerdings nicht erst ein Produkt der *Waterfront*, sondern steht in einer langen Tradition, die sowohl mit dem gedenkpolitischen Umgang mit Staro Sajmište, als auch mit städtebaulichen Entscheidungen zusammenhängt: Schon die Architekten der Messe hat in den 1930er-Jahren die Imagination einer „weißen Fläche“ links der Save beflügelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg lebt diese Wahrnehmung erneut auf: Als das zerstörte Belgrad wiederaufgebaut wird und zudem Neu-Belgrad als neue Hauptstadt entstehen soll, erhält der nur teilweise beschädigte Messe- bzw. Lagerkomplex eine neue Funktion: Die Generaldirektion der Jugendbrigaden, die aus ganz Jugoslawien zum Bau der neuen Metropole nach Belgrad kommen, koordiniert von hier aus die Bauarbeiten. Massive Propagandaaktivität mit Slogans wie „Wir bauen Belgrad“ oder „Wir sind Tito“ befeuert die Identifikation mit dem sozialistischen Zukunftsentwurf und der neuen politischen

12 *Agnosie*: „Störung des Erkennens trotz intakter Wahrnehmung. Man sieht z.B. einen Hund als sich bewegendes Objekt, kann aber nicht sagen, dass es sich um einen Hund handelt, weil man ihn nicht an seiner Gestalt als solchen identifizieren kann.“ (H.-J. Markowitsch, Dem Gedächtnis auf der Spur, Darmstadt 2002).

13 Vgl. D. McNeill, *The Global Architect: Firms, Fame and Urban Forms*, New York 2009, S. 160.

14 Vgl. T. Raymen, *Parkour, Deviance and Leisure in the Late-Capitalist City: An Ethnography*, Bingley 2019, S. 10. Dass die Privatisierung des öffentlichen Raums grundsätzlich das Gedenken an verstörende Ereignisse unterbindet, zeigt die Debatte um das Hamburger Stadthaus, vgl. *Das Stadthaus in Hamburg. Zentrum von Terror und Unterdrückung 1933 bis 1945*, hrsg. von der Initiative Gedenkort Stadthaus, Hamburg 2019.

Führung. Der Horizont, vor dem Baugerüste aufragen, wird zum Symbol und die Baustelle zum emblematischen Ort des Zusammenhalts der im Aufbruch befindlichen jugoslawischen Nation.

In der Weite dieses Zukunftshorizonts um das neue Zentrum des Landes geht nun auch das Messegelände auf. Der Komplex, einst selbst Vorzeigeprojekt einer leuchtenden Zukunft, liegt nun als Nutzbau am Rand einer neuen Großbaustelle. Der Turm, der als Wahrzeichen der Messe nachts erleuchtet war, ist 1948 bloße Trägerfläche für ein Konterfei Titos, als die Stafette auf ihrem Weg zur neuen politischen Vaterfigur hier halt macht.

Die Unsichtbarwerdung der Messe ist zudem der Gedenkkultur im Nachkriegs-jugoslawien geschuldet: Obwohl Überlebende und Angehörige von Opfern sich von Anfang an für ein Gedenken einsetzen, bleiben die Opfer der Lager – und damit auch die Lager als Orte – Leerstellen der offiziellen Gedenkkultur. Die ist ganz auf die Feier des Heldentums im antifaschistischen „Volksbefreiungskampf“ ausgerichtet. Unter dem Ideologem von „Brüderlichkeit und Einheit“ (*Bratstvo i jedinstvo*) wird die ethnische Zugehörigkeit der Opfer weitgehend ausgeblendet – auch um die Gräben des inner-jugoslawischen Bürgerkrieges, der der Zweite Weltkrieg in der Region de facto war, zu schließen. Ein Ort wie Sajmište, der mitten in der Hauptstadt liegt, historisch aber auf der Grenze zwischen dem faschistischen NDH und dem besetzten Serbien, ein Lager, dessen Betrieb die Belgrader Stadtverwaltung unterstützte, in dem die jüdische und Roma-Minderheit, Zivilisten sowie politische Gegner aller Seiten interniert waren und von dem aus Transporte nicht nur nach Mauthausen, sondern auch ins von den Ustaše betriebene KZ Jasenovac gingen – ein solcher Ort vereint zu viele traumatische Fragen nach Opfern, Täterschaft, nach ethnischer Spaltung, Kollaboration und Mitwissen, als dass er für den Aufbau der neuen, gesamt-jugoslawischen Identität brauchbar sein könnte. Zudem liegt er an genau jener Stelle, an der das neue Machtzentrum entsteht und der Blick in die strahlende Zukunft des Sozialismus propagiert wird. Die großen Gründungsmythen des neuen Jugoslawien – der Topos einer Tabula rasa und der Topos der Erschaffung der neuen Hauptstadt und Gesellschaft durch die vereinte Tatkraft der Jugendlichen aus allen Landesteilen – negieren den tatsächlichen Charakter Neu-Belgrads als *Palimpsest*; es gibt kaum einen Ort, der davon stärker betroffen wäre als Sajmište.

Hier setzt bald ein Prozess des Verfalls und der Neubelebung durch verschiedene Nutzungsformen ein – Kunstateliers, Gewerberäume, Freizeiteinrichtungen und behelfsmäßige Wohnunterkünfte –, und damit einhergehend ein Prozess des allmählichen Unsichtbarwerdens und des Vergessens seiner düsteren Vergangenheit.

So wird das zentral gelegene Areal zur Folie für teils großformatige Visionen neuer Bau- und Stadtplanungsprojekte von Museumsbauten über ein modernistisches Opernhaus bis zu einem „Amphitheater an der Save“, das den Schulterchluss

mit dem Centre Pompidou oder dem Lincoln Center sucht. Diese Pläne eint nicht nur, dass sie nie zur Ausführung kommen, sondern vor allem die Nichtberücksichtigung der historischen Schichten. Sie tragen so zur weiteren Unsichtbarmachung und zum Rückgang des Wissens (und Wissenwollens) über die Ortsgeschichte bei.

4. Raumkollisionen

4.1. „Leerer Raum“ vs. „Yad Vashem“

Weil es aber kein absolutes, sondern ein partielles Vergessen ist, das Sajmište trifft, wird der Ort nie ganz überblendet oder unsichtbar, und es sprengen sich immer wieder Risse ins glatte Bild des leeren Raums. Dann tritt die Vielfalt der einander überlappenden, widersprechenden, ignorierenden, durchdringenden Räume zutage, die an diesem Ort entstanden sind.

Spätestens wenn Vertreter der Stadtverwaltung Anfang 2018 ankündigen, man wolle auch das linke Saveufer, einschließlich der Messe, endlich modernisieren, und eine „Zwillingschwester“ der *Waterfront* anvisieren, wird klar, dass die spätkapitalistische Form der Raumproduktion nicht am Fluss Halt macht. Im Bild der „Zwillingschwester“ zeigt sich, dass die „Wüste“ des für urbanistische Luftschlösser frei verfügbaren Raums nun das linke Saveufer einschließt.

Diese Vision aber kollidiert mit einem anderen „Luftschloss“, das zur gleichen Zeit ebenfalls auf höchster politischer Ebene entworfen wird: Derselbe Präsident Aleksandar Vučić, der Mohamed Alabbar von *Eagle Hills* empfängt, Staatsgästen wie Aleksis Tsipras die *Waterfront* präsentiert und sich brüstet, in einer Gegend, in der man vorher „nur Mäuse, Ratten und die ein oder andere Schlange fand“, ein „gesäubertes Gebiet“ zu schaffen, das „Belgrad zu einem Zentrum für Handel und Tourismus und Serbien zum Mittelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung und des Fortschritts in der ganzen Region“ mache,¹⁵ bekundet gegenüber dem israelischen Staatspräsidenten, aus Sajmište ein „Yad Vashem“ machen, den Ort also unter die großen Holocaust-Gedenkstätten einreihen zu wollen.

Einerseits ähneln sich beide Visionen in der Dimension ihres Formats – Manhattan und Dubai sind für wirtschaftlichen Erfolg ebenso Maximalreferenzen wie Yad Vashem für die internationale Gedenk- und Forschungslandschaft. Entsprechend streben beide Visionen nach internationalem Prestige, das Aufholbedarf (in ökonomischer wie gedenkpolitischer Hinsicht) überwinden und Belgrad im Ranking der zur Marke gewordenen Städte nach vorne bringen soll. Dazu greifen die Planungen auf eine ähnliche Raumlogik und -ästhetik zurück: Eine vorzeigbare, „saubere“

15 Zit. nach: R. Borchard (s. A 1).

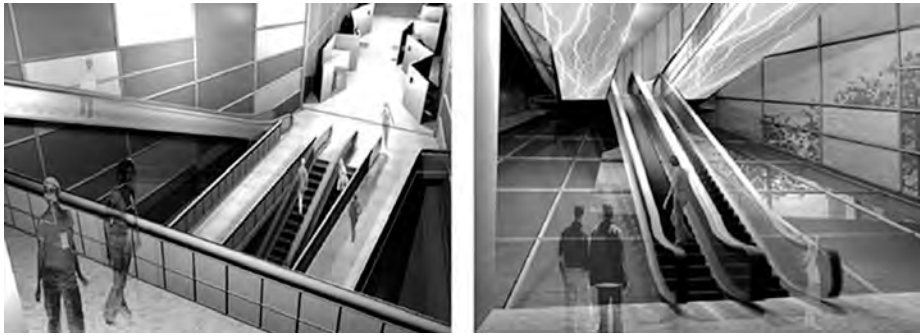


Abb. 6: Info-Park- und Information-Mall-Entwürfe von Studierenden;

Quelle: Büro für Stadtentwicklung Belgrad (URBEL), Sammlung M. Vukotić-Lazar.



Architektur soll der Stadt neuen Glanz verleihen. Das zeigen Entwürfe von Studierenden der Belgrader Architektur fakultät von 2008: Konzipiert als „Info Park“ oder „Information Mall“, zitieren manche Entwürfe die zerklüfteten Formen von Libeskind's *Jüdischem Museum* in Berlin; im Innern der „Zeitmaschine Staro Sajmište“ bewegt man sich über Rolltreppen durch gläserne Fluchten, die an Kongresszentren oder die Transiträume von Flughäfen erinnern.¹⁶ „Die Rückkehr zur Zukunft“ (so der Titel einer 2017 gezeigten Ausstellung über Sajmište im Stadtmuseum) versöhnt in der Gestalt des hochmodernen Museums den Widerspruch zwischen Messe und Lager, zwischen Prosperität und Trauma; eine *Waterfront*-kompatible Ästhetik ist mit „Yad Vashem-tauglichen“ Inhalten gefüllt.

Und doch: Bei aller Ähnlichkeit im Umgang mit dem Raum ereignet sich hier eine Kollision der Raumvisionen und Verortungen. Die Strategie, *Impression Management*¹⁷ mittels Anbietung an etablierte Raummuster zu betreiben, führt in unvereinbare Richtungen: Denn wo in der Raumlogik der *Waterfront* nichts existiert als eine frei verfügbare, ges(ch)ichtslose Fläche, trägt die Vision eines Museums- oder Forschungskomplexes *per se* den Verweis auf eine historische Schicht in sich, die

¹⁶ Vgl. M. Vukotić-Lazar (Hrsg.), *Multimedijalni projekat: Staro beogradsko sajmište kao staro jezgro Novog Beograda*, Beograd 2008, S. 22-33.

¹⁷ Erving Goffmans Konzept stammt ursprünglich aus der Theateranalyse, ist aber auf soziale Gefüge übertragbar, vgl. L. David, *Impression management of a contested past: Serbia's evolving national calendar*, in: *Memory Studies* 2014, Vol. 7(4), S. 472-483.

aus ihrer Unsichtbarkeit und Vergessenheit gehoben werden soll – zwar ebenfalls mit dem Ziel, vom Prestige von Metropolen zu profitieren, allerdings von deren kultureller Bedeutung und der Spezifik eines bestimmten Ortes.

Beim Gedenken zum Internationalen Holocaust-Gedenktag wird diese Kollision sichtbar, wenn im Hintergrund der Feierlichkeiten die Türme des *Waterfront* „Dubai“ aufragen – und wenn aus umgekehrter Perspektive die diffuse „grüne Wüste“ sich mit einer Menschenansammlung belebt, deren auffällig rituelle Anordnung dem Treiben in einer Grünzone nicht recht entsprechen will.

Ein Gesetz zur Einrichtung einer Gedenkstätte, das im Februar 2020 vom Nationalparlament beschlossen wurde, sieht ein deutlich kleineres Format vor und stellt möglicherweise einen Kompromiss dar, um dem städtebaulichen Stillstand zu entkommen, der aus der Blockade gegensätzlicher Raumvisionen erwächst: Gänzlich „ausradieren“ lässt sich der Ort seiner historischen Schichten und seiner Position in der Erinnerungslandschaft wegen nicht mehr – der Plan aber, ein „Yad Vashem“ zu errichten, verhindert durch sein enormes symbolisches und finanzielles Format sowohl die rasche Umsetzung als auch die freie Verfügung über den umgebenden Raum, den sich viele in der Stadtplanung wünschen. Wenn nun ein Museumskonzept kleineren Zuschnitts den Druck seitens der europäischen und internationalen Gedenkinstitutionen abfedert, so mag das Kalkül sein, kann ringsum eine „Zwillingschwester“ der *Waterfront* in Planung gehen.

Folgt man Nicolas Entrikin in der Analyse, dass *placelessness*, Ortlosigkeit, in modernen Gesellschaften von standardisierten Landschaften und der reduzierten Unterscheidbarkeit von Orten – und damit des Bedeutungsverlusts – herrührt, tragen weder die *Waterfront*-Schwester noch die Museumsentwürfe zu einer Wieder-Verortung der verlorenen gegangenen Bedeutung bei.¹⁸

4.2. „Serbia’s Nazi Rock Venue“: Freizeitzone vs. Erinnerungsort

Eine Trennwand umgibt die Terrasse des Restaurants *So i biber* („Salz und Pfeffer“) im ehemaligen Türkischen Messepavillon und schirmt diese von einer wenige Meter entfernten Betonstele zum Gedenken an die Opfer des Lagers ab. Sie lässt sich als Trennlinie lesen, die eine Zone des Freizeitvergnügens und einen Erinnerungsraum voneinander abtrennt. In bestimmten Situationen werden diese Linien zu Konfliktlinien, wenn widerstreitende Interessen aufeinandertreffen, Verhaltensweisen als Störung erlebt und Deutungsroutinen angegriffen werden. Diese Momente, wenn ein Raum in den anderen einbricht und ihn infrage stellt, sind für die Frage nach den Koordinaten der Verortung eines Gebäudes oder Raums überaus aufschlussreich,

18 Vgl. J.N. Entrikin, *The Betweenness of Places. Towards a Geography of Modernity*, 1991, S. 57.

fördern sie doch die Reichweite der Konflikte zutage, aber auch die Bandbreite der Akteure, die einander gegenüberstehen, sowie die Vielfalt räumlicher Synthetisierungsleistungen.¹⁹ Das sei an einem Beispiel gezeigt:

Für den 3. November 2007 kündigt eine Konzertagentur im Belgrader Club *Poseydon* ein Konzert der britischen Band *Kosheen* an; anschließend ist eine Party mit einem bekannten House-DJ geplant. Das Konzert ist Teil der Europatournee mit dem Album *Damage* und nicht das erste, das die Band in Belgrad gibt; auch für den Club ist es eine unter vielen Veranstaltungen. Und doch wird daraus ein Skandal, der damit endet, dass die Band das Konzert absagt und sich auf medialen Druck hin öffentlich entschuldigt.

Dass solcher Druck entsteht, liegt daran, dass der Club sich in jenem Pavillon auf der Alten Messe befindet, der einst als Lagerkrankenhaus diente. Dies wird nun Gegenstand einer internationalen Debatte. Der Leiter des *Simon Wiesenthal Center* in Jerusalem wird auf den Fall aufmerksam und bittet die serbischen Behörden, das Konzert zu untersagen. Seine Intervention findet Resonanz in der internationalen Presse: Weil Nachrichtenagenturen wie AP, APA und AFP die Meldung verbreiten, werden lokale Stimmen wie die Aleksandar Mosićs weltweit wahrgenommen, der sich als Überlebender und „*Jewish activist*“ empört, es sei, als halte man „eine Hochzeit auf einem Friedhof“ ab.²⁰ Der österreichische *Standard* und die *New York Times* greifen das Thema auf; durch die *Jewish Telegraphic Agency* ist von „Smajiste“ [sic] zu lesen, das mit Dachau oder „Sachenhosen“ (*The Oklahoman*) verglichen wird, und ein antifaschistischer Blog berichtet ebenso über den Fall wie das englischsprachige Forum *Balkaninsight*. So erhalten kritische lokale Medien, die jüdischen Gemeinden und einzelne zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, für die Sajmište längst ein Thema ist, lange vermisste Unterstützung. Ohne die internationale „Empörungsöffentlichkeit“ blieben die lokalen Stimmen ungehört, die 2007 weder zum ersten noch zum letzten Mal Kritik äußern.

Der Konflikt ist mehr als ein Flächennutzungsstreit; hier kollidieren zwei Räume mit all ihren symbolischen, ökonomischen und lebensweltlichen Attributen. Dass Sajmište auf internationalen Musik-Foren wie *gigwise.com*, *drownedinsound.com* und dem *Hongkong Nightlife Guide* auftaucht, zeigt, dass der Ort sich inzwischen unter lokale und internationale *Party Locations* einreihet. Die großzügige Messearchitektur wurde dazu an die Bedürfnisse eines Nachtclubs angepasst: In der Mitte der Ausstellungshalle hängt ein Leuchter, der an eine Diskokugel erinnert, die Decke ist

19 Vgl. M. Löw, *Raumsoziologie*, Frankfurt a. M. 2001.

20 BIRN, Anger over Serbia's Nazi Rock Venue, *Balkaninsight*, 02.11.2007, URL: <https://balkaninsight.com/2007/11/02/anger-over-serbia-s-nazi-rock-venue/> [17.03.2020].



Abb. 7: Innenaufnahme des Belgrader Clubs Poseydon; Foto: M. Saiger, 2010.

mit Spiegeln verkleidet und die Fenster sind mit roter Farbe beklebt; an den Brüstungen der Galerie wirbt *Heineken*.

Auch die Angehörigen dieses Raums sind ungehalten, allerdings dominiert hier die Empörung über das abgesagte Konzert: „Was hat Kosheen mit etwas zu tun, das man 60 Jahre früher hätte aufräumen und markieren müssen? Es ist nicht gestern passiert, und es verliert sicherlich nicht seine Bedeutung. Aber vielleicht lassen Sie diesen Ort so, wie er ist, ein Ort, an dem junge Leute zusammenkommen, um Kontakte und ein bisschen Liebe zu finden. Ich habe mich sehr auf die Band gefreut [...], aber ich glaube nicht, dass sie wieder nach Serbien kommen werden. Und das ist ein Spiegelbild unseres chaotischen Zustands“,²¹ so ein Online-Kommentar. Die Autorin charakterisiert den Ort als Anlaufstelle für ein junges Publikum, das hier einen Raum subkultureller Sozialisation findet und diesen mit konstituiert.²² Wer auf das Konzert hinfiebert, zeigt sich als Teil einer „Szene“, die sich in gemeinsamen musikalischen Vorlieben erkennt, sich untereinander vernetzt – und die fürchtet, das ganze „chaotische“ Land könne durch den Skandal bei internationalen Konzerttourneen künftig außen vor bleiben.

21 Vgl. Kommentar *Irena*, 03.11.2007, URL: www.b92.net/info/komentari.php?nav_id=270682 [17.03.2020].

22 Zum Raumhandeln von Jugendsubkulturen vgl. M. Löw (s. A 19), S. 102 f.

Der Raum, den das Konzertpublikum aufspannt, ist sozial und diskursiv stabil abgetrennt von jenem Erinnerungsraum, der Sajmište durch die Linse der hier begangenen Verbrechen betrachtet. Das „soziale Vergessen“ im „Biorhythmus der Generationen“ hat gegriffen.²³ Für die Clubgäste sind die 1940er Jahre keine relevante Referenz und stören nur das gegenwärtige Vergnügen. „Wie lange werden wir rückwärts blicken?“, fragt eine Kommentatorin.

Der Appell, die Vergangenheit endlich ruhen zu lassen, ist sicherlich im „*good business sense*“²⁴ des Club-Betreibers, der hier ein profitables Geschäft sieht. In der Debatte stützt sich das Unternehmen (das in den Räumen heute einen Fitness-Club und eine Kindertagesstätte betreibt) auf juristische Gegebenheiten, insbesondere einen Kaufvertrag, den die Firma 1998 – während der Privatisierungswelle der 1990er Jahre – mit der Belgrader Baubehörde abgeschlossen hat. Man habe das marode Gebäude renoviert und bezahle seit 15 Jahren Steuern; zudem habe man wiederholt verblich bei Stadt und Gemeinde um Richtlinien angefragt. Auch der Betreiber ist also: empört.

Mit dem Versuch, das Konzert als Beitrag zum Erhalt der Alten Messe darzustellen, bemühen sich die Organisatoren, der moralischen Verurteilung entgegenzutreten und das Bild skrupelloser *business men* zu korrigieren. Denn während Agentur und Betreiber ihr Handeln durch den Verweis auf rechtliche Vorgaben rechtfertigen, werden ihre ökonomisch-juristischen Argumente im öffentlichen Diskurs mit einer moralischen Ebene konfrontiert: „*They really do not care about dancing over the bones of the victims*“²⁵ äußert sich ein Bürger in der Presse.

Die am Streit um das Konzert Beteiligten nehmen in der Dynamik kollektiven Erinnerns und Vergessens verschiedene Rollen ein: Überlebende wie Mosić streben mit ihrer Kritik ein *aktives Erinnern* an, das den Ort in den musealisierten Kanon identitätsstiftender Referenzen aufnimmt; der Club-Betreiber hingegen treibt ein *aktives Vergessen* voran, das die latente Bedeutung des Ortes aus dem Bewusstsein der Gesellschaft verschwinden lassen will, um neue Nutzungen zuzulassen.²⁶ Bestimmt von unvereinbaren sozialen, kulturellen und politischen Rahmen sehen sie gegenseitig mit einiger Fassungslosigkeit die eigene Raumauffassung unterminiert.

Die Wellen des *Kosheen*-Skandals legen sich jedoch bald. Es ist kein untypisches Phänomen für die post-sozialistische Wirtschaft in Serbien, dass privatwirtschaftliche Akteure, oft unter Umgehung von Regularien, Bauprojekte lancieren und sich ökonomische Vorteile, auch auf Kosten allgemeiner Interessen, sichern. Durch die

23 Vgl. A. Assmann (s. A 11), S. 32.

24 Aussage Nenad Krsmanović (*Poseydon*), zit. nach: BIRN (s. A 20).

25 Zit. nach ebda.

26 Vgl. A. Assmann (s. A 11), S. 20.



Abb. 7: Ein Denkmal als Posierhintergrund; Quelle: *Instagram*, 2019.

blutige Geschichte der verschiedenen Kriege sind traumatische Schauplätze zudem im Stadtraum omnipräsent, und das stillschweigende Umgehen mit diesen Orten ist längst Normalität. Insofern darf man den für das Konzert Verantwortlichen glauben, dass sie über die öffentlichen Reaktionen erstaunt sind und sich fragen, „ob für alle das gleiche Gesetz gilt.“²⁷ Schon einen Monat nach dem abgesagten Konzert jedenfalls findet im *Poseydon* ein Boxwettkampf statt.

Das ehemalige Lager ist also „teilprivatisiert“ und integriert divergente soziale Teilräume. Für eine Restaurantbesucherin ist eine freistehende Betonwand ein willkommener Hintergrund für fotogenes Räkeln auf dem Weg zum Auto (917 Likes) – nicht die Rückwand eines 1984 errichteten Denkmals (vgl. Abb. 7). Das Denkmal, das den Ort für unantastbar erklären, ihn gleichsam heiligen soll, wird vom profanisier-ten Raum des Gastrobetriebs als solches nicht erkannt. Lautlos stoßen die Räume aneinander. Und nur hin und wieder reibt sich jemand irritiert die Augen und stellt den Widerspruch fest zwischen dem Wissen, dass hier Menschen interniert waren, und

²⁷ Vgl. Aussage M. Krsmanović, in: S. Šulović, *Kafana u krematorijumu nekadašnjeg nacističkog logora*, Blic, 06.09.2013.

der Werbung auf der Fassade eines Pavillons, hier sei der Ort, an dem sich „Ihr Kind sicher und geliebt“ fühlen soll.

5. *Disparate Verortungen*

Wer im Diskurs um die Zukunft des Ortes welche Trennlinie verwischt oder markiert (zwischen Gegenwart und Vergangenheit, zwischen Lebenswelten, zwischen Stadt und weißer Fläche), sagt viel darüber aus, welche Raumwahrnehmung und Intention seinem oder ihrem Handeln zugrunde liegt. Abhängig von sozialen, kulturellen und politischen Rahmen entstehen so Räume, die den Ort in verschiedene Richtungen zerrén und unterschiedlich verorten. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich Sajmište als *ein* Raum immer mehr aufgelöst; das einst einheitlich gestaltete Areal unterliegt neuen Untergliederungen und räumlich-symbolischen Ausrichtungen. Dieser Entwicklung wird durch Visionen einer homogenen Nutzung – sei es als urbane Grünfläche oder als großformatige Gedenkstätte – Gewalt angetan.

Der übersehene Turm ist Ergebnis sedimentierter Bewegungsroutinen, die im Überqueren der Brücke und den Gewöhnungen des Wegsehens Wahrnehmungsinstrumente haben verkümmern lassen für das, was dasselbe Gebäude Anderen zum „mahnden Finger“²⁸ werden lässt. Die stadtplanerische Rhetorik von einer „Wiederbelebung“ meint weniger eine „Belebung“ im Wortsinne – denn die ist in diesem *Living Death Camp*²⁹ hoch –, sondern ein „Aufräumen“ mit jenem labyrinthischen Gemisch aus Lebenswelten, Baustilen, Körpergedächtnissen, Narrativen, Selbstverortungen. Seinen gegenwärtigen Charakter als Freilichtmuseum des Vergessens, in dem sämtliche Formen des Vergessens, von der Löschung, der Überschreibung bis zum aktivsten Modus affirmativen Erinnerns, betrachtet werden können, wird Sajmište wohl einbüßen. Dabei böte es gerade als solches eine einzigartige Erkenntnisdichte und lehrte den „antiquarischen“³⁰ Blick schulen.

28 Vgl. Aussage einer Teilnehmerin an einem Studienprojekt 2010: „The tower to me is like a finger pointing to the area.“

29 So der Titel des *Forensic Architecture*-Projekts 2014, vgl. URL: <https://forensic-architecture.org/investigation/living-death-camp-staro-sajmiste> [07.08.2020].

30 Vgl. A. Assmann, *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*, München 1999, S. 316: „Damit die Ruinen als Index einer spezifischen Vergangenheit gelesen werden können, bedarf es keines ästhetischen, sondern eines neugierig antiquarischen Blicks.“

„Integration“ und Tod 1940-1945

Die französischen Kriegsgefangenen
René Billet, Marcel Couasnard und Albert Lafoy

Einleitung

Vor 75 Jahren, am 2. März 1946 richtete die Französische Militärregierung im Rastatter Schloss ihr Tribunal Général ein. Bis 1954 wurde dort in 235 Verfahren gegen 2.107 Personen ermittelt, wobei 104 Todesurteile gefällt wurden.¹ Verhandelt wurden NS-Verbrechen, die sich innerhalb der damals französischen Besatzungszone ereignet hatten. Alle Prozessakten, verwahrt in den „Archives de l’occupation française en Allemagne et en Autriche“ in Colmar, wurden mit einer Sperrfrist von 100 Jahren belegt und der historischen Forschung bisher nur in Ausnahmen zur Verfügung gestellt. Im hier vorgestellten Fall kann jedoch immerhin auf Teile des Verhandlungsprotokolls sowie das Urteil Bezug genommen werden, da für spätere Spruchkammerverfahren beglaubigte Übersetzungen angefordert wurden.²

Nach dem Frankreichfeldzug Adolf Hitlers und der Eroberung von Paris im Juni 1940 waren der deutschen Wehrmacht ca. 1.850.000 Kriegsgefangene in die Hände gefallen, wovon ca. 1.580.000 nach Deutschland verbracht wurden, darunter René



Abb. 1: Eröffnungssitzung des Tribunal Général 1946.

Im Hintergrund die Richter, links die Anklagevertreter, rechts mit Zifferschildern um den Hals die Angeklagten, davor ihre Verteidiger; Foto: Bundesarchiv Koblenz.

1 Vgl. M. Broszat, Siegerjustiz oder strafrechtliche „Selbstreinigung“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 4/1981, S. 477 ff.; in anderen Veröffentlichungen variieren die Zahlen leicht.

2 Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 902/24, 32a-i, Amtlich beglaubigte Übersetzung des Verhandlungsprotokolls der Militärregierung der französischen Besatzungszone in Deutschland vom 15. Juni 1948.



Abb. 2: Kriegsgefangenenlager Schmiden, 1940;
hinten, 2. v. re.: M. Couasnard; Foto: *Stadtarchiv Fellbach*.

Billet (31), Marcel Couasnard (26) und Albert Lafoy (28). Und es stellte sich die Frage, zu welcher Art Zwangsarbeit sie herangezogen werden sollen, wie sie zu behandeln, unterzubringen und zu verpflegen waren. Insbesondere auf qualifizierte Arbeitskräfte konnte die deutsche Industrie kaum verzichten, so dass ein „berufsrichtiger“ Einsatz angestrebt wurde³ – auch um die Lücken zu füllen, welche durch die vielen Einberufungen zur Wehrmacht entstanden waren. Infrage kamen vor allem Rüstungsbetriebe sowie bei den Berufen von René Billet, Mar-

cel Couasnard und Albert Lafoy Landwirtschafts- und Handwerksbetriebe, in denen sie dann fast fünf Jahre lang tätig waren.

Diese Zeit soll auch mit aussagekräftigen Abbildungen im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen, die in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert war und von den Nationalsozialisten alles andere als beabsichtigte Integrationsaspekte nach sich zog, weshalb dieser Begriff in der Überschrift auch in Anführungszeichen zu setzen war. In soziologischer Hinsicht fand jedoch ein sozialer Einbezug der drei Kriegsgefangenen in ihr Umfeld trotz nationalsozialistischem Ausschluss aus dem NS-Staat statt, der diese lediglich aufgrund seiner Rassenhierarchie besser behandelte als Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus Osteuropa.⁴

Es muss hier aufgrund der ungeheuren Verbrechen des NS-Staates auch nicht weiter ausgeführt werden, dass dieser das krasse und mörderische Gegenteil unserer heutigen Aufnahmegesellschaft darstellt, die mit ihrem Integrationswillen und ihren Integrationsbemühungen im Wesentlichen folgende Integrationsaspekte betont, die

3 Vgl. u.a. *DeuFraMat*, Lebens- und Arbeitsbedingen, in: <http://www.deuframat.de/konflikte/krieg-und-aussoehnung/franzoesische-zwangsarbeiter-in-deutschland-1940-45/lebens-und-arbeitsbedingungen.html> [10.05.2021].

4 Vgl. *P. Arnaud*, Die französische Zwangsarbeit im Reichseinsatz, S. 1, 2, in: https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/sites/default/files/inline-files/Working%20Paper%20UHK%20A11_Arnaud_0.pdf [12.04.2021]. Die NS-Rassenideologie war auch ausschlaggebend, dass ca. 90.000 meist farbige Soldaten aus den französischen Kolonien und Nordafrika in sogenannten „Frontstalags“ in Frankreich verblieben; vgl. *DeuFraMat* (s. A 3).

auch bei René Billet, Marcel Couasnard und Albert Lafoy Wirkung entfalten konnten: dezentrale Unterbringung, am besten unter Einheimischen in Privatwohnungen, Arbeitsverhältnis, Lebensunterhalt, Spracherwerb.⁵ Albert Lafoy hatte gar vor, nach dem Ende des Krieges in Deutschland zu bleiben.⁶

Albert Lafoy (*06.02.1917 - †03.04.1945)

„Metzgerei Mehrle“ in Oeffingen, ein Dorf nahe Stuttgart und Fellbach: In ihrem Wohnzimmer wartet Metzger-Ehepaar Mehrle mit dem 12jährigen Sohn Walter gespannt auf die Ankunft eines ihnen zugeteilten Kriegsgefangenen und fragt sich, ob auch der Richtige kommen wird – für den eigenen Landwirtschaftsbetrieb mit Viehhaltung, Schlachtereier und Wurstherstellung. Aufgrund von Fachkräftemangel hatte Metzgerei-Inhaber Mehrle bei der Gefangenenverwaltung eigens um einen gelernten Metzger ersucht.

„Immer, wenn ich an den Albert denke“, sagt Walter Mehrle 65 Jahre später, „muss ich daran denken, wie der hereingeführt wurde und zu meiner Mutter sagte: ‚Guten Abend, Madame‘...“

„Rasch gehörte der Albert zur Familie [...], hat nach drei Jahren fast fließend deutsch gesprochen“, erinnert sich der Mehrle-Sohn. Er war „fast wie ein Bruder“ und „quasi mein Lehrmeister – auf den Feldern, montags beim Schweineschlachten, dienstags beim Großvieh, dann beim Wurstmachen.“⁷ Auf bei der Familie recherchierten Fotos, heute verwahrt im Stadtarchiv Fellbach, sieht man Albert Lafoy denn auch mit dem jungen Walter Mehrle bei der Feldarbeit oder am Arm untergehakt wie auf einem Familienbild. Alle in Oeffingen und im Nachbardorf Schmiden kennen und schätzen ihn, da er oft zu den Bauern kommt und bei Hausschlachtungen hilft.



Abb. 3: Albert Lafoy;

Foto: Stadtarchiv Fellbach.

5 Vgl. u.a. das sog. „Leverkusener Modell“.

6 Folgende Ausführungen und Zeitzeugen zitate entstammen größtenteils Interviews des Autors sowie Auszügen aus seinem Dokumentarfilm „Die Befreiung vor Augen. Der Tod französischer Kriegsgefangenen in Fellbach“, entstanden 2005 als Auftragsarbeit für die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und die Stadt Fellbach; einsehbar ist der Film bei den Stadtarchiven Fellbach und Waiblingen, erhältlich auch beim Autor.

7 W. Mehrle, 2005 (s. A 6).



Abb. 4: Gemeinsame Feldarbeit:
Walter Mehrle (li.) und Albert Lafay (re.);
Foto: Stadtarchiv Fellbach.



Abb. 5: „Familienfoto“:
Albert Lafay (li.) mit Metzgermeister
Mehrle (re.) und Verwandtenbesuch;
Foto: Stadtarchiv Fellbach.

Marcel Couasnard (*01.02.1919 - †03.04.1945)

„Schuhmacherei Bürkle“, im Nachbardorf Schmiden: „Weil es in Schmiden keinen Schuhmacher mehr gab, waren ja alle eingezogen“, berichtet ebenfalls 65 Jahre später die damals 20 Jahre alte Handwerkertochter Helene Bürkle, „wurde aus dem Lager einer ausgesucht“.⁸ Marcel Couasnard, ein gelernter Schuster, habe dann auch „alles gemacht, was im Haus anfiel, er gehörte zur Familie schiergar. [...] Ausmisten des Hühnerstalls, Gartenarbeit, alle schweren Sachen [...]. Er ist bei uns gehalten worden wie ein Sohn. Alles was man gemacht hat, hat man mit ihm auch gemacht. [...] Mutter hat ihm seine Socken geflickt.“ In solchen Momenten habe er auch von der eigenen Familie erzählt und seinen Sorgen um die eigene Werkstatt zuhause. Nach dem Krieg will er die Bürkles einladen – nach Frankreich.



Abb. 6: Marcel Couasnard;
Foto: Stadtarchiv Fellbach.

8 H. Kölle, geb. Bürkle, 2005 (s. A 6).



Abb. 7: Gartenarbeit in Schmidn:
Marcel Couasnard in Uniform;
Foto: Stadtarchiv Fellbach.



Abb. 8: Vor „seiner“ Werkstatt in Schmidn:
Marcel Couasnard mit Arbeitsschürze;
Foto: Stadtarchiv Fellbach.

Marcel sei „immer freundlich“ gewesen, habe manchmal aber auch „einen Zorn bekommen“, wenn ihm etwas nicht gelingen wollte. Dann konnte „schon mal ein Schuh durch die Werkstatt fliegen“.⁹ Man schrieb dies seinem lebhaften Künstlertemperament zu, da er auch Musiker war und in Frankreich in einer Jazzband gespielt hatte. In der Nachbarschaft war manchmal zu hören, wie er auf seinem Saxophon spielte, das er sich aus Frankreich herschicken ließ.

1943 arbeitet Marcel Couasnard vorübergehend bei der Schmidener Handwerksfirma Kübler, welche neben Schulranzen auch Militärartikel aus Leder herstellt. Dort schließt der damals 16jährige Alfred Kübler „Freundschaft mit Marcel Couasnard“, der ihm „maßgefertigte Rohrstiefel aus Leder herstellt“. Er habe immer „gute Arbeit abgeliefert“, und „die Leute waren mit ihm zufrieden“. In Gesprächen habe er aber „immer mal gestichelt: ‚Ihr verliert den Krieg‘“.¹⁰

9 Ebda.

10 A. Kübler, 2005 (s. A 6).

René Billet (*07.04.1914 - †03.04.1945)

Gaststätte Grüner Baum, Schmiden: Bei der Familie Kaufmann mit angeschlossener Landwirtschaft wird René Billet eingesetzt, der fortan ebenfalls mit der Familie zusammenlebt. Zeitzeugen schildern ihn als zurückhaltenden und stillen Mann. Fotos zeigen ihn mit schmalen Schultern und sanftem, nachsichtigen Blick. Bereits im Schmidener Gefangenenlager hatte er sich mit Albert Lafoy befreundet, und so trafen sie sich meist sonntags in der Gaststätte, bald auch zusammen mit Marcel Couasnard.

Zwar bestand im NS-Staat auf dem Papier ein strenges Kontaktverbot zur deutschen Zivilbevölkerung, doch ließ sich dies auf dem Lande und dem Kontakt bei der Arbeit kaum einhalten, weswegen es oft selbstverständlich wie unvermeidlich war, die Kriegsgefangenen z. B. verbotswidrig beim Essen mit am Tisch sitzen zu lassen. Zu einer gewissen Wende kam es hier im März 1942, nachdem der Adolf Hitler unterstellte „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“ Fritz Sauckel vom französischen Vichy-Regime zivile Arbeitskräfte forderte. Im April 1943 verlangte er in einer dritten Aktion 220.000 neue Arbeitskräfte. Im Gegenzug versprachen die deutschen Behörden, den Status der Kriegsgefangenen in denjenigen von „Zivilarbeitern“ umzuwandeln,¹¹ so dass René Billet, Marcel Couasnard und Albert Lafoy nunmehr unbeschwert im „Gasthof Grüner Baum“ zusammensitzen oder am Sonntag die katholische Kirche in Oeffingen besuchen können, wie der damalige Pfarrer Alois Danglmaier notierte, der sich dabei oft mit René Billet unterhalten hatte.¹² Zu



Abb. 9: René Billet;

Foto: *Stadtarchiv Fellbach.*



Abb. 10: Beim Versorgen der Hühner:

René Billet in Schmiden;

Foto: *Stadtarchiv Fellbach.*

¹¹ Vgl. *P. Arnaud* (s. A 4), S. 3-4.

¹² *Stadtarchiv Fellbach*, F 4078, Bericht Pfarrer A. Danglmaier.



Abb. 11: Bei der Familie Kaufmann mit am Tisch:

René Billet (rechts angekreuzt);
Foto: *Stadtarchiv Fellbach*.



Abb. 12: „Familienfoto“:

René Billet (Mitte);
Foto: *Stadtarchiv Fellbach*.

diesem neuen Status schreibt der Historiker Ulrich Herbert: „Die ‚Fremdarbeiter‘ aus dem Westen erhielten zugegebenermaßen für die schwere Arbeit, die sie leisten mussten, den gleichen Lohn wie die Deutschen. Auch die Arbeitszeit entsprach weitgehend jener der deutschen Arbeiter: Über die häufigen Sonntagsschichten beklagten sich Franzosen ebenso wie die deutschen Arbeiter. Die Beschwerden über das Urlaubsverbot, die Ausschreitungen des Lagerpersonals oder etwa schlechtes Schuhwerk erinnern in Inhalt und Form ebenfalls sehr an die Klagen der deutschen Arbeiter beim Westwall oder in den Arbeiterlagern beim Autobahnbau in den Vorkriegsjahren“.¹³

Schmiden, „Grüner Baum“, Ostersonntag, 1. April 1945

Die Niederlage der deutschen Wehrmacht und das Ende des NS-Regimes ist absehbar, so dass sich die drei Freunde auch in der Gaststätte darüber unterhalten. Hatte Marcel Couasnard etwas getrunken, neigte er dazu, Sprüche zu klopfen. „Angeblich, muss er gerufen haben: ‚Wenn der Amerikaner kommt, kommt der und der dran‘.“¹⁴ Und da ihnen die örtlichen NS-Protagonisten inzwischen gut bekannt sind, unterhält man sich auch darüber, ob man die alliierten Truppen nach ihrem Einmarsch über das Verhalten der örtlichen Nationalsozialisten informieren solle. Schließlich

13 U. Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1985, S. 333.

14 A. Kübler, 2005 (s. A 6).

soll es seitens von Marcel Couasnard auch geheißten haben: „Weisbarth und Bürgermeister Fichter sind die ersten, die am Kirchturm hängen!“¹⁵

Rudolf Fichter ist Bürgermeister in Schmidlen, Hermann Weisbarth NS-Volkssturmführer in Fellbach. Dass aber einer der drei Freunde selbst zu einer verbrecherischen Tat fähig gewesen wäre, wurde später nicht nur von den Gastfamilien vehement bestritten. „Dummes Geschwätz von jungen Leuten, die das niemals gemacht hätten, nie.“¹⁶ Alfred Kübler über Marcel Couasnard: „Hätte der nie gemacht, so war der nicht veranlagt, [...] vielleicht dass er ausgesagt hätte, nach dem und dem müsst ihr auch schauen, das war auch ein Nazi usw.“ Und René Billet betreffend: „Und der im Grünen Baum schon gar nicht, das war ja so ein ruhiger Kerle.“¹⁷

Anderntags, am späten Ostermontagabend, werden alle drei mit Gewehren im Anschlag aus ihren Häusern heraus von Volkssturmmännern verhaftet und weggeführt. In der Gaststätte musste jemand mitgehört, die Gesprächsfetzen an Bürgermeister Fichter und Volkssturmführer Weisbarth weitergetragen haben.

Dienstagfrüh begibt sich Helene Bürkle zum Schmidener Rathaus, fragt nach dem Grund der Verhaftung, betont auch: „Wir haben jetzt keinen Marcel mehr, wir müssen zumachen“, bekommt aber als Auskunft, dass die Verhaftung „von Auswärtigen“ veranlasst wurde.¹⁸ Und Metzgermeister Mehrle, der bei Hermann Weisbarth nach dem Verbleib von Albert Lafoy fragt, erhält als Antwort, dass die Kriegsgefangenen „wieder eingesammelt“ wurden und „zurück in Lager gebracht“ würden.¹⁹ Drei Wochen lang erfährt man in Schmidlen und Oeffingen nichts über deren Verbleib. Erst als am 22. April 1945 die amerikanische Armee in Fellbach einzieht, der drei Tage später die französische folgt, dringt allmählich die Wahrheit ans Licht.



Abb. 13: Gasthaus „Grüner Baum“, Schmidlen; Wirtsstube Anfang der 1930er Jahre; Foto: Stadtarchiv Fellbach.

15 H. Kölle, geb. Bürkle, 2005 (s. A 6), W. Mehrle, 2005 (s. A 6); vgl. hierzu auch die Zeugenaussagen im Rastatter Prozess (s. A 2).

16 H. Kölle, geb. Bürkle, 2005 (s. A 6).

17 A. Kübler, 2005 (s. A 6).

18 H. Kölle, geb. Bürkle, 2005 (s. A 6).

19 W. Mehrle, 2005 (s. A 6).

Tod und Beerdigung

Helene Bürkle erfährt: „Auf'm Auffüllplatz in Fellbach seien sie erschossen [...] und dort auch beerdigt worden“, woraufhin die französische Militärverwaltung ehemalige SS- und Parteiangehörige zwingt, die Leichname auszugraben – „mit den Händen“.²⁰

Beim Ausgraben muss auch der damals 17jährige Wehrmachtangehörige Hermann Bürkle helfen, der kurz vor Kriegsende noch Parteiakten wegzuschaffen hatte. Von einem deutschen Schutzmann wird ihm gesagt: „So, du hast auch eine braune Uniform getragen, du gehst jetzt mit auf den Schinderrain“. Schinderrain, das wusste Hermann Bürkle, ist ein Auffüllplatz, an dem auch Tierkadaver vergraben werden. „Dort stand ein Haufen Leute, die ich auch gekannt habe, Parteiführer [...] und auch einige von der Frauenschaft. Und der Weisbarth wurde immer begleitet von zwei, drei Franzosen, die ihn ständig schlugen, mit den Gewehrkolben ins Kreuz – und der hat nicht gesagt, wo die liegen. [...] Wir durften abends heim und wussten, am anderen Morgen müssen wir wieder kommen. [...]. Der Weisbarth hat uns drei Tage lang graben lassen, mit den Händen in dem Dreck rum. [...] Bis man dann endlich gemerkt hat, jetzt kommen Kleider, jetzt wird's was.“²¹



Abb. 14: Vor dem Ausgraben der Leichen auf dem „Schinderrain“:

2. v. li. mit gestreifter Jacke Hermann Weisbarth; Foto: *Stadtarchiv Fellbach*.

20 H. Kölle, geb. Bürkle, 2005 (s. A 6).

21 H. Bürkle, 2005 (s. A 6).



Abb. 15: Beerdigungszug in Fellbach:

li. mit gefesselten Händen H. Weisbarth;
Foto: *Stadtarchiv Fellbach*.



Abb. 16, 17, 18: Beerdigung in Oeffingen:

oben: Bild mit den drei Särgen; Mitte: Ehrensalut durch französische Soldaten; unten: die Familien Mehrle, Bürkle und Kaufmann neben dem Grab der erschossenen Franzosen.

Foto: *Stadtarchiv Fellbach*.

Am Sonntag, 6. Mai 1945 sollen die Ermordeten auf dem katholischen Friedhof in Oeffingen beerdigt werden, nahe der Kirche, die sie während ihrer Gefangenschaft besucht hatten.²² Abwechselnd müssen Parteiangehörige die Särge von Fellbach in den Nachbarort tragen. Hermann Weisbarth muss dem Zug gefesselt vorangehen. „Hunderte von Menschen, ich glaube ganz Oeffingen war auf den Füßen, und wir warteten alle auf den Leichen-

²² *Stadtarchiv Fellbach* (s. A 12).

zug. Von Fellbach haben die über eine Stunde gebraucht, und ich glaube die meisten Leute haben geheult [...], und es waren auch viele französische Soldaten dabei.²³

Selbstverständlich zählten zu dieser überwältigenden Trauergemeinde auch die drei Familien Mehrle, Bürkle und Kaufmann, welche später die Grabpflege übernahmen. „Wir sind jeden Samstag rüber mit einem Blumenstrauß, also da hat es an nichts gefehlt.“²⁴



Abb. 19: Vor dem Grabkreuz von René Billet:
Wirtshaustochter Dora Kaufmann;
Foto: Stadtarchiv Fellbach.

Tatablauf

Aufschluss, was in der Nacht vom 2. auf den 3. April geschah, geben Akten im Staatsarchiv Ludwigsburg. Nachdem der Schmidener Bürgermeister Rudolf Fichter und der Fellbacher Volkssturmführer Hermann Weisbarth Kenntnis von dem Gespräch der drei Kriegsgefangenen erlangt hatten, wurden sofort die Festnahmen veranlasst und die Verhafteten in den Ortsarrest des Schmidener Rathauses verbracht. In seiner ersten protokollierten Vernehmung am 5. Mai 1945 erklärt Hermann Weisbarth, Bürgermeister Fichter habe ihm telefonisch mitgeteilt, „die Leute müssten auf dem schnellsten Wege weg“. Danach wäre er am 3. April „gegen 1 Uhr früh“ auf das Rathaus gekommen: „Hier empfang mich Bürgermeister Fichter und führte mich zu den Gefangenen. Er verhörte die Franzosen und warf ihnen den Grund der Verhaftung vor, was der Franzose Marcel auch zugab. Der Bürgermeister hat gesagt, so nun werdet ihr erschossen und nicht ich und gab uns die Franzosen mit. [...] Ich habe mir vier Männer selbst gewählt [...], nahmen die drei Franzosen ins Auto und fuhren nach Fellbach, wo wir vom Einsatzwagen einige Schaufeln und Spaten mitnahmen. Hierauf fuhren wir zum Auffüllplatz Fellbach (Schinderrain), um die Erschießung vorzunehmen. Als wir dort angekommen waren, sahen wir uns nach einem geeigneten Platz um und schaufelten eine Vertiefung in den Schutt, worauf die 3 Franzosen dort aufgestellt und mit dem Revolver durch Nackenschuss durch Heim, Maile, Lehmann, Mantel erschossen wurden. Ich ging, nachdem die Franzosen erschossen waren, selbst hin und über-

23 W. Mehrle, 2005 (s. A 6).

24 H. Kölle, geb. Bürkle, 2005 (s. A 6).

zeugte mich, ob sie auch tot sind und schoss mit der Pistole jedem noch 1 Kugel auf die Herzgegend, worauf wir die Leute mit dem Schutt zuschaukelten und zurück zu unserem Standort Fellbach fuhren. Die Tat reut mich ausgeführt zu haben.“²⁵

Anklage „wegen Kriegsverbrechen“ in Rastatt 1948

Bürgermeister Rudolf Fichter (geb. 12.12.1889), konnte für seine Mitwirkung nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Von der französischen Militärkommandantur verhaftet und in eine Zelle des Schmidener Ortsarrests verbracht, verstarb er dort am 9. Mai 1945 unter letztlich nicht ganz geklärten Umständen. Sein Körper wies zwar Schlagverletzungen auf, als Todesursache jedoch wurde „Herzschlag“ festgehalten. Im Ermittlungsbericht heißt es hierzu: „Eine Obduktion der Leiche, die längere Zeit später vorgenommen wurde, verlief ergebnislos. [...] Die Verhaftung erfolgte, weil der Betroffene in engem Zusammenhang mit der Ermordung der drei Franzosen stand. [...] In parteipolitischer Hinsicht war der Betroffene in der Gemeinde Schmidlen ziemlich unbeliebt.“²⁶ Fichter war seit 1931 NSDAP-Mitglied und 1933 SA-Sturmführer.

Am 15. Juni 1948 verhandelt das Tribunal Général in Rastatt gegen Hermann Weisbarth (geb. 10.10.1899). Im Verhandlungsprototoll ist vermerkt: „Mitglied der Partei seit dem 30. November 1930, ausgetreten i. J. 1932, wiedereingesetzt in seine Aemter als Ortsgruppenleiter i. J. 1938 und nach 1938 ohne Amt.“²⁷

Da sich das Tribunal nicht näher mit Weisbarths NSDAP-Werdegang beschäftigte oder beschäftigen konnte, sollen nachstehend einige Erläuterungen hierzu gegeben werden: Weisbarth, vermöglicher Pflastermeister und Steinbruchbesitzer in Schmidlen, war erster Ortsgruppenleiter der NSDAP in der benachbarten Kreisstadt Waiblingen. 1931 zog er dort als erster NSDAP-Vertreter in den Gemeinderat. Zudem organisierte er die Aufstellung einer eigenen Waiblinger SA-Formation, die in etliche Zusammenstöße mit Kommunisten und Reichsbannerangehörigen verwickelt war. Besonderes Aufsehen erregte z. B. eine „politische Schlägerei“ mit mehreren Verletzten. In einem Bericht des Oberamts heißt es: „Ich füge bei, dass die Nationalsozialisten in der Minderheit waren, und dass das Verhalten der Reichsbannerleute und ihres Führers keinen guten Eindruck machte. Andererseits bin ich überzeugt, dass das Dazwischentreten des sehr hitzigen Weisbarth die Lage unnötig verschärft hat

25 *Stadtarchiv Fellbach*, ARF 000.56, Vernehmung Hermann Weisbarth, wegen Mordtat verhaftet, vom 05.05.1945.

26 *Staatsarchiv Ludwigsburg*, EL 902/24, AZ 49/46/2744, Ermittlungsbericht der Spruchkammer Waiblingen vom 11.08.1948.

27 *Staatsarchiv Ludwigsburg* (s. A 2).

und dass Weisbarth durch sein Verhalten der Polizei gegenüber gezeigt hat, dass er in seiner Erregung keinerlei Mäßigung kennt.“²⁸

In Rastatt plädierte Hermann Weisbarth auf „nicht schuldig“ und berief sich auf die soldatische Ausführung eines Befehls von Bürgermeister Fichter. Außerdem machte er im Gegensatz zu seiner ersten Aussage 1945 geltend, dass im Schmiedener Rathaus noch ein „rechtmäßiges Standgericht“ stattgefunden habe, welches die Todesstrafe verhängt hätte. Das Tribunal kam jedoch zur Auffassung, „dass WEISSBARTH grundlos behauptet in Vollstreckung eines regelgerechten Urteils gehandelt zu haben“ und sprach „WEISSBARTH schuldig der Ermordung dreier französischer Kriegsgefangener“.²⁹ Aufgrund von Zeugenaussagen gestand ihm das Tribunal jedoch zu, „dass er auf Befehl gehandelt hat“ und kam zu dem Schluss, „dass unter Beruecksichtigung des Umstandes, dass dieser Befehl ungesetzlich ist, das Generaltribunal der Ansicht ist, dass dies einen mildern Umstand zugunsten des Genannten bedeutet“.³⁰

Dadurch – und letztlich wohl auch unter Berücksichtigung eines von einem Zeugen bestätigten „freiwilligen Parteiaustritts“ im Jahre 1932 – dürfte Hermann Weisbarth, der seither in einem Gefängnis in Paris einsaß, der drohenden Todesstrafe entgangen sein. Verurteilt wurde er „zu einer Strafe von LEBENSLAENGLICHER ZWANGSARBEIT, gerechnet ab 5. Mai 1945“.³¹

Die wahren Umstände des Parteiaustritts von Hermann Weisbarth indes blieben dem Tribunal damals unbekannt. Und diese lagen keineswegs in einer inneren Abwendung vom Nationalsozialismus begründet, denn der Austritt war alles andere als freiwillig. Aus Gemeinderatsakten der Stadt Waiblingen geht hervor, dass der ehrgeizige zweite Mann der Waiblinger NSDAP, Josef Huber, im Juni 1932 „den Gemeinderat in Kenntnis setzt, dass bei Hermann Weisbarth, Gemeinderat, Um-



Abb. 20: Hermann Weisbarth;
Foto: Staatsarchiv Ludwigsburg, B 97/12/34.

28 Staatsarchiv Ludwigsburg, F 210, Bü 553a, 2; vgl. zu Weisbarth auch: H. Schultheiß, Waiblingen in der Weimarer Republik 1918-1933, in: S. Lorenz (Hrsg.), Waiblingen ein Stadtgeschichte, Waiblingen 2003, S. 371-372.

29 Staatsarchiv Ludwigsburg (s. A 2).

30 Ebda.

31 Ebda.



Abb. 21: NSDAP-Ortsgruppe Waiblingen 1932:

vorne in der Mitte Hermann Weisbarth, li. zu seiner Rechten Josef Huber, der Weisbarth nach einem Abtreibungsvergehen im gleichen Jahr zum NSDAP-Parteiaustritt zwingt;
Foto: *Stadtarchiv Waiblingen*.

stände vorliegen, die seinen sofortigen Austritt aus der NSDAP notwendig machten. Die Vertretung der Partei durch Herrn Weisbarth ist dadurch hinfällig geworden“.³² Gleichzeitig unterrichtete das Waiblinger Amtsgericht den Bürgermeister, „dass gegen Schotterwerksbesitzer und Stadtrat Hermann Weisbarth ein Strafverfahren wegen versuchter Abtreibung (§ 218 StGB.) in Tateinheit mit einem Verbrechen im Sinne des § 226 StGB. (Körperverletzung mit Todesfolge) eingeleitet ist.“³³ Der verheiratete Weisbarth hatte versucht, eine von ihm verursachte Schwangerschaft eines jungen Mädchen zu vertuschen. Infolge seines eigenhändigen Abtreibungsversuchs war das Mädchen jedoch im Waiblinger Krankenhaus verstorben.³⁴

Im Januar 1950 reicht Hermann Weisbarth aus dem französischen Kriegsverbrechergefängnis Wittlich heraus bei der „Rechtsschutzstelle der Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände vom Roten Kreuz“ eine Bitte um Unterstützung ein. Von einem Reue-Empfinden, von dem er sich bei seiner ersten Vernehmung noch Nachsicht versprochen hatte, ist jetzt nicht mehr die Rede: „Ich werde wegen Erfüllung meiner

32 *Stadtarchiv Waiblingen*, 1202, Schreiben J. Huber an Bürgermeister Wendel vom 06.06.1932.

33 *Ebda.*, Schreiben Württ. Amtsgericht an Bürgermeisterei Waiblingen vom 07.06.1932.

34 Vgl. *H. Schultheiß* (s. A 28).

Pflicht als deutscher Soldat von den Franzosen im Gefängnis festgehalten [...]. Da ich mir keines Vergehens bewusst bin, denn ich habe weder jemand misshandelt, oder sonst etwas unsoldatisches getan, noch geduldet, erlaube ich mir, als ehemaliger Soldat der deutschen Wehrmacht, mich hilfeschend an Sie zu wenden“.³⁵ Damit versteckte sich Weisbarth hinter einem Befehlsnotstand. Eine Masche, durch die viele NS-Täter erfolgreich hindurchschlüpfen konnten – insbesondere im Zuge des heraufziehenden Kalten Krieges und der Neigung zu rechtspositivistischen Urteilen, bei denen der Aspekt „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zunehmend ausgeblendet wurde.³⁶

Am 30. April 1952 wird Hermann Weisbarth vom Hohen Kommissar der französischen Republik begnadigt und freigelassen. Das anschließende Verfahren der Zentralspruchkammer Württemberg-Baden kommt am 16. Mai 1952 zu folgendem Ergebnis: Weisbarth habe „lediglich einen Befehl Fichters ausgeführt“ und dazu „glaubhaft bekundet, dass ein Urteil eines Standgerichts vorlag, das den zum Tode Verurteilten vor ihrer Hinrichtung von Fichter verlesen wurde“. Den Nationalsozialismus habe er „nur unwesentlich unterstützt“, weshalb er lediglich als „Mitläufer“ einzustufen und das Verfahren „auf Kosten der Staatskasse“ einzustellen sei.³⁷

Hermann Weisbarth kehrte nach Hause zurück und lebte hier bis zu seinem Tod 1988. Einwohner von Oeffingen und Schmiden berichteten, wie schmerzlich es für sie war, ihm im Ort immer wieder zu begegnen.

Die sterblichen Überreste von René Billet, Marcel Couasnard und Albert Lafoy wurden laut Oeffinger Friedhofsregister am 24. Januar 1949 exhumiert, nach Frankreich überführt und in ihren Heimattorten beigesetzt.

60 Jahre nach der Tat, als im Jahre 2005 in Schmiden und Oeffingen sog. „Stolpersteine“ für die drei ermordeten Kriegsgefangenen vor ihren damaligen Wohn- und Arbeitstätten verlegt wurden, erinnert sich Walter Mehrle, dass Albert Lafoy – im Gegensatz zu seinen beiden Kameraden ohne engere familiäre Bindungen nach Frankreich – „erstmal in Deutschland bleiben wollte, weil es ihm hier so gut gefällt“ und „Oeffingen jetzt seine Heimat wäre“. Da habe sein Vater zu ihm gesagt: „Und falls du mal nach Frankreich willst, kannst du mein Auto haben“.³⁸

35 *Staatsarchiv Ludwigsburg* (s. A 28), 53, Schreiben von H. Weisbarth vom 03.01.1950.

36 Vgl. hierzu z.B. die großes Aufsehen erregenden Brettheim-Prozesse in den Jahren 1955, 1958 und 1960 bei H. Schultheiß, Nachkriegsprozesse, in: *Förderverein Erinnerungsstätte die Männer von Brettheim* (Hrsg.), *Die Männer von Brettheim*, Stuttgart 2020, S. 163-196.

37 *Staatsarchiv Ludwigsburg* (s. A 2), Beschluss der Zentral-Spruchkammer Württemberg-Baden vom 16. Mai 1952.

38 Interview H. Schultheiß mit W. Mehrle; vgl. hierzu auch den Bericht von P. Schwarz, „Der Tod der Kriegsgefangenen“, in: *Waiblinger Kreiszeitung*, 05.03.2005, sowie: „Die Befehlskette“, in *ebda*, 05.03.2005.

AUTORINNEN / AUTOREN

Prof. Dr.-Ing. Uwe Altrock

Studium der Mathematik und Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin, danach Tätigkeiten in verschiedenen Planungsbüros und wiss. Mitarbeiter an der TU Berlin; seit 2006 Professor für Stadtumbau und Stadterneuerung an der Universität Kassel.

Dr. Fabian Beran

seit 2011 wiss. Mitarbeiter am Geographischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin; 2019 Humboldt-Preis für die Dissertation „Verdrängung der Wohnbevölkerung auf angespannten Wohnungsmärkten am Beispiel Berlin“.

Prof. Dr. Harald Bodenschatz

Stadtplaner und Sozialwissenschaftler; 1967-1972 Studium, 1978 Promotion, 1986 Habilitation. 1995-2011 Universitätsprofessor für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin. Heute ass. Professor am CMS der TU Berlin und Mitglied des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und der Planung in Weimar; Mitherausgeber von Forum Stadt.

Dr. Robert Kaltenbrunner

Architekt und Stadtplaner; seit 2000 Leiter der Abteilung „Bauen, Wohnen, Architektur“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung in Bonn und Berlin; Mitglied des Wiss. Kuratoriums von Forum Stadt.

Dr. habil. Tamáska Máté

Architektursoziologe; Professor an der Katholischen Apor Vilmos Hochschule in Vác (Ungarn), Mitarbeiter im Ungarischen Nationalarchiv (Magyar Nemzeti Levéltár) und Projektmitarbeiter an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (Bolyai Ösztöndíj Program 2018-2021).

Prof. Dr. Henning Nuissl

Studium der Fächer Städtebau/Stadtplanung, Soziologie, Geographie, Politische Wissenschaft und Geschichte in Hamburg und Heidelberg; seit 2010 Professor für Angewandte Geographie und Raumplanung am Geographischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin.

Dr. Magdalena Saiger

Studium der Geschichte und Germanistik in Berlin und Madrid; 2020 Dissertation an der Universität Hamburg über die Alte Belgrader Messe. Verknüpfung raumsoziologischer und ethnographischer Ansätze mit den Fragestellungen der Geschichtswissenschaft und memory studies.

Piero Sassi

Stadtforscher; seit 2013 wiss. Mitarbeiter an der Professur Raumplanung und Raumforschung der Bauhaus-Universität Weimar und Koordinator des Netzwerks UEDXX (Urbanism of European Dictatorships during the XXth Century).

Hans Schultheiß

Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Freiburg; 1987-1992 wiss. Angestellter am Historischen Institut der Universität Stuttgart, 1992-1994 bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg; 1994-2019 Stadthistoriker in Waiblingen; Chefredakteur von Forum Stadt.

Prof. Dr. Max Welch Guerra

Politologin und Stadtplanerin; seit 2003 Professorin für Raumplanung und Raumforschung an der Fakultät Architektur und Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar; seit 2013 Direktorin des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung.

50 Jahre Städtebauförderung und die Zukunft der Innenstädte im Zeichen der Pandemie

Die Corona-Pandemie bedroht im Frühjahr 2021 Europa und gerade auch Deutschland nach wie vor in erheblichem Maße. Neben den enormen gesundheitlichen Auswirkungen ist in den Medien immer wieder auch von den spürbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen die Rede. Im Fokus stehen dabei nicht zuletzt die Stadtzentren, deren vielfältige Funktionen für das städtische Leben in hohem Maß gefährdet sind. Die Ungewissheit, die sich mit ihrer Zukunft verbindet, steht ironischerweise in einem scharfen Kontrast mit dem 50-jährigen Jubiläum der Bund-Länder-Städtebauförderung, das dieses Jahr begangen wird. Muss davon ausgegangen werden, dass die Folgen der Pandemie alles das in Frage stellen wird, was über die letzten Jahrzehnte an Stabilisierung und Revitalisierung von Innenstädten erreicht worden ist? Oder könnte gerade in der Städtebauförderung ein wesentlicher Ansatz zur Überwindung der Pandemiefolgen liegen? Damit beschäftigt sich der folgende Beitrag ausgehend von der aktuellen fachöffentlichen und medialen Diskussion.

1. Die Pandemie und ihre Folgen für die Stadtentwicklung

Die Lage ist ernst: Auch wenn nach wie vor unklar ist, wie schnell sich die Wirtschaft nach einem möglichen Abflauen der Pandemie erholen wird, so gehören doch in den Städten Einzelhandel, Gastronomie und Kultur zu den Hauptbetroffenen. Selbst wenn ein nachgeholter Konsum in einigen Monaten zu einem erfreulichen wirtschaftlichen Schub führen könnte, kommt zum Niedergang der schon vor

der Pandemie schwächelnden Unternehmen wie dem Karstadt-Kaufhof-Warenhauskonzern inzwischen die Bedrohung vieler Tausender von Läden, Restaurants und kultureller Einrichtungen.¹ Wie viele Kultureinrichtungen oder Einzelhändler die derzeitige Krise mit den Überbrückungshilfen der Regierung überhaupt überleben werden, ist ebenso offen wie die Frage, was dies etwa für die Immobilienpreise und damit für viele nachgelagerte Entwicklungstrends bedeuten könnte.

Betrachtet man die bereits absehbaren Folgen der Pandemie für die Kommunen, zeichnet sich eine Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit durch bereits verzeichnete und noch zu erwartende Einnahmeausfälle ab.² Umfassende Konjunkturprogramme des Bundes aus dem Jahr 2020 haben durchaus relevante Effekte für die Kommunen entfaltet, indem sie deren Finanzausstattung verbessert, die kommunale Investitionsfähigkeit bis zu einem gewissen Grad gestützt und zur Rettung von Unternehmen beigetragen haben.³

- 1 Deutsche Presse-Agentur vom 19. März 2021: Handel warnt vor Verlust von bis zu 120.000 Geschäften. Download von www.sueddeutsche.de/wirtschaft/einzelhandel-handel-warnt-vor-verlust-von-bis-zu-120-000-geschaeften-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210319-99-886572 (27.03.2021).
- 2 A. Bunzel/C. Kühl, Stadtentwicklung in Coronazeiten – eine Standortbestimmung. Difu-Sonderveröffentlichung, Berlin 2020, S. 11.
- 3 A. Bunzel/C. Kühl, Stadtentwicklung in Coronazeiten – eine Standortbestimmung. Difu-Sonderveröffentlichung, Berlin 2020, S. 13-15.

Inwieweit die Städte vor diesem Hintergrund aber in der Lage sein werden, die Folgen der Pandemie abzufedern, steht keineswegs fest, zumal sich die weitergehenden Folgen für das Leben in den Städten erst allmählich abzeichnen. So ist beispielsweise derzeit trotz der erheblichen Einkommenseinbußen in vielen Bereichen der Gesellschaft weder absehbar, dass sich die Nachfrage nach dem Leben in größeren Städten abschwächen noch dass sich daraus eine Entspannung der Lage auf den dortigen Wohnungsmärkten ergeben würde. Allerdings zeichnet sich angesichts der Auswirkungen auf die Einzelhandelsstandorte bereits mancherorts ein Nachgeben der Immobilienpreise in Spitzenlagen ab,⁴ und angesichts der Beliebtheit von Homeoffice-Lösungen sowohl bei Beschäftigten als auch Arbeitgebern, die ihre Kosten für die Anmietung von Büroflächen reduzieren wollen, könnte die Nachfrage nach letzteren in zentralen Lagen in Zukunft deutlich sinken.

Es gibt allerdings auch andere Stimmen: So wurden bereits zu Beginn der Pandemie vom Wuppertal-Institut Chancen für eine beschleunigte Umsetzung von Transformationsherausforderungen der Städte gesehen. Das unmittelbare Lebensumfeld, lokale Wirtschaftskreisläufe, multifunktionale Innenstädte, eine Stärkung der öffentlichen Hand und insbesondere der kommunalen Ebene, Nachhaltigkeit nicht nur im Mobilitätssektor und Kreativität seien in Verbindung mit dem zu erwartenden Digitalisierungsschub nicht nur erforderlich, sondern auch zu erwarten: „Zukunftsfähige Städte müssen und werden künftig ‚näher‘, ‚öffentlicher‘ und ‚agiler‘ sein“.⁵ Diese These geht davon aus, dass die Herausforderungen für die Städte etwa durch den Klimawandel oder die Wohnungsmarktdruckspannung in Ballungsräumen

mittelfristig erhalten bleiben,⁶ aber eine Chance dafür besteht, die Erfahrungen der Menschen im Alltag der Pandemie für eine Stärkung transformativer Kräfte zu nutzen – augenscheinlich verkörpert im Bild des „Pop-Up-Radwegs“, das deutlich zu machen scheint, wie schnell, weitreichend und unkompliziert Veränderungen in scheinbar unverrückbaren städtischen Lebensweisen möglich geworden sind.

2. Die Verschiebung der öffentlichen Aufmerksamkeit für Innenstädte

Unbestritten dürfte eine nachhaltige Schwächung der Lebensfähigkeit der Innenstädte sein. Hier, wo das gesellschaftliche Zusammenleben – neben bedeutenden Sportstätten – vielleicht seinen sichtbarsten räumlichen Ausdruck findet, treffen geradezu im Brennglas die negativen Auswirkungen der Pandemie zusammen. Allenthalben wird in diesem Zusammenhang so etwas wie das Ende des traditionellen Einzelhandels beschworen, beschleunigt durch die aktuelle Warenhauskrise und den weiteren Aufstieg des Online-Handels.

Inzwischen hat das Thema eine so große politische Bedeutung, dass – neben dem breit angelegten Schnellschuss der Scholzschon „Bazooka“ – selbst das Bundeswirtschaftsministerium auch gezielte Überlegungen zu standortbezogenen Hilfsprogrammen anstellt. Dies ist ungewöhnlich: In Reformüberlegungen der letzten Jahre wurde zwar eine gewisse Verwandtschaft zwischen dem Feld der Wirtschaftsförderung und dem der Städtebauförderung erkannt, aber eine engere Verknüpfung schon aus systematischen Gründen nicht ernstlich erwogen. Seit den mit der Föderalismusreform und der Infragestellung von Modellvorhaben in der Sozialen Stadt durch die FDP Anfang der 2010er Jahre erfolgten Klarstellungen erschien die Förderfähigkeit nicht-investiver Maßnahmen wenigstens im Rahmen der Städtebauförderung ausgeschlos-

4 P. Kirchhoff, Die Spitzenmieten an der Zeil sinken, in: faz.net, vgl. www.faz.net/aktuell/rhein-main/wirtschaft/corona-mieten-an-der-zeil-sinken-17170464.html [27.03.2021].

5 U. Schneidewind/C. Baedeker/A. Bierwirth u.a., „Näher“ – „Öffentlicher“ – „Agiler“. Eckpfeiler einer resilienten „Post-Corona-Stadt“. Diskussionspapier des Wuppertal-Instituts vom April 2020.

6 Vgl. A. Bunzel/C. Kühl, Stadtentwicklung in Coronazeiten – eine Standortbestimmung, Difusion Sonderveröffentlichung, Berlin 2020, S. 16 ff.

sen, während die Wirtschaftsförderung grundsätzlich weniger quartiersbezogene Maßnahmen im Blick hat.

Zwar sind die derzeitigen Überlegungen des Wirtschaftsministeriums nicht auf eine alleinige Förderung des Einzelhandels, der Gastronomie und des Beherbergungsgewerbes beschränkt, doch setzen sie einen klaren Schwerpunkt auf die Krisenreaktion in Zeiten befürchteter Insolvenzen in diesen Branchen. Interessant ist dabei die zeitliche Einordnung der entsprechenden Debatten: So spielte das Ministerium in der jüngeren Vergangenheit bereits einmal eine ähnliche Rolle bei Überlegungen zu Perspektiven des Einzelhandels im Rahmen der Stadtentwicklung – allerdings in der vergangenen Legislaturperiode unter der SPD-Ministerin Zypries.⁷ Von ihrem CDU-Nachfolger Altmaier waren bis weit in die laufende Amtsperiode hinein kaum Folgeaktivitäten zu verzeichnen; eine Ausnahme bildete die Gründung des „Kompetenzzentrums Handel“ zur Unterstützung von Digitalisierungsbemühungen im stationären Einzelhandel 2019.

In der Corona-Krise wurde sodann mit einem öffentlichkeitswirksamen Hackathon versucht, den stationären Einzelhandel bei der Entwicklung alternativer Möglichkeiten der digitalen Vermarktung zu unterstützen,⁸ während schließlich die sich zusehends verdüsternden Aussichten für die genannten Branchen in der zweiten Welle Ende 2020 ein zwar verbal beherztes, aber bislang inhaltlich noch wenig ausbuchstabiertes Bekenntnis zur breiten Unterstützung des Standorts Innenstadt mit ähnlich gelagerten Aktivitäten auslösten.⁹

7 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.), Perspektiven für eine lebendige Stadt. Abschlussbericht der Workshop-Reihe „Perspektiven für eine lebendige Stadt“ der Dialogplattform Einzelhandel, 2017.

8 U. Schneidewind u.a. (s. A 5).

9 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Altmaier: „Innenstädte sollen wieder Lieblingsplätze werden“. Pressemitteilung vom 20.10.2020 anlässlich des „Runden Tisches zum Thema „Ladensterben verhindern – Innenstädte beleben“, vgl. www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/10/20201020-altmaier-innenstaedte-sollen-wieder-liebingsplaetze-werden.html [28. 03.2021].

Mit dieser (erneuten) Fokussierung der politischen Debatte über die Zukunft der Innenstädte auf den Einzelhandel geht eine Zuspitzung der medialen Wahrnehmung in der Krise einher. In ihrem Windschatten erlangt die Berichterstattung über die Zukunft der Innenstädte eine gewisse Bedeutung. Noch zu stark gefangen scheinen die politischen Entscheidungsträger allerdings von der vertrackten Lage mitten im Teil-Lockdown und verunsichert ob der Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer künftigen Revitalisierung der Zentren, die am stärksten von der aktuellen Krise getroffen werden, als dass sich bereits eine nachhaltige Veränderung der Stoßrichtung in der Diskussion über die Entwicklung von Innenstädten erkennen ließe. Dies überrascht insofern, als vielfältige Praxiserfahrungen mit der Revitalisierung von Innenstädten vorliegen,¹⁰ macht aber wohl auch deutlich, als wie fragil die erreichten Resultate angesichts der umfassenden Bedrohung angesehen werden.¹¹

Gelegentlich erkennbare weiterführende Perspektiven¹² setzen sich mit den zu erwartenden Strukturveränderungen in den Innenstädten auseinander. Dabei wird auf die immobilienwirtschaftlichen Hintergründe der zu erwartenden Entwicklungen hingewiesen und deutlich

10 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), Nutzungsmischung und die Bewältigung von Nutzungskonflikten in Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren – Chancen und Hemmnisse; BBSR-Online-Publikation Nr. 23/2017; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), Zehn Jahre Aktive Stadt- und Ortsteilzentren – Vierter Statusbericht zum Zentrenprogramm der Städtebauförderung, Berlin 2018.

11 Vgl. auch schon A. Bunzel/C. Kühl (s. A 6).

12 Vgl. „Innenstädte vor gewaltigem Umbruch“. Interview von Carina Braun mit Thomas Krüger, vgl. www.tagesschau.de/wirtschaft/innenstaedte-corona-101.html [28.03.2021], ähnlich auch S. Die-mand, Einzelhandel im Krisenmodus, vgl. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/innenstadt-an-handelszentrum-trotz-corona-nicht-verloren-16870347.html [28.03.2021] bzw. J. Sternberg, Die Krise und die Innenstädte: „Corona ist ein Brandbeschleuniger“, Interview mit Nils-Busch Pedersen vom 20.10.2020, vgl. www.rnd.de/politik/innenstaedte-sterben-aus-corona-ist-ein-brandbeschleuniger-15W51M2W5VBKVE62JXMI1076A.html [28.03.2021].

gemacht, dass Innenstädte darauf angewiesen sein werden, ihre Attraktivität mittelfristig durch differenzierte Mischnutzungskonzepte und eine kleinteilige funktionale Anreicherung aufrecht zu erhalten. Eine Perspektive für die Rückkehr zum Status Quo ante wird angesichts der massiven Umwälzungen im Einzelhandelssektor nicht gesehen. Die aktuelle Krise beschleunigt den ohnehin beobachtbaren Aufstieg des Online-Handels zu Lasten des stationären Einzelhandels noch. Neue Möglichkeiten könnten sich aus einer kooperativen Entwicklung von Innenstädten ergeben, bei der der Steuerungswille der Kommunen zur Stärkung der Nutzungsvielfalt eine wichtige Rolle spielt.¹³ Das Ziel, sie durch ihr einzigartiges Angebot sowie als Ort vielfältiger Begegnungen zu profilieren, sei dabei aber nur über eine Differenzierung der Gewerbemieten zur Sicherung von Vielfalt zu erreichen.¹⁴

Erste Hinweise auf Reaktionen auf die Krise aus dem Unternehmenssektor zeichnen sich ebenfalls ab. Impulse könnten sich im Einzelhandel beispielsweise aus dem verstärkten Aufbau spezifischer Online-Angebote von Fachgeschäften, Erlebnis-Shopping, markenübergreifenden Showroom-Konzepten, hybriden Konzepten zwischen Einzelhandel, Dienstleistungen und Gastronomie, kurzfristig angelegten Anmietungen von Ladenflächen für Pop-Up-Stores und/oder gänzlich neuen Betriebsformen im Einzelhandel ergeben.¹⁵ Erforderlich ist dabei ein Eingehen auf die Bedürfnisse jüngerer Konsumenten, für die bereits vor der Pandemie der Standort Innenstadt an Attraktivität verloren hatte.¹⁶ In der Gastronomie setzen einzelne Un-

ternehmen beispielsweise auf den Ausbau von Lieferkonzepten.¹⁷ Darüber hinaus experimentieren Entwickler mit stärker kleinteiligen und funktional durchmischten Quartierslösungen anstelle von großflächigen Einkaufszentren.¹⁸

Die bisherigen Bemühungen um einen angemessenen Umgang mit der Pandemie sind also vielschichtig und weisen in unterschiedliche Richtungen. In ihnen spiegeln sich unterschiedliche fachliche Einschätzungen, mediale Aufarbeitungen und politische Positionen. Während in den pandemiebedingten gesellschaftlichen Veränderungen fachlich einerseits die Hoffnung auf eine Stärkung transformativer Kräfte in der Stadtentwicklung gesehen wird, äußern andere Fachleute Befürchtungen, dass die kurz- bis mittelfristigen negativen Folgen für die Innenstädte zu einer irreversiblen Schwächung ihrer Zentrumsfunktionen führen könnten. Ähnlich stehen in vielen Medien naheliegenderweise akute Hiobsbotschaften und Meldungen zur drohenden Insolvenz von Händlern und Dienstleistern im Mittelpunkt, während einige wenige Berichte vielversprechende Hoffnungszeichen inmitten der schwierigen Gesamtlage herauszuarbeiten versuchen. Wirtschaftspolitische Zugänge setzen eher darauf, Einzelhändler für den Wettbewerb in Zeiten der Digitalisierung „fit“ zu machen, während darüber hinaus Managementansätze zur Vermarktung des Standorts Innenstadt und zu deren integrierten Entwicklung gestärkt werden.

3. Revitalisierung von Innenstädten – Erfahrungen mit der Städtebauförderung

Bereits seit vielen Jahren hat die Bund-Länder-Städtebauförderung sich intensiv mit den Möglichkeiten einer integrierten Innenstadter-

13 Deutsche Presse-Agentur vom 03.02.2021, Stadtplaner: Pandemie auch Chance zum Gestalten für Kommunen, vgl. www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-kaiserslautern-stadtplaner-pandemie-auch-chance-zum-gestalten-fuer-kommunen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210203-99-278613 [28.03.2021].

14 „Innenstädte vor gewaltigem Umbruch“ (s. A 10).

15 Vgl. etwa H. Grabbe/M. Nejezchleba/M. Widmann, Urlaub machen im Warenhaus, in: ZEIT-Spezial zum Thema „Was wird aus der Stadt?“, DIE ZEIT Nr. 1/2021 vom 30.12.2020.

16 Deutsche Presse-Agentur (s. A 13).

17 Z. Wood/J. Kollwe, Greggs plans 100 new shops despite Covid driving it to first loss since 1984, in: The Guardian vom 16.03.2021, vgl. www.theguardian.com/business/2021/mar/16/greggs-new-shops-covid-loss-jobs-sales?utm_term=.8ef31249683019fa86e2da393a2f7118&utm_campaign=GuardianTodayUK&utm_source=esp&utm_medium=Email&CMP=GTUK_email (18.03.2021).

18 H. Grabbe/M. Nejezchleba/M. Widmann (s. A 15).

neuerung auseinandergesetzt, die weit über die Rettung von Einkaufsstraßen hinausgeht und auf der künftige Ansätze aufbauen können. So befasste sich das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz nach der deutschen Wiedervereinigung intensiv mit einer Förderung ostdeutscher historischer Altstadtkerne, und auch die Programme Stadttumbau Ost und West unterstützten ab den frühen 2000er Jahren neben einer größeren Umstrukturierung von peripheren Wohnquartieren und leerstehenden Fabrikgebäuden komplementär historische Altstadtquartiere. Das Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren Ende der 2000er Jahre wurde zwar vor dem Hintergrund auch damals schon notleidender Warenhäuser und Geschäftszentren aufgelegt, doch zielte es mit seinem breiten Spektrum an Handlungsfeldern und Instrumenten von Anfang an darauf ab, Zentren als multifunktionale Stadtquartiere und deren Revitalisierung als eine komplexe Aufgabe unter Einbeziehung vielfältiger sozialer und ökonomischer Anforderungen zu begreifen. Neben die traditionelle bauliche Aufwertung von Straßen und Plätzen unter Berücksichtigung aktueller Mobilitätskonzepte traten auch Management- und Kooperationsansätze unter Einbeziehung der örtlichen Geschäftsleute, und die Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden wurde im Zuge der Förderung von Stadtbaukultur explizit auf stadtbildprägende Schlüsselgebäude ausgerichtet. Dazu kam die Förderung von Funktionsvielfalt und Versorgungssicherheit unter Einbeziehung sämtlicher relevanter Nutzungen in Zentren.

Neben dem komplexen Zusammenspiel von Einzelhandel, Verwaltung, Kultur und Gastronomie wurde die Aufmerksamkeit dabei insbesondere auf das Wohnen gelenkt. In stark tertiarisierten Zentren war es zuvor lange Zeit eher auf dem Rückzug gewesen, drängt im Zuge der gesellschaftlichen Reurbanisierungstrends allerdings seit einigen Jahren wieder verstärkt in die Innenstädte. Während eine intensiviertere Wohnnutzung häufig dazu beitragen kann, einer Verödung von Innenstädten vor allem außerhalb der Geschäftszeiten entgegenzuwirken, stoßen Stadterneuerungsmaßnahmen allerdings

dort an Grenzen, wo sehr kleinteilige Eigentumsstrukturen und wenig marktgängige bauliche Substanz mit hohem Sanierungsaufwand – teilweise wegen deren Denkmalwert – zusammentreffen. Dies gilt in stagnierenden oder gar schrumpfenden Klein- und Mittelstädten mit einem relativ hohen Anteil an Problemimmobilien, anhaltend hohen Leerstandsquoten im Altbau, Versorgungslücken in der Nahversorgung und einer geringen Nachfrage an Liebhabern, die sich für Fachwerkhäuser oder über Jahrhunderte überformte Wohn- und Geschäftshäuser in Innenstadtlagen interessieren. Ihnen ist es teilweise auch mit beträchtlicher Förderung trotz einer (wieder) gestiegenen Einwohnerzahl in der historischen Altstadt nur eingeschränkt gelungen, ihre hochrangigen historischen Altstadtkerne umfassend zu sanieren.

Wenngleich sich die genannten Ansätze der Städtebauförderung wohl am umfassendsten mit einer Stabilisierung und Revitalisierung von Innenstädten bis hin zur Unterstützung von Instrumenten des Zentrenmanagements auseinandergesetzt haben, wurden sie in der Vergangenheit von einer Reihe weiterer öffentlicher Förderansätze begleitet. Diese haben beispielsweise im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) etwa versucht, über „Weißbücher“ zur Entwicklung der Innenstädte eine umfassende Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure zu organisieren oder kleine Städte und Gemeinden und ihre Zentren über eine „Kleinstadtakademie“ zu fördern.

Insofern steht für die Bewältigung der Pandemiefolgen eine ganze Reihe von bewährten und vielfach erfolgreichen Instrumenten im Umfeld der Städtebauförderung zur Verfügung, die allerdings in zweierlei Hinsicht traditionell an Grenzen gestoßen sind: erstens dahingehend, dass sie die Zentren von Städten in einer wirtschaftlich schwierigen Lage nur eingeschränkt stabilisieren und einen allmählichen Niedergang kleinerer Stadtzentren im Strukturwandel nicht verhindern konnten sowie zweitens, dass sie sich stark auf baulich-räumliche Aufwertungsmaßnahmen beschränkt und weitergehende Management- und Wirtschaftsförderansätze in der marktwirtschaftlich verfassten Ökonomie nur

eine eher untergeordnete Rolle gespielt haben. Nichtsdestoweniger lohnt sich ein Blick darauf, welchen Beitrag sie auch in Zukunft im Rahmen der Bewältigung der Pandemiefolgen leisten könnten. Dabei müssen sich die folgenden Ausführungen aus Platzgründen auf wenige ausgewählte Hinweise beschränken.

4. Stadterneuerung und darüber hinaus – Welche Perspektiven bietet öffentliche Förderung?

Funktionale Mischung in den Zentren

Spätestens seit den größeren Konversionsprojekten der 1990er Jahre spielt die Stärkung einer funktionalen Mischung unter Einbeziehung eine größere Rolle in der Quartiersentwicklung. Zahlreiche innovative Mischnutzungskonzepte wurden in Quartieren wie dem Tübinger Französischen Viertel, der Kasseler Marbachshöhe, dem Trierer Petrisberg, dem Schwabacher O'Brien-Viertel und vielen anderen mehr entwickelt. In den innerstädtischen Zentren stellt sich die Lage allerdings in der Regel ganz anders dar als in der Quartiersentwicklung allgemein. Während großstädtische Geschäftszentren von Büro- und Einzelhandelsnutzungen dominiert werden, spielt das Wohnen traditionell in Zentren kleinerer Städte nach wie vor eine große Rolle, wo sich der Einzelhandel inzwischen maßgeblich auf wenige Hauptgeschäftsstraßen oder Fußgängerzonen konzentriert. Eine nachhaltige Entwicklung funktionaler gemischter Strukturen lässt sich dabei nicht einfach an einzelnen Projekten, sondern leichter durch eine Entwicklung komplementärer Bausteine erreichen, für die ein langer Atem erforderlich ist. Gerade hierfür eignen sich die Rahmenbedingungen der Städtebauförderung mit ihren mittelfristigen Zeithorizonten sehr gut.¹⁹ Gleiches gilt im Grundsatz für die Sta-

bilisierung und Stärkung der Wohnnutzung, die auf eine Aktivierung untergenutzter Bestandsgebäude durch Erneuerung oder kleinere ergänzende Neubauprojekte auf Konversionsflächen setzt.²⁰

Umnutzung und Wiederbelebung leerstehender Schlüsselgebäude

Kreative Umnutzungen und Revitalisierungsprojekte werden in Innenstädten seit Jahren realisiert. Längst beschränkt sich das Spektrum der Umnutzungen nicht mehr auf ehemalige Speichergebäude, die in historischen Altstädten in der Stadterneuerung seit jeher im Mittelpunkt standen, und größere brach gefallene Fabrikgebäude, Infrastrukturanlagen oder militärische Einrichtungen, die insbesondere seit den städtischen Transformationen vor allem ab den 1990er Jahren zum Gegenstand wurden. Inzwischen gibt es viele Beispiele der Umnutzung und Aufwertung kleinerer leerstehender Wohn- und Geschäftshäuser sowie Infrastruktur-, Verwaltungs- und Kirchengebäude. Zur Nutzungsvielfalt der Zentren tragen sie sehr häufig mit bedeutenden kulturellen Einrichtungen bei. Wie im Einzelhandel kommt es dabei zu einer multifunktionalen Umdeutung und Neubelebung. Ein gutes Beispiel sind Bibliotheken: Sie werden Teil komplexer multifunktional genutzter Gebäude und fungieren teilweise als Jugend-, Kultur- und Bildungszentren wie im Fall der Umnutzung und Erweiterung des Bahnhofsgebäudes von Luckenwalde, dem Neubau des Heinrich-von-Kleist-Forums mit privater Fachhochschule, Volkshochschule und Stadtbücherei nach Abriss des Horten-Warenhauses in Hamm, der Umnutzung eines traditionellen Kaufhauses am Marktplatz von Siegen zum Krönchen-Center mit Einzelhandel und Bibliothek oder der Wiedernutzung des historischen Marstalls von Zittau durch Läden und die Stadtbücherei. Sie tragen zur Wiederbelebung wichtiger zentra-

19 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), Nutzungsmischung und die Bewältigung von Nutzungskonflikten in Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren – Chancen und Hemmnisse, BBSR-Online-Publikation Nr. 23/2017.

20 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), Zehn Jahre Aktive Stadt- und Ortsteilzentren – Viertel Statusbericht zum Zentrenprogramm der Städtebauförderung, Berlin 2018.

ler Orte bei wie im Fall des Umbaus der Jakobikirche von Mühlhausen zur Stadtbücherei oder der Revitalisierung des Ortskerns von Magdeburg-Salbke mithilfe einer von den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst aufgebauten kleinen Bibliothek.

Darüber hinaus gibt es auch immer wieder öffentliche Gebäude, die aus der Nutzung fallen, beispielsweise durch eine Neuorganisation von Verwaltungseinrichtungen. Hier haben Städte wie Wolfhagen gezeigt, dass durch eine Umnutzung solcher Gebäude die Gelegenheit besteht, attraktive ergänzende Wohnangebote in einem Umfeld zu schaffen, das von schwer zu modernisierenden kleinen historischen Gebäuden geprägt ist, die sich etwa für besondere Wohnformen wie etwa Seniorenwohnen mit erhöhtem Pflegebedarf nur begrenzt eignen. Auch eine Umnutzung größerer historischer Wohn- und Geschäftshäuser wie in Güstrow erlaubt unter Einbeziehung karitativer Träger die Ansiedlung von ähnlichen Sonderwohnformen.

Von besonderer Bedeutung in Zeiten der aktuellen Krise dürfte der inzwischen sehr reiche Erfahrungsschatz mit der Umnutzung und dem Umbau von Warenhäusern sein.²¹ Schon deutlich vor der Insolvenz des Galeria-Kaufhof-Karstadt-Konzerns war das Thema immer wieder ins Blickfeld der Zentrenerneuerung geraten, beispielsweise im Zusammenhang mit der Aufgabe ehemaliger Horten- und Hertie-Filialen oder auch von Warenhäusern kleiner regional operierender Unternehmen. Wenn man auf die ehemaligen Hertie-Filialen in Berlin-Moabit, Berlin-Neukölln, Gelsenkirchen-Buer, Detmold oder Lünen, das Krönchen-Center in Siegen oder die ehemalige Horten-Filiale in Neuss sieht,

kann man erkennen, mit wie vielen Ideen für eine multifunktionale Wiederbelebung – etwa durch einen interessanten Mix aus Einzelhandel, Dienstleistungen, öffentlichen Verwaltungsdienststellen und kulturellen Einrichtungen – es vielerorts immer wieder gelungen ist, mit dem Umbruch im stationären Einzelhandel umzugehen. Dabei sind häufig relativ kleinteilige Mischnutzungskonzepte für Einzelhandel, Freiberufler und Dienstleistungen wie etwa Fitness-Center realisiert worden, die mehrgeschossige Großimmobilien flexibler nachnutzen konnten als modifizierte Warenhauskonzepte. In anderen Fällen gelang es, in den Obergeschossen in größerem Umfang Wohnungen unterzubringen. In Einzelfällen wurde das gesamte Gebäude in ein Kulturzentrum umgewandelt.

Öffentlicher Raum, Begegnungsorte und Freiflächenentwicklung

Die Aufwertung öffentlicher Gebäude, Straßen und Plätze ist traditionell eine der Kernaufgaben der Städtebauförderung, für die große Anteile öffentlicher Mittel verausgabt werden. Neben einer Erneuerung im Sinne der städtebaulichen Denkmalpflege steht die Erhöhung der Aufenthaltsqualität und die verträgliche Organisation des fließenden und des ruhenden Verkehrs im Mittelpunkt. Selten gelingt es dabei aber einfach aufgrund der begrenzten Flächenverfügbarkeit in größerem Umfang Grünflächen neu zu schaffen oder aufzuwerten, die für die Attraktivität des Wohnens in Innenstädten sowie die klimatischen Rahmenbedingungen von immer größerer Bedeutung sind. Mitunter wurden historische Plätze in Erinnerung an ihr mittelalterliches Erscheinungsbild mit einem „steinernen“ Gepräge erneuert, selbst wenn seitens der Bürgerschaft eine stärkere Bepflanzung gewünscht wurde. Auch in Blockinnenbereichen werden die Möglichkeiten einer Neuordnung zur Schaffung neuer halbprivater Freiflächen aufgrund des häufig sehr zersplitterten Parzelleneigentums nur selten genutzt. Wenngleich also die Aufwertung von öffentlichen Räumen und privaten Hofbereichen sicher einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Attraktivität von Innenstäd-

21 *Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie*, Studie zur Nachnutzung von Warenhäusern und großflächigen Einzelhandelsimmobilien, vgl. www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/Publikationen/2018/2018-08-02_Studie_zur_Nachnutzung_von_Warenhausern-2018.pdf [27.03.2021], R. Junker/N. Pöppelmann/H. Pump-Uhlmann, Neueröffnung nach Umbau, vgl. https://baukultur.nrw/site/assets/files/2189/stadtbaukultur_neueroeffnung_nach_umbau.pdf [27.03.2021].

ten leisten konnte, wird es in Zukunft zur Stärkung der Wohnfunktion noch mehr darum gehen müssen, Möglichkeiten zur Schaffung von attraktiven Begegnungsorten und Grünräumen zu nutzen.

Innenstädte und neue Mobilitätskonzepte

Die Corona-Pandemie hat angesichts der Angst vor Ansteckung im ÖPNV der Debatte über die Verkehrswende einen Schub gegeben. Dies ist insofern paradox, weil derzeit auch verstärkt zum Pkw als ansteckungsfreiem Verkehrsmittel gegriffen wird. Offenbar kann bislang aber gerade in größeren Städten vor allem das Fahrradfahren von der Pandemie profitieren. Ob der derzeit vielfach thematisierte Boom etwa von Pop-Up-Radwegen mittelfristig anhalten und damit den Trend zum Fahrradfahren stärken wird, kann noch nicht wirklich seriös eingeschätzt werden. Die Sondersituation zeigt aber ohne Zweifel, dass das Fahrrad einen breiteren Einsatzbereich hat, als ihm das bislang zugetraut wurde. E-Bikes und Klimawandel haben eine entsprechende Entwicklung ohnehin in den letzten Jahren vorangetrieben, so dass in vielen Städten derzeit ein spürbarer Ausbau der Fahrradinfrastruktur zu verzeichnen ist.

Erst im Zusammenspiel mit umfassenden Konzepten zu einem verkehrlichen Umbau der Innenstädte wird sich jedoch eine nachhaltige Veränderung des Verkehrsverhaltens ergeben. Die notwendigen kommunalpolitischen Anstrengungen sind nicht zu unterschätzen, denn sie erfordern erhebliche Investitionen und stoßen immer noch auf teils erbitterten Widerstand – gerade was den ruhenden Verkehr in Zentren anbetrifft. Interessanterweise trägt die Städtebauförderung schon seit Jahren intensiv zu einer Veränderung des Verhältnisses von Autos, Fahrrädern, Fußgängern und ÖPNV in Zentren bei, wengleich die hierzu bestehenden Möglichkeiten nicht in jeder Stadt gleichermaßen gegeben sind. Niedergeschlagen hat sich dies beispielsweise in innovativen Konzepten für verkehrsberuhigte Innenstadtbereiche in Bad Wildungen, Bad Driburg, Kassel, Mindelheim oder Bamberg sowie Verbesserungen der ÖPNV-Organisation in Augsburg und Neuwied, um nur einige

zu nennen. Häufig greifen diese Konzepte auf Mischverkehrskonzepte bzw. Flächenneuaufteilungen von Straßen zurück, die zu Lasten der Fläche für den Pkw-Verkehr gehen und so einerseits eine deutliche Geschwindigkeitsreduzierung und andererseits eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität nach sich ziehen. Im Zusammenspiel mit integrierten Konzepten für Zentren stellen sie einen wichtigen Baustein dar, der die Attraktivität öffentlicher Räume verbessert. Im Gegensatz zu den früher propagierten Fußgängerzonen haben sie u.a. den Vorteil, dass die Zentren für den Pkw im Grundsatz erreichbar bleiben.

5. Perspektiven einer Neuausrichtung der Förderung?

Wie der Blick auf einige zentrale Handlungsfelder der Innenstadterneuerung deutlich gemacht hat, bildet die Städtebauförderung – gerade vor dem Hintergrund der oben genannten Schlüsselrolle der öffentlichen Hand bei der Bewältigung der Pandemiefolgen – nach wie vor einen sinnvollen Rahmen für die Stärkung nutzungs-gemischter, möglichst einzigartiger, gut besuchter und für das Wohnen attraktiver Innenstädte. Die Neuordnung und Vereinfachung der Städtebauförderung Ende 2019 hat mit ihrer Straffung der Programmfamilie und der Einführung von Querschnittsthemen mindestens die Voraussetzungen zu einer zielgerichteten Umsetzung der gesteigerten Ansprüche an die Innenstädte geschaffen, die aber von den – in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkten – Kommunen mit Leben erfüllt werden müssen. Hierfür steht nicht zuletzt das Programm „Lebendige Zentren“, aber auch der Anspruch, in den Bereichen Klimaanpassung und Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements noch ernsthafter aktiv zu werden. Die Managementansätze, die die Städtebauförderung vorsieht, werden vermutlich in Zukunft in der Suche nach Konzepten für die Bewältigung der Pandemiefolgen eine noch wichtigere Rolle spielen.

Die vielfältigen Experimente zur Unterstützung von Stadtumbau und Revitalisierung in Innenstädten, die in den letzten Jahren neben den

vielen kommerziellen Investorenprojekten an Vorzugsstandorten und Maßnahmen der Städtebauförderung an weniger attraktiven Orten durchgeführt worden sind, haben das Repertoire von Instrumenten der Planung, Entwurfslösungen in der Architektur, kreativen Ansätzen der immobilienwirtschaftlichen Projektentwicklung und Praktiken kooperativer Stadtentwicklung bereichert. Ohne dass sie in der Lage gewesen wären, niedergehenden Standorten im Strukturwandel Rezepte mit Erfolgsgarantie an die Hand zu geben oder der schwierigen Lage des stationären Einzelhandels in der Konkurrenz mit Einkaufszentren am Stadtrand oder dem Online-Handel immer wirkungsvoll etwas entgegenzustellen, haben sie im Zusammenspiel oder in Ergänzung zu den ausdifferenzierten Ansätzen der Städtebauförderung vielerorts wirkungsvoll zur Stabilisierung und Revitalisierung beigetragen.

In der zugespitzten Lage nach der Pandemie können sie – nach vermutlich für viele Immobilieneigentümer und Nutzer schmerzlichen Anpassungsprozessen – einen Beitrag zur Diversifizierung des Innenstadtlebens und damit möglicherweise auch zur Stärkung der Resilienz innerstädtischer Standorte leisten. Sie werden vermutlich aber nicht in der Lage sein, Nebelagen und weniger konkurrenzfähige Zentren kleinerer Mittelstädte umfassend zu stabilisieren. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich inzwischen eine Erweiterung der Förderlogik ab, die noch stärker als bisher ökonomische und städtebauliche Erneuerung zusammendenkt und damit an das bereits vor einigen Jahrzehnten in der EU erprobte ressortübergreifende Förderprogramm URBAN anknüpft. Insofern ist zu hoffen, dass hier die ergänzenden Förderansätze des Wirtschaftsministeriums, experimentelle Ansätze zur Förderung von Projekten für die Post-Corona-Stadt²² und in den Ländern der-

zeit aufgelegte ergänzende Förderprogramme²³ den Kommunen in Verbindung mit der Städtebauförderung den erforderlichen Handlungsrahmen an die Hand geben, um den anstehenden Umbau und die Revitalisierung ihrer Innenstädte erfolgreich zu bewältigen.

22 *Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung* (Hrsg.), BMI und BBSR fördern Projekte für die Post-Corona-Stadt, vgl. www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/presse/pressemitteilungen/2020/2020-sppprojektaufruf.html [19.11.2020].

23 *Deutsche Presse-Agentur* vom 25. März 2021, Experten fordern Modernisierung der Innenstädte, vgl. www.sueddeutsche.de/politik/kommunen-hannover-experten-fordern-modernisierung-der-innenstaedte-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210325-99-965483 [27.03.2021]; *Deutsche Presse-Agentur* vom 22.02.2021, Landesregierung hilft Innenstädten mit 2,5 Millionen Euro, vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/finanzen-mainz-landesregierung-hilft-innenstaedten-mit-2-5-millionen-euro-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210222-99-543335 [27.03.2021]; *Deutsche Presse-Agentur* vom 16.02.2021, Millionen für Citys: Programm gegen Ladensterben soll kommen, vgl. www.sueddeutsche.de/politik/kommunen-hannover-millionen-fuer-citys-programm-gegen-ladensterben-soll-kommen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210216-99-463725 [27.03.2021]; *Deutsche Presse-Agentur* vom 25. März 2021, Gegen das „Innenstadtsterben“: Landesregierung will helfen, vgl. www.sueddeutsche.de/politik/kommunen-uesseldorf-gegen-das-innenstadtsterben-landesregierung-will-helfen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210325-99-966467 [27.03.2021].

Disruption oder Business as usual? Über die Wechselwirkungen von Stadt und Corona

Die Philosophin Judith Butler hat vor nicht allzu langer Zeit in einem ihrer Essays ausgeführt, dass Architektur und Städtebau für das Sorgetragen in der Gesellschaft wesentlich verantwortlich seien. Butler schreibt über den öffentlichen Raum, über Straßen und Plätze, und sagt, dass diese „materielle Umgebung“ als „Stütze des Handelns“ dient. Sie legt dar, dass „menschliches Handeln auf Unterstützung angewiesen ist, immer unterstütztes Handeln ist“.¹

Zwar ist nach wie vor unklar, was die Corona-Pandemie auf lange Sicht für unseren Alltag bedeutet. Aber fraglos spielt das sozial-räumliche Surrounding bei deren Bewältigung eine eminente Rolle. Die geplante und gebaute Umwelt, so darf man folgern, zählt zu den wichtigsten materiellen Stützen des humanen Daseins. Und auf Stützen muss man sich verlassen können. Sie müssen zur Verfügung stehen, in ausreichender Zahl, in angemessener Qualität, und zwar für alle.

Das mag als Postulat unstrittig sein. Doch fehlt es vielerorts und in unterschiedlichsten Zusammenhängen an solchen Geländern, Halterungen und Beiständen. Pandemiebedingt waren und sind auch viele Menschen aus ganz anderen als „prekären“ Verhältnissen von Einschränkungen betroffen oder haben – zumindest temporär – einen Eindruck solcher Betroffenheit kennenlernen müssen: in Existenznot geratene Selbstständige, gut situierte Eltern in Sorge um die Bildung ihrer Kinder, Familien, die nicht in den Urlaub fahren können usw. Man kann durchaus behaupten, dass die Pandemie annähernd die gesamte Gesellschaft zwingt, Benachteiligungs-Situationen am eigenen Leib zu erfahren. Mit den Worten

von Kaye Geipel:

„Die Corona-Krise hat über Nacht deutlich gemacht, wie abhängig die Stadt von der arbeitsteiligen Organisation städtischer Planungsvorgänge, Versorgungskreisläufe, Produktionswege und vieler einfacher Dienstleistungen ist – und wie wenig es braucht, diese außer Kraft zu setzen. Die Idee einer rein konsumtiven Stadt gründet auf einem mehrfachen Irrtum: Man bezahlt etwas, dann ist es da; man benutzt es und schmeißt es in den Müll, dann ist es wieder weg.“²

Sieht man einmal von der Grundversorgung ab, so waren die Vorzüge der Stadt über Nacht offenbar passé. Man kann sagen, dass Covid-19 unseren Lebensstil zerstört, jedoch ohne dabei unsere materielle Welt nennenswert zu beschädigen. Dichte und kollektiv genutzte Güter sowie Infrastrukturen vermehren Ansteckungsgefahren, kleine Wohnungen muten wie Gefängnisse an, die Vielfalt der Formen des Zusammenlebens schrumpft auf Kernfamilien. Damit stellt sich akut die Frage, wie verändern die sanitären Sicherungsmaßnahmen die Leitbilder von Stadt, die ihrer Planung seit Dekaden unhinterfragt unterliegen.

Sorgetragen in der und für die Stadt

Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat sich ein Verständnis für den Zusammenhang zwischen Städtebau, Hygiene und Epidemiologie in einer wissenschaftlichen Lesart herauskristallisiert. So wurden etwa hohe Außentemperaturen in Kombination mit mangelhaften hygienischen Verhältnissen in Städten mehr und mehr als Treiber von Krankheiten unterschiedlicher Art erkannt. Untersuchungen zum Zusammenhang von

1 J. Butler, Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung, Frankfurt a.M. 2016, S. 122.

2 K. Geipel, Nach dem Ausnahmezustand. Eine neue Stunde Null?, in: Stadtbauwelt 226, Berlin 2020, S. 19 f.; vgl. auch B. Adam/M. Klemme, Die Stadt im Krisenmodus, in: IzR 4/2020, S. 4-15.

Kanalisation und Trinkwasserqualität oder von Sumpfen und Quartierstrukturen waren gleichermaßen Treiber für medizinische und städtebauliche Innovationen. Doch während sich Epidemien in früheren Zeiten insbesondere auf „eine Unterversorgung mit Hygiene-Technologie“ zurückführen lassen, gehen pandemische Gefährdungen heutiger Städte mehr und mehr aus „einer industriellen Überproduktion“ hervor. Zudem fällt auf, *„dass die damaligen Gefährdungen im Unterschied zu den heutigen eben in die Nase bzw. die Augen stachen, also sinnlich wahrnehmbar waren, während Zivilisationsrisiken heute sich typischerweise der Wahrnehmung entziehen und eher in der Sphäre chemisch-physikalischer Formeln angesiedelt sind“*.³

Dies hat der Soziologe Ulrich Beck bereits 1986 festgestellt. Gefährdungen wie das Coronavirus zeichnen sich „durch die Globalität und ihre modernen Ursachen“ aus; sie seien „Modernisierungsrisiken“, und als solche „pauschales Produkt der industriellen Fortschrittsmaschinerie“, obendrein würden sie „systematisch mit deren Weiterentwicklung verschärft“.⁴ In der Konsequenz machen sie aus Städten ökologische Labors, auf deren Territorium und unter Einbezug der Zivilgesellschaft kleinräumige Lösungen für die „Folgeprobleme der technisch-ökonomischen Entwicklung“ gefunden werden müssen.

Dünn ist das Eis, auf dem wir gehen. Denn in der Summe greifen die coronabedingten Einschnitte die städtische Substanz zumindest in ihrem alltäglichen Lebensvollzug an. Wagte man eine gesellschaftspolitische Diagnose, dann könnte sie lauten: Wir leben in störungsanfälligen Zeiten, reagieren aber allergisch auf jede Störung. Stattdessen wäre das Aushalten von Mehrdeutigkeiten gefragt. Eben deshalb ist es geboten, nicht ständig mit dem Brustton größter Überzeugung neue Wahrheiten zu verkünden. Zum Beispiel darüber, wie sich Architektur und Stadt ändern wird und muss. Ob nun Wohnen und Leben im ländlichen Raum angesagt ist. Dass Bürogebäude anders wer-



Abb. 1: Die Stadtzentren sind besonders von der Pandemie betroffen, auch wenn es vielleicht auf den ersten Blick kaum zu sehen ist: Altstadt in Göttingen; Foto: R. Kaltenbrunner.

den müssen. Wie Innenstädte und Einzelhandel umgekrempelt werden. Ob unsere Alltagsmobilität klimaangepasster und schadstoffärmer wird, oder ob im Gegenteil das private Auto den Gewinner der Krise abgibt. Darüber kann man derzeit nur spekulieren. Zudem muss man konstatieren, dass die Wissenschaften – wie sehr viele Menschen seit Ausbruch der Covid 19-Krise erfahren haben – nicht immer eindeutige und mitunter bloß vorübergehend gültige Ergebnisse produzieren. Manches wird zurückgenommen, manches erweist sich nicht als haltbar, und im Fall der Pandemie ergibt sich daraus, dass die Politik auch Entscheidungen korrigiert, weil sich, wie etwa bei der Gesichtsmaske, das Wissen um bestimmte Umstände verändert hat.

Eine Sache indes scheint gewiss: Die technologische Entwicklung wird beschleunigt. Wir werden in einer anderen Welt leben, wenn die Krise vorbei ist. Augenscheinlich gibt es gerade eine starke Zunahme der Teilhabe an der Digitalisierung. Die Auswirkung des Virus verstärken jetzt einen Trend, der vor einigen Jahren bereits eingesetzt hat. Viele Dinge, die sonst in der physischen

3 U. Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986, S. 28 f.

4 Ebda.

Welt stattfanden, sind nun in die digitale Welt hinübergewandert. Das hat natürlich ein positives Potenzial. Es versetzt uns auch während eines Lockdowns in die Lage, isoliert zu arbeiten und miteinander zu interagieren. Es gibt Vorteile, aber auch Probleme und Gefahren.

Dabei wäre es für die Diskussion hilfreich zu unterscheiden zwischen dem, was schon vor dieser Krise richtig war und dem, was spezifisch für sie ist.⁵ So formuliert etwa die Fachwelt seit Jahrzehnten recht vergebens ihre Hoffnung auf die ökologische, verkehrsvermeidende Wirkung von gemischten Quartieren. Und schon in den 1980er Jahren hatte der eben erwähnte Ulrich Beck gezeigt, dass der Wohnungsmarkt am Bedarf vorbei baut und es unmöglich macht, dass sich familienübergreifende Unterstützungszusammenhänge organisieren lassen.⁶ Der Publizist Christian Holl schreibt dazu:

„Die Lage gibt also wenig Grund zur Hoffnung, die Krise werde helfen, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Eher fordert sie heraus, weiterhin unermüdlich all das weiter zu verfolgen, wofür man bislang schon eintrat. Und zwar nicht, weil es die aktuelle Krise erfordert. Sondern weil die aktuelle Krise zeigt, wie wenig wir auf sie vorbereitet waren, gerade weil wir alle anderen Krisen ignoriert haben, weil wir so viele wichtige Dinge nicht entschieden angepackt haben. Die Bodenfrage nicht, den Wohnungsmarkt nicht, die Verkehrspolitik nicht, die Gleichberechtigung auch nicht.“⁷

Mobilität und Einzelhandel

Wenn man Stadt als Abbild der Gesellschaft im Kleinen begreift, die aus einer großen Zahl an Facetten besteht, die wiederum die verschiedensten Wechselwirkungen untereinander aufweisen, dann wird deutlich, dass sich einfache, lineare Erklärungsmodelle und Lösungsansätze

verbieten. Wenn im Folgenden knappe Streiflichter auf die zwei Aspekte Einzelhandel und Mobilität geworfen werden, dann illustriert das die Unterschiedlichkeit von Folgen, die durch die Corona-Krise hervorgerufen wurden, aber auch von Möglichkeiten.

Befeuert durch das Virus und seinen Implikationen, steckt der stationäre Einzelhandel in Deutschland mitten im wohl größten Umbruch seiner Geschichte. Der traditionelle Ladenverkauf in den Einkaufsstraßen wird weiter geschwächt; dies wird Hand in Hand gehen mit dem Rückgang lokaler Dienstleistungen hin zu denjenigen Anbietern, die weiträumig agieren. Der Handelsverband Deutschland (HDE) geht aktuell von 50.000 Geschäften aus, die durch die Corona-Pandemie schließen müssen.⁸ Vermutlich wird der Aufstieg von Ladenketten bzw. Filialen unter der Prämisse der Konsolidierung und Zentralisierung fortschreiten. Wenn nun Immobilieninvestoren und Projektentwickler weiterhin die Attraktivität und Notwendigkeit der Innenstadt als Handelsort predigen, dann bleibt offen, ob es nicht nur darum geht, ihr Geschäftsmodell und ihre hohen Mieten zu retten. Jedenfalls werden all diese Verschiebungen mit raumbezogenen Auswirkungen einhergehen, was freilich auch höhere Leerstandsquoten impliziert.⁹ Auf die Frage, was dies für die Konzeption von Immobilien bedeute, hat der Experte Stephan Bone-Winkel jüngst geantwortet:

„Wir denken immer noch in alten Kategorien, ein Büro ist ein Büro, eine Wohnung eine Wohnung. Jetzt ist die Wohnung plötzlich ein Büro, was bei vielen Menschen mehr oder weniger schlecht funktioniert. Das Büro funktioniert gar nicht mehr, weil es leer ist. Wir brauchen einfach eine andere Flächenkonfiguration, die es erlaubt, Nutzungen reversibel zu gestalten. Das ist relativ schwer zu denken, aber wir versuchen es [...] bei

5 Vgl. hierzu: C. Kühl/A. Bunzel, Stadtentwicklung in Coronazeiten – eine Standortbestimmung, in: Difu Sonderveröffentlichung, Berlin 2020, online: <https://difu.de/publikationen/2020/stadtentwicklung-in-coronazeiten-eine-standortbestimmung> [24.02.2020].

6 Vgl. U. Beck (s. A 3), S. 202.

7 Chr. Holl, Moment mal, in: <https://www.marlowes.de> [24.02.2020].

8 Vgl. S. Book/M. U. Müller, Wie Deutschlands Innenstädte sterben, in: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/corona-krise-wenn-unsere-innenstaedte-sterben-a-00000000-0002-0001-0000-000172178914> [24.02.2021].

9 Vgl. u.a. A. L. Mösken, Letzte Runde. Viele Berliner Cafés, Bars und Restaurants wird es nach der Pandemie nicht mehr geben, in: Berliner Zeitung, 20.01.2021, S. 3.

einer Reihe von Projekten, wo wir auf bestehenden Grundstücken Neubauten errichten. Und diese Neubauten sind radikal anders als alles was bisher gebaut haben. Sie sind mehrgeschossig, sind sehr tief und hoch, jede Fläche hat mindestens 4,5 bis 5 m Geschosshöhe, und wir geben überhaupt nicht vor, was auf den Flächen passiert. Es kann dort produziert, gelagert, geforscht, gewohnt und was auch immer werden – alles ist denkbar. Wir versuchen so eine möglichst hohe Reversibilität zu erzielen. Der einzige Hemmschuh ist hier noch das Baurecht, welches aktuell noch eine klare Trennung der Nutzungen vorschreibt.“¹⁰

Die – offene – Frage nach der Zukunft des Einzelhandels unterstreicht aufs Neue, dass die Stadtentwicklung stets auch von immobilienwirtschaftlichen Erwägungen und Interessen geprägt ist. Beispielsweise wurde bei der Citybildung im 19. und frühen 20. Jahrhundert eine ökonomisch geringerwertige Nutzung, also vor allem das Wohnen, durch eine höherwertige Nutzung, das waren Handel und Verwaltung, aus den Stadtzentren verdrängt. Das wiederum löste begrifflicher Weise erhebliche Investitionen aus. Sollten sich nun umgekehrt Handel und Verwaltung aus den Stadtzentren zurückziehen, dann würde das nicht automatisch Investitionen freisetzen.

Die Krise als Chance zu nutzen: Dies ist zumindest bei der urbanen Alltagsmobilität punktuell gelungen. Im März 2020, noch zu Beginn des Lockdowns, wurde in Berlin-Kreuzberg mittels gelbem Klebeband und rot-weißen Baustellenbaken die erste Pop-up-Bikelane eröffnet. Mag der Anspruch, damit gleich eine Verkehrswende eingeleitet zu haben, auch etwas vollmundig daher kommen, so sind temporäre Fahrradstreifen mittlerweile augenscheinlich doch ein Erfolgsmodell: Leipzig und München, Nürnberg, Wien und Budapest – viele europäische Städte haben

10 „Das Geschäftsmodell der Immobilienbranche wird sich radikal ändern.“ Stephan Bone-Winkel über das Ende langer Mietverträge, Green-Washing statt Bauen im Bestand und reversible Häuser, in: www.kap-forum.de, Newsletter #14: Architektur und Immobilienwirtschaft [15.07.2020]; vgl. auch S. Anders/S. Kreutz/T. Krüger, Corona und die Folgen für die Innenstädte, in: *IzR* 4/2020, S. 56-67.



Abb. 2: Fondaco dei Tedeschi in Venedig von Rem Koolhaas: Wieviel Zukunft hat diese Form des urbanen Einkaufserlebnis? Foto: R. Kaltenbrunner.

das Rezept aus Berlin kopiert. Und zumindest an der Spree sollen diese auch dauerhaft erhalten bleiben. New York City sperrte gleichzeitig mit den Spiel- und Sportplätzen ganze Straßen für den Autoverkehr, um den Menschen die Möglichkeit des gefahrlosen Aufenthalts im Freien zu ermöglichen. Gleichwohl kann dies nur ein Anfang sein, wenn ein ausgewogenes Verhältnis an Möglichkeiten für alle Verkehrsteilnehmer und eine gerechte Aufteilung der vorhandenen Verkehrsflächen (und deren sichere Gestaltung) das Ziel ist. Der Mobilitätsexperte Stefan Carsten schreibt:

„Nach der Krise werden inklusive Mobilitätsstrategien an Bedeutung gewinnen. [...] Um dies zu erreichen, müssen sich auch Städte und Verkehrsmittel verändern: indem sie echte öffentliche Räume bereitstellen, [...] spezielles Ride-Sharing anbieten, kostenloses Absetzen vor der Haustür. [...] Eine immer größere Bedeutung wird dabei auch dem Fahrradfahren zukommen.“¹¹

11 S. Carsten, Mobilität – sozialer, sauberer, sicherer, in: H. Gatterer/M. Horx, Die Welt nach Corona, Frankfurt a.M. 2020, S. 58 ff.; B. Lenz/C. Nobis/C. Eisenmann, Wie wirkt sich die Krise auf das Mobilitätsverhalten aus?, in: *IzR* 4/2020, S. 96-105

Geht man zu weit, wenn man behauptet, dass die Corona-Pandemie die (unterstellte) Unveränderlichkeit von Systemen infrage stellt und sich als ein ‚window of opportunity‘ für sehr kurzfristige und richtungsweisende Transformationsschritte erweist?

Gefährdungszone Stadt

Fraglos existieren auf die Stadt bezogen eine Vielzahl virulenter Sachverhalte, die zu klären – oder überhaupt nur ernsthaft zu bearbeiten – viel zu lange versäumt wurden. Zugleich gibt es aber Einsichten und Gewissheiten, die Bestand haben. Max Weber beschrieb die Essenz des Stadtlebens als „Miteinander unter Unbekannten“. Eine andere Metapher kommt aus dem Volksmund, wonach eingetamete Stadtluft frei macht. Die Stadt war die Verheißung eines anderen Lebensentwurfs. Temps perdu? Nein! Zwar mögen kollektives Zusammensein und Selbstbestimmung gerade nicht sehr angesagt sein. Aber das verändert nach Dirk Baecker die Urbanität nicht grundlegend und auf Dauer:

„In der Stadt vergewissert sich die Gesellschaft eigener, noch unausgeschöpfter Möglichkeiten, indem sie sich bei einer Strukturform rückversichert, mit der sie in der Vergangenheit bereits hinreichende evolutionär bewährte Erfahrungen gemacht hat. Oder noch knapper: In der Stadt wird die Gesellschaft zur Geschichte ihrer selbst. [... Man hat] den Eindruck, dass die Form hinreichend raffiniert und ausbalanciert genug ist, um bei einer einigermaßen sensiblen Verwendung allen denkbaren Ansprüchen gewachsen zu sein. Das soll nicht heißen, dass man aktuelle Tendenzen der Zersiedelung, der Segregation, der mangelnden Integration von Armen, Alten und Kindern, der Schrumpfung (mit der Entstehung von Leerräumen in einem durchaus buchstäblichen Sinn) nicht mit Besorgnis beobachten kann und muss. Aber bereits diese Beobachtung ist ein Beleg dafür, dass die Form der Stadt nach wie vor funktioniert.“¹²

12 D. Baecker, Stadtluft macht frei: Die Stadt in den Medienepochen der Gesellschaft, in: *zuschnitt* #15, Zeppelin Universität, Friedrichshafen 2009, S. 10, 18.

Im Ausnahmezustand offenbart sich das Wesen der Dinge. Während die medizinischen Krisen des 19. Jahrhunderts zu einem dualen Ausbau von Öffentlichkeit (durch die Anlage öffentlicher Infrastrukturen und Räume) und Privatheit (durch die Reform des Wohnens und die Verhäuslichung der hygienischen Verrichtungen) geführt haben, stehen in der gegenwärtigen Krise beide Errungenschaften auf dem Prüfstand. Doch das mag durchaus ein Gewinn sein. Alain Thierstein kommt zu dem Befund:

„Zukunftsthemen werden sichtbar in einer Mischung aus Bisherigem, das sich bewährt hat, und Neuem, was schon in Einzelbeispielen da ist. Wie werden diese Themen in breiter Vielfalt wirksam und sichtbar? Meine Hypothese: Das menschliche Bedürfnis des Sich-Begegnens, Sich-Zeigens und Erkenntn-Werdens kann als Konstante von Raumnutzung betrachtet werden. Die Corona-Pandemie ändert an diesem Genotypus nichts, der Phänotypus kann jedoch ausgeprägte und rasche Veränderungen erfahren.“¹³

Einerseits ließ sich während der Krise eine Reduktion von kollektiven sozialen Situationen im öffentlichen Raum beobachten. Ricarda Pätzold vom Deutschen Institut für Urbanistik stellte fest:

„Während des Lockdowns mit Kontaktverboten und Ausgangsbeschränkungen zeigte sich die Bedeutung der eigenen Wohnung für alle überdeutlich. Die Wohnung war nicht mehr nur ein privater Rückzugsort, sie war – für viele völlig ungewohnt – der einzige Aufenthaltsort. Die Rekonzentration der sonst räumlich verteilten Aktivitäten und besuchten Orte – wie Arbeit,

13 A. Thierstein, Das Ende der bloßen Vermutung, in: *Stadtbauwelt* 226, Berlin 2020, S. 7 f. Aber auch demoskopische Umfragen bestätigen, dass im urbanen Kontext eine halbwegs ‚stabile Mittellage‘ vorherrscht: „Nicht nur der Radius der eigenen Aktivitäten und Kontakte wird heute oft enger gezogen. Viele genießen die sogenannte Entschleunigung. Gleichzeitig registrieren die Bürger sehr bewusst, dass es nur wenige Bereiche gibt, die weitgehend normal funktionieren, Das sind aus ihrer Sicht in erster Linie der öffentliche Nahverkehr und der lokale Einzelhandel.“ Vgl. R. Köcher, Eingeschränkt funktionsfähig. Einzelhandel gut, Schulen und Kitas schlecht. Eindrücke vom Leben in Corona-Zeiten, in: *F.A.Z.*, 22.07.2020, S. 8.

*Schule, Fitness, Spielplatz, Restaurant, Kino, Theater, Kommunikation –, die zugleich alle Personen des jeweiligen Haushalts betraf, geriet so zu einem Stresstest. Die Daueranwesenheit verändert die Wahrnehmung der eigenen vier Wände. Im Falle von Unzulänglichkeiten traten diese durch die Unerreichbarkeit der sonstigen Kompensationsmöglichkeiten stärker zu Tage.*¹⁴

Das bedeutet zugleich, dass es nicht mehr so viel Zufall gab. Der aber ist wesentlich für unser Leben. Denn wer nicht mehr auf der Straße oder im Park zufällig auf Menschen trifft, bleibt in alltägliche Routinen gefesselt.

Andererseits forderten Homeoffice und Kontaktreduzierung offenkundig einen Ausgleich in der Natur. Menschen, die vor lauter Hektik nie zur Ruhe kamen, machten plötzlich ausgiebige Spaziergänge. Die kleine Bank im Hinterhof lud dazu ein, am Abend etwas frische Luft zu schnappen, und zahlreiche Grünflächen oder autofreie Straßen boten Raum für Spiel, Sport und Erholung.¹⁵ Es war häufig der Raum um und zwischen den Gebäuden, oft auch undefinierte Flächen, die in der außergewöhnlichen Zeit mit anderen Augen betrachtet wurden und genügend Flexibilität aufwiesen, sich den Bedürfnissen der Anwohner anzupassen. Und selbst die Manager im Homeoffice und beim Homeschooling waren plötzlich auf den Laden um die Ecke für den schnellen Einkauf und den „eben mal erreichbaren“ Quartierspark zum Joggen angewiesen. Hierzu Rainer Müller:

„Wie wichtig das eigene Wohnumfeld, die Nahversorgung, aber auch Parks und städtische Plätze sind, gehört zu den zentralen Erkenntnissen der vergangenen Wochen. Der öffentliche Raum machte die Pandemie erträglicher. Spazierend oder auf der Bank sitzend entdeckten die Städter ihre Umgebung gewissermaßen neu. Wahrscheinlich wurden die Grünanlagen noch nie so wertgeschätzt wie in diesem Frühjahr, als die Menschen



Abb. 3: Der Covid-19-Virus ist allgegenwärtig in der Stadt: Tempelhofer Feld in Berlin; Foto: R. Kaltenbrunner.

*ins Freie ausweichen, damit ihnen zu Hause nicht die Decke auf den Kopf fällt.*¹⁶

Und so drängten sich letzten Jahres zu Ostern und Pfingsten so viele in Parks, Uferzonen oder andere Freiräume, dass das geforderte ‚social distancing‘ dort kaum zu wahren war, was ohnehin vor allem eine räumliche Distanz aus sozialer Fürsorge vor der Ansteckung meint.

Unbestimmtheit als Stütze

Alte planungstheoretische Einsichten bestätigen sich aufs Neue. Der wirkliche Freiraum des Individuums verlagert sich in den öffentlichen Raum, und wird damit, wenn man so will, zum letzten Refugium des Privaten, unkontrolliert im doppelten Sinne, frei von festgelegter Organisation und frei für Ungeplantes. In Zeiten von Schließungen jeglicher Freizeitangebote und Kontaktsperren be-

14 R. Pätzold, Weiter wie gewohnt? Impulse für die Wohnungspolitik, in: Stadt und Krise – Gedanken zur Zukunft, Difu-Berichte Sonderheft, Berlin 2020, S. 24.

15 Vgl. F. Dosch/S. Haury, Städtisches Grün in Pandemiezeiten, in: IzR 4/2020, S. 68-81.

16 R. Müller, Post Corona City, in: https://www.zeit.de/2020-06/zukunft-stadt-verkehr-bueros-laeden-veraenderungen-coronavirus?utm_referer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F [24.02.2020].

kommt der Aufenthalt draußen und in der Natur allein oder zu zweit eine hohe Relevanz. In ihren Thesen über die Veränderungen im Stadtleben heißt es bei Judith Lembke und Birgit Ochs:

„Der grüne Flecken mitten in der Großstadt, sonst vor allem Hundeauslauf, ersetzt im Moment Sportstudio, Restaurantterrasse, Spielplatz und für manche bei schönem Wetter das Büro. Schon seit einigen Jahren wird der öffentliche Raum, sobald es warm wird, zum erweiterten Wohnzimmer vor allem jüngerer Großstädter. Wie früher nur die Südeuropäer, holen sie sich lieber ein Bier vom Kiosk und hocken sich auf die Berliner oder Bielefelder Piazza, anstatt sich in der Kneipe oder der beengten Wohnung zu treffen. Wegen der Kontaktbeschränkungen sieht man anstatt großer Gruppen im Moment eher Individuen, Paare oder Kleinfamilien; davon aber umso mehr. Die Flucht aus der heimischen Enge ins Freie treten nicht mehr nur Hipster an, sondern alle. Auch ältere Damen setzen sich mit ihrem Kaffee zum Mitnehmen aufs Fenstersims des geschlossenen Friseursalons. In der Pandemie erleben wir die Demokratisierung des mediterranen Lebensstils. Wie lebendig es in Parks und auf Plätzen erst geht, wenn wieder jeder jeden treffen darf, kann man sich vorstellen.“¹⁷

Der öffentliche Freiraum ist ein Erlebnisort, der vielerlei Formen des Verhaltens ermöglicht – und darin offenbart sich auch eine gewisse „Krisentauglichkeit“. Wenn es eine eindeutige Schlussfolgerung aus der Corona-Krise gibt, dann die, dass die öffentliche Daseinsvorsorge keinem Effizienz-Dogma unterworfen werden darf. Und daraus sind auch städtebaulich Konsequenzen zu ziehen. Wenn man Dichte als urbanes Konzept versteht, als wichtig für die soziale Struktur – weil Menschen sich miteinander auseinandersetzen müssen –, dann bedeutet das zugleich, dass man Plätze und Grünanlagen, dass man öffentliche Räume schafft. Und die bemessen sich weniger nach Quadratmetern denn in der Qualität, und die wiederum ist in vielen Stadtentwicklungs-

projekten defizitär. So braucht es auch nach Sergio López-Piñero gewissermaßen weiße Flecken im geordneten, zweckgebundenen Stadtplan – im Großen wie im Kleinen:

„Eine Teilnahme an Öffentlichkeit ist ohne die Möglichkeit, aus ihr herauszutreten, auf Dauer nicht möglich. Die städtischen ‚Freiräume ohne Öffentlichkeit‘ sind vielfach die einzige Möglichkeit zu einem solchen Heraustreten jenseits des Rückzugs in die eigenen vier Wände. Sie sind somit Regenerationsräume für eine erschöpfte Öffentlichkeit und übernehmen im Gegensatz zu den institutionalisierten urbanen Räumen alle Funktionen von Gegenwelten.“¹⁸

Im Lichte der Pandemie muss die kompensatorische Wirkung dieser weißen Flecken betont werden: Sie sind nicht mit Leere gleichzusetzen (ein Begriff, der im aktuellen Planerjargon en vogue ist). Es geht um konkrete Räume und Orte, wo wenig vorbestimmt und vordeutend codiert ist.¹⁹ Oder, um Peter Handke zu paraphrasieren: Orte, wo (noch) nichts geschieht.

Gerade der hohe Grad an Rationalisierung, Spezialisierung und funktionaler Trennung in der Siedlungsstruktur erweist sich ja in Zeiten immer unvorhersehbarer Bedrohungen als nur unzulänglich flexibel. Jan Polívka führt hierzu aus:

„Denn die Effizienz einzelner Siedlungsräume oder auch Gebäude beruht auf einem engen Verständnis ihrer funktionalen Einbettung in ein System, in dem sie selbst nur eine sehr begrenzte Breite von urbanen Funktionen übernehmen. Wohnquartieren, Gewerbegebieten, Ein-

18 B. Sieverts, Festplatz ohne Kirmes, in: Verschiebung/Shift. Urbane Künste Ruhr, online: https://issuu.com/urbanekuensteruhr/docs/200724_ruhrmagazin-4-gesammelt [24.02.2021].

19 Vgl. S. López-Piñero, A Glossary of Urban Voids, Berlin 2020. Hier werden eine Vielzahl an Termini – vom ‚terrain vague‘ bis zur ‚buffer zone‘ – zusammengefasst, die aus unterschiedlichen Gründen aufgegeben, vergessene oder sich selbst überlassene Stadträume beschreiben. Die Auflistung dieser gebräuchlichen Begriffe sei ein Versuch „das zu definieren, was keine genaue Definition haben sollte, einen Raum zu schließen, der offenbleiben muss, und einen Raum in den Vordergrund zu rücken, der marginal bleiben muss“, erklärt der Autor.

17 J. Lembke/B. Ochs, Acht Thesen, wie sich das Stadtleben verändern wird, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 26.04.2020.

zelhandelsbereichen und ihren Gebäuden fehlt es an Nutzungsflexibilität und Anpassungsfähigkeit gegenüber demografischen und strukturellen Entwicklungen. In diesem Sinne erfordert auch die Anpassung unserer Städte und Regionen an die Herausforderungen des Klimawandels oder die Energiewende eine erhebliche Flexibilisierung der Siedlungsstrukturen; häufig wird hier das Beispiel der städtischen Wasserwirtschaft genannt. Tatsächlich aber ist es notwendig, alle städtischen Strukturen – physische wie auch institutionelle – umzustrukturieren: Statt sie als ein Mittel zur einseitigen Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen oder zur Verbindung zwischen Produzent/-innen und Konsument/-innen zu betrachten, sollten sie als lernendes, flexibles System vielfältige Rollen innerhalb der Stadt übernehmen können.²⁰

Nimmt man Berlin – das ob seiner zahlreichen Brüche oft als antiurban und hässlich beschrieben wurde – als Beispiel, dann kann man die Offenheit und Heterogenität der Stadträume auch als positive Qualitäten hervorheben, die es erlauben, einerseits politische, soziale und historische Disparitäten erfahrbar zu machen, andererseits aber auch besondere Belastungen auszuhalten. Nicht zuletzt in Notzeiten erscheint es hilfreich, das komplexe Stadtgefüge nicht als ein Sammelsurium sich gegenseitig exkludierender Konzepte, deren Widersprüchlichkeit und Scheitern zu begreifen, sondern es in seiner Kontingenz, in seiner heterogenen ‚Sowohl-als-auch‘-Erzählung, wahrzunehmen. Das ist zumindest die Kernaussage, die Arno Brandlhuber und Florian Hertweck in ihrer urbanistischen Diagnose festhalten. Es geht darum, kulturelle und soziale Unterschiede innerhalb eines ganzheitlichen Stadtmodells dialogisch zusammenzubringen und die historischen, räumlichen und sozialen Widersprüche der Stadt als Zusammenhänge, die sich gegenseitig bedingen und Teil eines Ganzen sind, zu erfassen. Denn:

„Das Berlinspezifische einer Stadt, in deren Mitte periphere Situationen mit Sozialem Wohnungsbau und wilder Natur existierten, und dessen Peripherie sich konzentriert durch Urbanität und Durchmischung ausgezeichnet hat, weicht immer mehr dem Modell einer konventionellen, quasi pyramidalen europäischen Großstadt.“²¹

Weil dieses Modell aber nur bedingt krisentauglich ist, wird man das Andersartige, Uneinheitliche, das Narrativ von den ‚zwei Seiten einer Medaille‘ wertschätzen und instrumentalisieren müssen. Mit anderen Worten: Beim Ausdeuten der Pandemie wäre es ein Irrtum, das Paradigma der ‚Keimfreiheit‘ auch im Urbanen anzuwenden, gleichsam einen sterilen Städtebau zu betreiben. Richtig ist eher das Gegenteil. Stadtplanung hat die Aufgabe, Möglichkeitsräume zu erschaffen. Widersprüche und Brüche sind dabei nicht Makel, sondern häufig wichtiger Katalysator für Neues. Zumal es nach Rainer Müller ja möglich ist,

„dass in Zukunft gegenläufige Trends zu beobachten sein werden: Die Hinwendung zur Stadt der kurzen Wege und eine Stärkung funktionsfähiger, gebrauchsfreundlicher Quartiere – aber auch die Abkehr von der Stadt und eine Stärkung der Vororte und Kleinstädte im Umland. Vieles hängt davon ab, wie es im Herbst und Winter weitergeht. Kommt die viel beschworene zweite Welle und der nächste Lockdown?“²²

Wohnen in der verdichteten Stadt?

Tatsächlich ist das Leitbild der ‚Dichten Stadt‘ während und vermittels der Pandemie gewissermaßen unter Beschuss gekommen. In der Stadtbauwelt schreibt Kaye Geipel:

„Mit Corona gerät im selben Moment sowohl der Schutzraum individueller Unversehrtheit, den die Stadt den Bewohnern garantiert, als auch der große öffentliche Raum, in dem zusammen promoviert, demonstriert und gefeiert werden kann, in Bedrängnis. Es sind zwei Seiten einer Medaille, die erst mit den Hygiene-Errungenschaften der modernen Stadt selbstverständlich wurden.“

20 J. Polívka, in: *ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklung* (Hrsg.), *Corona 2020 and beyond: Der Unsicherheit durch Flexibilität entgegneten*, Dortmund 2020, S. 4; online: <https://www.ils-forschung.de/wissenstransfer/ils-publikationen/ils-working-paper/> [25.02.2020].

21 A. Brandlhuber/F. Hertweck/T. Mayfried (Hrsg.), *The Dialogic City*. Berlin wird Berlin, Köln 2015, S. 12.

22 R. Müller (s. A 16).

Grundsätzlich gibt es zwei Antworten auf die Frage nach der Zukunft dieser Räume: Entweder man betrachtet die anderen Stadtbewohner als Konkurrenten um das knappe Gut des ‚Sicheren Raumes‘, setzt auf exklusive Räume und entwickelt die Idee der Gated communities weiter. Oder man sieht den Anderen als Partner, mit dem die Produktion geschützter Räume jeweils ausgehandelt werden muss. Die provisorischen Regelungen, die gerade bei der Nutzung öffentlicher Freibäder ausprobiert werden, sind ein kleines Beispiel dafür. Das ist weit aufwendiger und komplizierter als die Exklusion. Aber es dürfte die einzige Möglichkeit sein, die Grundqualität der europäischen Stadt aufrechtzuerhalten: ihren ‚Contrat Social‘ für die Teilhabe aller an öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die entscheidende Bewährungsprobe für die Corona angepasste Stadt werden deshalb neue Formen von öffentlichen Räumen sein, die an die Stelle der Flexibilität eine Robustheit setzen, in der beides garantiert sein muss: Nähe und Abstand. Eine vertrackte Konstellation. Aber auch eine unglaubliche Herausforderung.²³

In (Selbst-)Beschreibungen von Orten manifestiert sich die Wettbewerbsgesellschaft, die in der Konkurrenz eine Geschäftsbelebung und damit ein Allheilmittel gegen alles Übel sieht. Der Soziologe Andreas Reckwitz plädiert deshalb für eine Infrastrukturgesellschaft, in der grundlegende öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit, Wohnen und Verkehr ortsunabhängig sichergestellt sind:

„Im Hinblick auf Pandemien, Terror oder Klimawandel [...] könnte auch das Modell eines resilienten Staates Zulauf bekommen, der für verschiedene Gefährdungen Vorsorge trifft und präventiv versucht, dass diese gar nicht eintreten. Eine solche Risikopolitik setzt voraus, die Verwundbarkeit spätmoderner Gesellschaft zu erkennen.“²⁴

In Corona-Zeiten zeigt sich deutlich, dass Lebensqualität und Lebensvoraussetzungen sehr heterogene Züge haben und überall in unterschiedlichen Wichtungen geschätzt werden – vorausgesetzt, die Infrastruktur mit Internetkapazität, Mobilität und resilienten Ansätzen stimmt.

Vor der Krise galt es als gesichert, dass durch die Flexibilitätsanforderungen der modernen und globalen Arbeitsrealität, welche immer häufigere Arbeits- und Wohnortwechsel erfordert, die persönliche Bindung zu einem Ort geringer wird und das Zugehörigkeitsgefühl Einzelner zur Hausgemeinschaft, dem Quartier und der Stadt abnimmt.²⁵ Dieses Bild hat die Pandemie nun neu konturiert. Denn gerade die coronabedingten Sicherheitsvorschriften (z. B. social distancing) werfen ja ein grelles Schlaglicht auf das Miteinander in der Stadt. Und so, wie das Verhältnis von Nähe und Distanz in der Krise neu ausgehandelt wurde, so wäre das Thema Wohnen nun anders zu denken: nämlich – wie auch Individualität – als ein dialektisches System zwischen Abgrenzung und Zugehörigkeit.²⁶ Konsequenterweise müsste diese Erkenntnis dann in einen Wohnungsbau einmünden, der nach Ricarda Pätzold anderen Parametern folgt, denn:

„In der Kombination aus definierten Mindeststandards und Zeitdruck wird das immer gleiche Muster aus Familienwohnungen und Singlewohnungen weiter reproduziert. Der Wohnungsbestand spiegelt so mitnichten eine diversifizierte Gesellschaft mit ihren Ansprüchen an das Zusammenleben wider. Das Paradox besteht darin, dass eine Gesellschaft, die Individualisierung als ihren Wesenskern definiert, jede Individualisierung von Wohngebäuden und Wohngrundrissen als nicht massentauglich erachtet. Unabwendbar scheint dagegen die Verwandlung ganzer Stadtquartiere in öde, begehbbare Anlagedepots.“²⁷

23 K. Geipel (s. A 2), S. 21

24 A. Reckwitz, „Ein Zurück zur Gemeinschaft ist eine Illusion“, in: Süddeutsche Zeitung, 29.06.2020. Zum Stichwort Resilienz vgl. P. Jakubowski, Resilienz – Brauchen wir nach dem Corona-Schock neue Leitbilder für die Stadtentwicklung?, in: IZr 4/2020, S.16-29

25 Vgl. A. Göschel, Identität, in: D. Henckel/K. Kuczkowski u. a. (Hrsg.), Planen, Bauen, Umwelt. Ein Handbuch, Wiesbaden 2010, S. 216.

26 Vgl. A. Kaestle, Wer teilt hat mehr, in: O. Bahner/M. Böttger (Hrsg.), Neue Standards. Zehn Thesen zum Wohnen, Berlin 2016, S. 123-134, hier 125.

27 R. Pätzold (s. A 13), S. 25.

Zur Identität gehört die Sehnsucht nach Austausch und Teilhabe, welche im besten Fall in Verantwortungsgefühl und Pflichtbewusstsein mündet. Wird dieses Bedürfnis befriedigt, führt das zum Zusammenhalt einer Gruppe – ob als Hausgemeinschaft oder als Stadtgesellschaft.

Unverzichtbarkeit des öffentlichen Raums

Mit Corona hat man lernen dürfen, dass genau hierin der Schlüssel liegt: In der Beachtung und behutsamen Gestaltung von Grenzen. Will man Zusammenhalt und Gemeinschaft in Nachbarschaft, Quartier und Stadt fördern, muss man Privatsphäre und uneingeschränkten Rückzug ins Private gewährleisten. Das Private ist Basis für die Gemeinschaft. Gleichzeitig müssen im Umkehrschluss Räume für die Gemeinschaftsbildung angeboten und gestaltet werden. Eben das hat die europäische Stadt in der Vergangenheit ausgemacht – und das wird auch in der Zukunft der Fall sein müssen. In diesem Zusammenhang resümiert Dirk Peitz:

„Womöglich ist es der Mangel an Alternativen, der die Stadt als Siedlungsform retten wird. Womöglich wird sich ihre Flächennutzung neuen Bedürfnissen nach Corona anpassen, es braucht wohl weniger Großraumbüro- und Geschäftsflächen, dafür mehr privaten Raum für Homeoffice. Womöglich ist es auch Trotz, der die Leute in der Stadt hält, oder gar, völlig verrückte Idee: die Tatsache, dass einen die Masse in ihrer physischen und nicht virtuell-digitalen Darreichung auch tragen kann. Solidarität und der Wunsch nach Veränderung [...] gibt es nur dort, wo viele Menschen zusammenkommen. Eine demokratisch verfasste Gesellschaft braucht die gemeinschaftlich geteilte Öffentlichkeit und den physischen Raum dafür bietet nur die Stadt. Das Land ist ein Rückzugsraum zur Vereinzelung und eben keine Alternative.“²⁸

Im Assoziationsfeld vom ‚Leben auf dem Land‘ spielen Natur, Grün und abgeschirmte Privatheit

eine zentrale Rolle. Doch dieser Aspekt ist ja einer urbanen Architektur nicht fremd. Es sei hier nur an Hermann Muthesius erinnert. Er, der entscheidende Protagonist bei der Gründung des Werkbundes 1907, erachtete Haus und Garten als ein eng verschmolzenes Ganzes. Von diesem Zeitpunkt an war der Garten als „Wohnraumerweiterung“, zugeordnet den Funktionen der Zimmer, zwar ein Teil der Moderne. Aber im Bauwirtschaftsfunktionalismus verlor sich dieser Gedanke schnell wieder im Ungefähren. Doch wie unverzichtbar eine durchgrünte Stadt für das Wohlbefinden der Bevölkerung ist, wie unverzichtbar innerstädtische Parks mit Rasenflächen und Bäumen, einladend gestaltete Uferzonen oder Freiflächen sind: Das hat sich nicht nur jüngst in aller Deutlichkeit gezeigt, sondern hat laut Sascha Roesler auch Relevanz für die Zukunft:

„Mit der pandemischen Ausbreitung des Coronavirus sehen sich Architektur und Stadtplanung in die Pflicht genommen, über die aktuell diskutierten Hygienetechnologien (apps) und die Regulierung der Nähebeziehungen (2 Meter) hinaus zu neuen räumlichen Imaginationen zu gelangen. Vieles spricht dafür, dass erneut der öffentliche Raum – und nicht etwa der private Küchentisch – der entscheidende Austragungsort für die räumliche Neugestaltung demokratischer Gesellschaften sein wird.“²⁹

In jüngster Zeit wurden Handlungen und Wissen gleichsam ins Digitale verschoben. Aus einem bestimmten Blickwinkel hat die Corona-Pandemie sich zu einer schweren, doch zugleich wichtigen und längst überfälligen ‚Krise des öffentlichen Raums‘ entwickelt. Nicht nur, weil sich die Menschen ins Private zurückziehen (Stichwort Coocooning), sondern auch, weil dessen Nutzung beziehungsweise Zugang immer stärker reglementiert wird. So manche urbanistische Idee, die in Reaktion darauf formuliert wird, klingt zunächst gut, verliert aber auf den zweiten Blick an Plausibilität. Etwa die in jüngster Zeit vielzitierte „15-Minuten-Stadt“, die der an der Sorbonne lehrende Carlos Moreno als Konzept entwickelte.

28 D. Peitz, Die Stadt als Meute, in: ZEIT-online: https://www.zeit.de/kultur/2020-06/corona-pandemie-urbanitaet-kontaktsperren-gastronomie-kulturbetrieb?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F [25.02.2020].

29 S. Roesler, Epidemiologie, urbane Proxemie und Städtebau, in: Stadtbauwelt 226, Berlin 2020, S. 73.

„Der Name ist Programm: Bäcker, Supermärkte, Ärzte, Apotheken, Schulen, Vereine, Arbeit – das alles soll in weniger als 15 Rad- oder Gehminuten von der Wohnung erreichbar sein. Der zermürbende Takt „Métro, boulot, dodo“ (Metro, Arbeit, Schlafen) soll der Vergangenheit angehören. Nun ist es ja ganz nett, wenn der rastlose Pariser den Patissier um die Ecke entdeckt und mit dem E-Scooter zum Capoeirakurs düst. Und es ist auch richtig, dass man Städte nicht mehr nur als Wohnmaschinen und Produktionsanlagen imaginiert. Bloß: Das kleine Studio im 18. Pariser Arrondissement muss man sich auch erst mal leisten können. Der Graben zwischen den 15-Minuten-Städtern, die im Homeoffice arbeiten können, und den 100-Minuten-Vorstädtern, die morgens dichtgedrängt in den Virenschleudern von Bussen und Bahnen zur Arbeit pendeln müssen, wird in der Corona-Pandemie noch mal größer.“³⁰

Allerdings hat Covid 19 ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass der öffentliche Raum kein Restraum ist, sondern ein zentraler Bestandteil urbanen Zusammenlebens. Der Virus führte vor aller Augen, wie sehr der gemeinsame physische Raum auch ein atmosphärisches Element für das Alltagsleben ist. Er darf nicht noch mehr zur Abstandsfläche und zum Verkehrsraum degradiert werden. Zugleich geht es um die Frage, wie wir eine möglichst sinnvolle Überlagerung der analogen Welt mit der digitalen schaffen, und zwar nicht allein kommerziell gesteuert. Vielleicht entsteht durch die Corona-Krise und ein – zumindest zeitweiliges – Eintauchen vieler in Einschränkungs-Situationen ein größeres Verständnis für die Bedeutung des Nahraumes, seiner Ausstattungen und Qualitäten sowie vor allem das soziale Zusammenleben direkt vor der Haustür. Die vorübergehenden Lockerungen im letzten Sommer gaben Juho Nyberg dazu Hoffnung, indem

„sich Restaurants und Straßencafés großzügig der brachliegenden öffentlichen Flächen bemächtigen, Tische und Stühle auf Trottoirs und Parkflächen aufstellen dürfen. Damit kann das

Platzangebot trotz weiter geltenden Abstandsvorschriften attraktiv gestaltet werden. [...] In New York sind weißgedeckte Tische auf Parkplätzen zu sehen, Litauens Hauptstadt Vilnius hat die ganze Innenstadt in ein einziges Straßencafé umgewidmet.“³¹

Können solche Maßnahmen, auch wenn sie als temporär gedacht sind, unsere Städte künftig prägen? Eröffnen sie eine Perspektive auch für sozialräumliche Politikmodelle?

Die Corona-Krise hat, nicht nur in Bezug auf die Stadt, viele gravierende Fragen aufgeworfen oder verstärkt, sie hat sattsam bekannte Sachverhalte neu belichtet, andere aus dem Verborgenen gezerrt, möglicherweise auch manchen Aspekt relativiert, dem zuvor ein (zu) großes Gewicht eingeräumt wurde. Eine Gewissheit immerhin bleibt: Das Virtuelle stellt weder Ursache noch Lösung des Problems dar. Im Gegenteil – Covid 19 betont erneut die Raumbedingtheit des Menschen, sein Verhaftet-Sein in einer (geplanten, gebauten) Umwelt. Der Zukunftsforscher Matthias Horx hat dazu geschrieben:

„Die kommende Welt wird Distanz wieder schätzen – und gerade dadurch Verbundenheit qualitativer gestalten. Autonomie und Abhängigkeit, Öffnung und Schließung, werden neu ausbalanciert.“³²

Und in der eingangs erwähnten Forderung Judith Butlers nach einem Sorgetragen in der Gesellschaft, die wiederum einer „materiellen Umgebung“ als „Stütze des Handelns“ bedarf, ist implizit als gesellschaftliche Aufgabe benannt: Das Urbane weiterhin in der Balance zu halten.

30 A. Lobe, Was bleibt von der Stadt? Die Corona-Krise wäre eine Chance, Planungsfehler in den Metropolen zu korrigieren, in: taz, 19.01.2021, S. 19.

31 J. Nyberg, Das Virus als Städteplaner, in: swiss-architects.com: <https://www.swiss-architects.com/de/architecture-news/meldungen/das-virus-als-stadteplaner> [25.02.2021].

32 M. Horx, Die Welt nach Corona, in: In: Penguin Verlagsgruppe (Hrsg.), Corona und wir: Denkanstöße für eine veränderte Welt, München 2020, S. 93; ders., Die Städte von morgen, in: IzR 4/2020, S. 118-125.

**In Memoriam:
Theresia Gürtler Berger (1960 - 2020)**

Das Netzwerk historischer Städte „Forum Stadt e. V.“ trauert um seine wissenschaftliche Kuratorin und Redaktionskollegin Dr. Theresia Gürtler Berger. Sie starb nach langer, schwerer Krankheit Anfang Dezember wenige Tage vor ihrem 60. Geburtstag in Zürich.

Theresia Gürtler Berger war Forum Stadt seit über fünfzehn Jahren eng verbunden. Der erste Kontakt zwischen der engagierten Denkmalpflegerin und Forum Stadt e. V. ging zurück auf das Jahr 2005. In Waiblingen initiierte der Chefredakteur unserer Zeitschrift, Hans Schultheiß, ein Symposium über das „Marktdreieck“, ein futuristisches 1970er-Jahre-Gebäude des Architekten Wilfried Beck-Erlang, mitten in der dortigen Altstadt auf einem ehemaligen Schlossplatz. Für den Aspekt der Denkmalpflege empfahl Prof. Dr. August Gebeßler, damals Geschäftsführer von Forum Stadt e. V. und ehemals Präsident des Landesamts für Denkmalpflege Baden-Württemberg, Theresia Gürtler Berger, neuberufene Professorin an der Universität Stuttgart. Sie hatte gerade die Wüstenrot-Stiftungsprofessur für „Bauwerkserhaltung und Denkmalpflege“ angetreten, die sie bis 2011 innehatte. Zuvor war sie die Projektleiterin Praktische Denkmalpflege im Amt für Städtebau der Stadt Zürich, eine Tätigkeit, die sie auch während ihrer Professur fortsetzte. Daneben fand sie noch Zeit, 2010 an der ETH Zürich zu den „Schweizer Bauten des Architekten Otto Rudolf Salvisberg“ zu promovieren. Nachdem sie die Universität Stuttgart verlassen hatte, kehrte sie in die Praxis zurück und übernahm die Ressortleitung Denkmalpflege und Kulturgüterschutz der Stadt Luzern, wo sie bis 2019 tätig war.

Von Beginn an war sie Mitglied unseres Wissenschaftlichen Kuratoriums, das sich nach dem Ausscheiden von August Gebeßler formiert hatte. Seitdem gehörte sie auch dem Redaktionskollegium unserer Zeitschrift und der Jury des von Forum Stadt e. V. im Zweijahresrhythmus ausgetragten Otto-Borst-Wissenschaftspreises an. Immer vertrat sie darin engagiert die Perspektive der Denkmalpflege – als ausgebildete Archi-

tektin stets auch mit kenntnisreichem Blick auf die Gestaltung und technische Umsetzung und mit Verständnis für die konfligierenden Interessen. Unsere schweizerischen Mitgliedstädte hatten in ihr, die aus Franken stammte, eine engagierte Fürsprecherin, die uns immer wieder mit den Besonderheiten der Baukultur und der Bestandserhaltung in ihrer zweiten Heimat vertraut machte.

Als Beispiele ihres besonderen Engagements seien die inhaltliche Vorbereitung und organisatorische Begleitung der Internationalen Tagungen „Sanierung der Sanierung“ in Limburg/Lahn 2010 und „Kirchenräume neu denken“ in Rottweil 2012 genannt. Auch zeichnete sie mitverantwortlich für die Edition der Forum Stadt-Hefte zu den beiden Tagungen: Die Alte Stadt Heft 4/2010 (zusammen mit Johann Jessen) und Forum Stadt Heft 4/2012 (zusammen mit Kerstin Gothe). In den letzten Jahren, als sie sich wegen ihrer Krankheit aus der aktiven Mitarbeit zurückziehen musste, hat sie uns vor allem bei der Vorbereitung von Tagungen weiterhin mit wertvollen Hinweisen und Ratschlägen unterstützt. Hier war sie auch als intime Kennerin der „Schweizer Szene“ unentbehrlich.

Die Denkmalpflege war ihre große Leidenschaft, der sie mit außerordentlich profundem Fachwissen Durchsetzungskraft verlieh. Wer Gelegenheit hatte, mit Theresia Gürtler Berger zusammenzuarbeiten, sei es bei Tagungen, aber auch in der Lehre und bei Prüfungen oder Jurierungen, wusste ihre besonnene, fast sanfte, zugleich aber bestimmte Art sehr zu schätzen. Und wer das Glück hatte, einmal mit ihr die Altstadt von Luzern, der Stadt ihres letzten Wirkens, zu durchstreifen, wird diese Tour nicht vergessen. In allem schien ihre Liebe zur Stadt und zur Denkmalpflege auf: in ihrem großen Detailwissen, an dem sie eloquent und mit leisem Humor teilhaben ließ, in ihrer Empörung über weniger Geglücktes und in ihrer ansteckenden Freude über Geglücktes.

Wir werden sie und ihre große fachliche Expertise, ihr Engagement und ihre freundschaftlich-fundierte Ratschläge sehr vermissen.

*Forum Stadt e. V.
Vorstand, Wissenschaftliches Kuratorium,
Redaktionskollegium*

Wie Städte gesundheitsförderliche Lebensverhältnisse schaffen können

Fünf Thesen der AGGSE

Wie sollte eine gesundheitsfördernde und gleichzeitig nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung aussehen? Dieser Frage ging die am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) angesiedelte „Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung“ (AGGSE) nach. Die Diskussionsergebnisse der bundesweit und inter- sowie transdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppe wurden als „Empfehlungen für eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Stadtentwicklung“ in Form von fünf Thesen veröffentlicht.

Sollen in Kommunen gesundheitsförderliche Lebensverhältnisse geschaffen werden, so ist es eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik, die ansteigende Konzentration von Armut in einzelnen Stadtteilen abzubauen. Denn die räumliche Konzentration verstärkt die Negativauswirkungen von Armut und ist nachweislich mit einer vergleichsweise schlechteren gesundheitlichen Lage verknüpft. Gleichzeitig ist laut AGGSE darauf zu achten, die vor allem in sozial benachteiligten Gebieten oft schlechte und gesundheitsbelastende Umweltqualität durch Maßnahmen der Lärmvermeidung, Luftreinhaltung und besseren Grünversorgung zu verbessern und damit für mehr Umweltgerechtigkeit zu sorgen. Ein Beitrag hierzu ist die Priorisierung des Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehrs und die Reduzierung des motorisierten Individual- und Güterverkehrs. Wichtig sind auch der Erhalt und die Entwicklung urbaner Grün- und Freiräume als Orte der Bewegung, Erholung, Naturerfahrung und sozialen Begegnung. Solche Räume erfüllen für Städte zudem wesentliche bioklimatische und ökologische Funktionen. Und schließlich gehört zu einer nachhaltigen gesundheitsfördernden Stadtentwicklung, dass sich alle Menschen – unabhängig von ihrem Einkommens-, Bildungs- und Sozialstatus – aktiv an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können.

Da all diese Aufgaben nicht allein vom Gesundheitssektor bewältigt werden können, sind auch die Bereiche Stadtentwicklung und Stadtplanung, Umwelt und Grün, Verkehr und Mobilität gefragt, die örtlichen Lebensverhältnisse zu verbessern und damit zur Gesundheit beizutragen. Hier werden übergreifende Strategien und Maßnahmen benötigt, für die das Gesunde-Städte-Netzwerk, das Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ (vormals: „Soziale Stadt“) sowie die Strategie Umweltgerechtigkeit gute Beispiele sind.

Aufgabe der Kommunen ist es, ihre sozialen, technischen und grünen Infrastrukturen zukunftsfähig und nachhaltig zu entwickeln. Diese Infrastrukturen tragen dazu bei, dass alle Menschen in einer Kommune gesund und ökologisch verträglich leben können. Die Kommunen haben hierbei einen eigenen großen Gestaltungsspielraum. Damit sie diesen Spielraum nutzen können, müssen die finanziellen Ressourcen der Kommunen dauerhaft und kontinuierlich gestärkt werden.

Gesundheitsfördernde Politik in den Städten darf jedoch keine „Kirchturmpolitik“ sein. Sie muss global denken, um im lokalen Handeln auch globalisierten Herausforderungen gerecht zu werden. Diese finden ihren Ausdruck unter anderem in einer veränderten globalen Verbreitung von lebensbedrohlichen Infektionen sowie im weltweiten Klimawandel und seinen Folgen. Die Städte sollten sich künftig in globalen Bündnissen für eine nachhaltige Politik der Gesundheitsförderung einsetzen.

Download der Thesen:
www.bit.ly/332YL9f

Kontakt zur AGGSE:
 Christa Böhme
 +49 30 39001-291
boehme@difu.de